

Medikamente werden knapp S. 3



Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 31 - 2. August 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Ein »vollkommen normaler« Vorgang
Die Schredder-Affäre in Österreich **2**

Deutschland

Apotheker schlagen Alarm
Arzneimittelengpässe werden zum Problem für Patienten in Deutschland **3**

Hintergrund

Holz-Mafia in Europa
Profiteure verüben Kahlschlag in den Wäldern Osteuropas **4**

Preußen / Berlin

Umstrittene Spende für die SPD
Brandenburger SPD vor der Wahl in Erklärungsnot **5**

Ausland

Erdogan drängt sein Land aus der Nato
Putins Raketen am Bosphorus **6**

Kultur

Fremdherrschaft im Preußenhaus
Schloss Cecilienhof **9**

Geschichte

Belohnungssystem der DDR
Locken und Disziplinieren mit der Rente **10**



„Egal, was es kostet“: Die Politik plündert die Bürger aus für ein irrsinniges Währungsexperiment

Bild: ddp images

Wir werden beraubt

Ans Eingemachte: Treue Kunden werden aus alten Sparverträgen gedrängt

Die Strafzinspolitik greift immer räuberischer nach deutschen Guthaben, weil die Politik ihren Fehler nicht eingestehen will.

Die Strafzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) kostet die deutschen Sparer immer höhere Opfer, schmilzt Guthaben dahin und verbaut jungen Menschen die Chance, sich über klassische Instrumente wie den Bausparvertrag etwas aufzubauen. Am Pranger der veröffentlichten Meinung aber stehen nicht zuerst die EZB sowie ihre Schöpfer und Auftraggeber in der Politik, sondern Banken und Sparkassen. Besonders ist derzeit die Sparkasse Nürnberg Objekt der Empörung, weil sie treue Kunden aus bis zu 26 Jahre alten Prämienparverträgen hinausdrängt.

Tatsächlich steht das Institut in Franken nur stellvertretend für die

gesamte Branche. Sie kann beim derzeitigen Zinssatz, der so absurd niedrig ist wie noch nie in der gesamten, jahrtausendealten Weltgeschichte des Kreditwesens, die Zinsen nicht mehr erwirtschaften. Als die Sparkasse die jetzt gekündigten Verträge abschloss, konnte sich niemand vorstellen, dass es je zu einer derart perversen Zinslage kommen könnte.

Das verantwortungslose Treiben gewisser Investmentbanker, das vor elf Jahren in den ersten Höhepunkt der Finanzkrise führte, macht es der Politik heute leicht, Banken und Sparkassen die Buhmann-Rolle zu überlassen. Fakt aber ist: Am Anfang der Zerstörung der Sparguthaben standen politische Entscheidungen, und

dies ganz besonders in der Euro-Zone, weil die Gemeinschaftswährung als Brandbeschleuniger einer ohnehin hochbrisanten Problemlage wirkt.

Staaten wie Italien oder Griechenland, etliche Banken und immer mehr Unternehmen können ihre exorbitanten Schulden praktisch nicht mehr bedienen. Selbst ein moderater Zinssatz würde sie prompt in die Pleite treiben. Das wäre das Ende des Euro, denn die Rückkehr zu einer eigenen, eigenständig abwertbaren Währung wäre die logische Konsequenz für die Pleiteländer.

Die deutschen Sparer werden dafür geplündert, dass die Politik das Scheitern ihres Euro-Projekts nicht eingestehen will. Das ver-

heißt für die Zukunft nichts Gutes: Seit 2012 gilt das Credo von EZB-Chef Mario Draghi, den Euro zu verteidigen, „egal, was es kostet“. Allerdings funktionieren die Geldinfusionen aus deutschen Spargroschen ebenso wenig wie immer neue Zuschüsse an einen nicht funktionierendes Unternehmen: Das Geld ist weg, die Lage trotzdem immer schlimmer.

Kaum jemand bezweifelt noch, dass diese Entwicklung ins Desaster, den „Währungs-Crash“, führen muss. Nur weiß niemand genau, wann und wie dies geschieht. Längst wenden sich die Notenbanken dem eben noch verpönten Gold als Wertspeicher wieder zu. Dies kann als Signal gewertet werden, dass selbst bei den fanatischsten Zauberlehrlingen der uferlosen Papiergeldpolitik das Vertrauen in ihre eigenen Versprechen schwindet. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Sterbendes Pferd

Dem Vorsitzenden der SPD geht es so wie dem Chefredakteur einer Zeitung, deren Auflage beständig sinkt: Beide reiten ein sterbendes Pferd. Da heißt es, beizeiten abzusteigen, um am Ende nicht unter den stürzenden Gaul zu geraten. Bei der SPD indes sitzt derzeit niemand im Sattel, denn die Genossen haben die Reiterin unsanft vom Pferd gestoßen. Und es findet sich niemand von Format, der dumm genug wäre, aufzusteigen.

Das ist auch kein Wunder, wenn man bedenkt, wie mit der Spitzenkraft hausintern umgegangen wird, wenn es einmal nicht so gut läuft. Es fällt schwer, Andrea Nahles angesichts ihres nervigen Gehabes zu mögen. Aber die Art und Weise, wie ihre eigenen Partei-„Freunde“ sie öffentlich demontiert haben, kann man nur als degoutant bezeichnen. Besonders unrühmlich hat sich dabei Martin Schulz hervorgetan. Das war wohl die Revanche dafür, dass er selbst brutal vom Pferd geholt worden war, als dieses zu straucheln begann. Vom gefeierten Heilsbringer der Partei zu deren Prügelknaben in atemberaubend kurzer Zeit.

Die SPD hat in den vergangenen 25 Jahren nicht weniger als zehn Parteivorsitzende verschlissen. Auf den kommenden Parteichef warten keine Meriten. Statt auf Wahlsiege hinzuarbeiten, gibt es für ihn nicht mehr zu holen, als tapfer gegen die vollständige Marginalisierung der einstigen Volkspartei anzukämpfen. So verzichten die Spitzengenossen dankend. Nur jemand aus der zweiten Reihe wie die Bundestagsabgeordneten Karl Lauterbach und Nina Scheer kann da eine Chance für sich wittern.

Aber eigentlich braucht die SPD auch gar keinen Vorsitzenden mehr. Den lahmen Gaul am Zügel führen, bis er tot umfällt, kann auch eine kommissarische Troika.

Utopien der vermeintlich Gutmeinenden treffen auf Realität

Bürgermeister und Landrat von Saarlouis rufen wegen nicht mehr beherrschbarer Zuwandererkriminalität um Hilfe

Der SPD-Bürgermeister und der Landrat von Saarlouis im Saarland rufen um Hilfe, weil die Bürger nicht mehr geschützt werden können. Zuvor hatten Spezialeinheiten der Polizei vor gewaltbereiten „Jugendbanden mit Migrationshintergrund“ kapituliert.

Man könnte sagen, dass die Utopie der Gutmeinenden auf die nackte Realität im Land getroffen ist. Oberbürgermeister Peter Demmer hat Innenminister Klaus Boullion (CDU) unverblümt erklärt, was er von Willkommenskultur hält, weil gerade die Sicherheitsarchitektur seiner Stadt in sich zusammengefallen sei wie ein Kartenhaus und die Si-

cherheit seiner Bürger nicht mehr garantiert werden könne.

Auslöser des Hilferufes war das seit 1967 in Saarlouis stattfindende populäre Altstadtfest, „Emmes“ genannt. Dort kam es immer wieder zu massiven Problemen mit Jugendbanden, die allesamt Migrationshintergrund hatten. In einem Fall musste die Polizei nach eigenen Angaben den „geordneten Rückzug“ antreten, da die Jugendlichen derart in der Überzahl waren, dass die Unversehrtheit der Beamten nicht mehr gewährleistet werden konnte. Dabei handelte es sich bei den eingesetzten Kräften um Angehörige der sogenannten Operativen Einheit, einer Spezialeinheit der

Polizei, die auf solche Einsatzlagen eigentlich gut vorbereitet ist.

Demmer warnte Boullion vor einer Entgleisung der Lage, wenn nicht mehr Polizei eingestellt werden und die Entlassungswelle der letzten Jahre bei den Ordnungshütern rückgängig gemacht würde. Die damalige Reform hatte die massive Asyl-zuwanderung der Jahre 2015/2016 und die damit einhergehende massive Zunahme der Kriminalität nicht mitberechnet.

Nun braut sich ein explosiver Cocktail zusammen: die Polizei ausgedünnt und gleichzeitig massiv ansteigende Aggressionen bei Festen und in Schwimmbädern. Der Hilferuf Demmers, der selbst

39 Jahre bei der Polizei war, kommt jedoch etwas spät, denn in der Öffentlichkeit von Saarlouis war das Sicherheitsdefizit infolge der Immigrantengewalt schon längst offenbar geworden, selbst ein bundesweit ausgestrahlter Krimi war vor Monaten in Saarlouis im grenzüberschreitenden Milieu der Zuwanderergewalt gedreht worden.

In Saarlouis kommt noch die Nähe zu Frankreich hinzu, wo sich in den Vorstädten schon seit Jahren eine vergleichbare Gewalt von muslimischen Jugendlichen zusammenbraut. Das Problem der französischen Banlieues in Grenzgebieten begann 1962, als es zu Beginn der deutsch-französischen

Freundschaft unter dem Staatspräsidenten Charles de Gaulle in den entlang der saarländischen Grenze gelegenen französischen Orten zu einer massiven Ansiedlung von muslimischen Flüchtlingen aus dem gerade unabhängig gewordenen Algerien kam. Diese waren dort nicht mehr sicher, weil sie mit der Kolonialmacht Frankreich kollaboriert hatten. Mit diesen arabischsprachigen Zuwanderern wollte de Gaulle, welcher der deutsch-französischen Freundschaft nicht traute, endgültig einen Keil zwischen die deutschsprachigen Saarländer und die weiterhin deutschsprachigen Lothringer schlagen.

Jetzt tut sich auf beiden Seiten der Grenze in Form von Jugendbanden zusammen, was zusammen gehört, nämlich arabischsprachige Vorstädter aus Lothringen und arabischsprachige Zuwanderer aus dem Saarland zum gemeinsamen grenzüberschreitendem Randalieren. Der von de Gaulle einst so gefürchtete deutsche Einfluss auf die Lothringer von der nahen deutschen Grenze ist mittlerweile auch dank der beiderseitigen Bevölkerungsverschiebungen verschwunden, die Lothringer haben Französisch gelernt und die Jugendkultur auf beiden Seiten der Grenze wird immer mehr muslimisch geprägt.

Bodo Bost



MELDUNGEN

Putin brüskiert die Georgier

Tiflis – Georgiens Regierung wirft dem russischen Präsidenten Wladimir Putin Geschichtsfälschung vor. Dieser hatte behauptet, Abchasien und Südossetien hätten sich im frühen 18. Jahrhundert als unabhängige Staaten dem Russischen Reich angeschlossen. Erst später seien die beiden Gebiete Teil Georgiens geworden, wobei die georgischen Streitkräfte äußerst brutal vorgegangen seien. Diese „Interpretation“ der jüngeren Geschichte der beiden von Georgien abtrünnigen Regionen habe im georgischen Volk eine „sehr negative Reaktion“ hervorgerufen. Eine solche Geschichtsverdrehung bewirke eine „Verschärfung bestehender Konflikte“, kritisiert auch die sonst eher moskaufreundliche Georgische Orthodoxe Kirche. Ende Juni hatte der Besuch des russischen Politikers Sergey Gavrilo im georgischen Parlament zu schweren Protesten in Tiflis geführt. Der russische Politiker der kommunistischen Partei leitete eine interparlamentarische Sitzung anlässlich eines orthodoxen Kirchentreffens. Dass er dabei auf dem Stuhl des Parlamentspräsidenten Platz nahm und dazu die Sitzung auf Russisch führte, wurde als ein besonders schwerer Affront empfunden. Gavrilo wird sogar nachgesagt, im Abchasien-Krieg auf Seiten der Separatisten gegen Georgien gekämpft zu haben. Über zehn Jahre nach der russischen Besetzung von Südossetien macht sich in Tiflis die Wut über Moskaus Einfluss in der Region breit. Die Beziehungen zwischen Moskau und der ehemaligen Sowjetrepublik Georgien sind von schwelenden Territorialkonflikten geprägt. Russland hatte bereits kurz nach der Unabhängigkeit Georgiens 1991 in Abchasien für eine Sezession gesorgt und dann im Jahre 2008 dasselbe in Südossetien wiederholt. Beide De-facto-Staatsgebiete gehören völkerrechtlich zu Georgien, Moskau betreibt aber deren Abspaltung. *B.B.*

Schüler beim Gedenktag

Berlin – Die hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, die CDU-Politikerin Margarete Ziegler-Raschdorf, zieht im Hinblick auf die Heranführung der Jugend an das Thema eine positive Bilanz des in diesem Jahr zum fünften Mal durchgeführten Bundesgedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung. „Der Gedenktag bietet die hervorragende Möglichkeit und große Chance, auch junge Menschen, die noch nie davon gehört haben, für das Thema Flucht, Vertreibung und Deportation von Deutschen nach dem II. Weltkrieg zu interessieren.“ Ziegler-Raschdorfs Initiative ist es auch zu verdanken, dass in diesem Jahr ein Oberstufen-Leistungskurs der beiden Fuldaer Gymnasien Winfriedschule und Rhabanus-Maurus-Schule an der Gedenkstätte teilnehmen konnte. Hessen ist das einzige Bundesland, in dem das Thema „Flucht und Vertreibung“ verbindlich im Kerncurriculum „Geschichte“ für die Oberstufe und auch im Erlass zur Abiturprüfung festgeschrieben ist. Die Schüler zeigen sich beeindruckt von den Beiträgen der Festredner und dem der Gedenkstätte vorgeschalteten Zeitzeugengespräch mit offener und lebendiger Diskussion. Dazu gehörte auch die Möglichkeit, mit Bundesinnenminister Horst Seehofer in lockerer Atmosphäre ins Gespräch zu kommen. „Heute konnten sie Reden hören, die noch lange nachwirken werden“, freute sich Ziegler-Raschdorf. *J.H.*

Ein »vollkommen normaler« Vorgang?

Österreichs Ex-Kanzler Sebastian Kurz gerät durch die Schredder-Affäre unter Druck

Eine Affäre um einen dubiosen Schredder-Vorgang brachte die Österreichische Volkspartei (ÖVP) und deren Ex-Kanzler Sebastian Kurz ins Kreuzfeuer der Kritik.

So hat der ehemalige Leiter der Social Media-Abteilung des Kanzleramts, Arno M., unter falschem Namen fünf Festplatten mit vermeintlich brisantem Inhalt schreddern lassen. Dabei hat M. fünf Tage nach dem Bekanntwerden der Ibiza-Affäre, welche die Koalitionsregierung aus ÖVP und Freiheitlichen (FPÖ) zu Fall gebracht hatte, fünf Festplatten aus dem Bundeskanzleramt geschmuggelt. Kurz vor diesem Zeitpunkt war bekannt geworden, dass die Sozialdemokraten (SPÖ) und FPÖ vier Tage später einen Misstrauensantrag gegen Sebastian Kurz einbringen würden.

Unter dem Namen Walter Maisinger hat Arno M. bei der niederösterreichischen Firma Reisswolf den Auftrag zum Zerstörungsprozess gegeben, worin ÖVP-Chef Kurz „einen vollkommen normalen Vorgang“ sieht. Reisswolf-Chef Siegfried Schmedler sieht das anders, wie er gegenüber der Wiener Stadtzeitung „Falter“ angab: Demnach habe sich M. laut Mitarbeitern „extrem nervös“ verhalten. Dieser habe sogar darauf bestanden, persönlich das Schreddern zu überwachen und es danach noch zwei Mal zu wiederholen. Schließlich nahm er den Schredder-Müll wieder an sich. Schmedler habe in der 25-jährigen Geschichte des Unternehmens noch nicht erlebt, dass jemand „unter falschem Namen und mit solchem Aufwand Festplatten vernichten hat lassen“. Ebenso wenig, dass jemand wie in diesem Fall die Rechnung über rund 76 Euro nicht bezahlt und wochenlang auch nicht auf Mahnungen reagiert habe.

Über die angegebene Telefonnummer sei man schließlich auf Maisingers richtigen Namen Arno M. gekommen. Schmedler erstattete Anzeige. Laut eigenem Bekunden ist der Geschäftsführer dann an die zuständige Staatsan-



Drei Mal hält besser: Kurz-Mitarbeiter Arno M. ging bei der Aktenvernichtung besonders gründlich vor

Bild: pa

wältin in der Ibiza-Affäre vermittelt worden. In der Zwischenzeit habe ein Reisswolf-Mitarbeiter Arno M. im Fernsehen bei der Abschlussrede von Sebastian Kurz an dessen Seite erkannt.

Naturngemäß angriffslustig zeigte sich auch die SPÖ. „Der Ex-Kanzler soll damit aufhören, die Bevölkerung für dumm zu verkaufen und jetzt die Wahrheit sagen“, forderte Wahlkampfmanager Christian Deutsch gegenüber der österreichischen Nachrichtenagentur APA. Allein aufgrund des Zeitpunktes sei es nicht glaubwürdig, dass es sich um eine normale Aktenvernichtung im Zuge des Regierungswechsels gehandelt habe, befand Deutsch.

Indessen wird eine Sondersitzung des Nationalrats zur Schredder-Affäre immer wahrschein-

licher. Einen entsprechenden Antrag bereitet die Liste JETZT vor. Allerdings wird für ein Zustandekommen aufgrund der Sommerpause des Parlaments ein Drittel der Abgeordneten benötigt. JETZT-Spitzenkandidat Peter Pilz will daher mit Abgeordneten der SPÖ und FPÖ reden.

Pilz vermutet, dass der Auftrag zur Zerstörung der Festplatten aus dem Büro des damaligen Ministers Gernot Blümel gekommen ist. Dessen Referent soll Arno M. angewiesen haben, die Festplatten vernichten zu lassen. „Bei diesen Festplatten handelt es sich um Eigentum der Republik Österreich“, betonte Pilz. Niemand sei zur Entfernung oder Zerstörung dieser Festplatten befugt gewesen.

Deshalb könnte die Schredder-Affäre strafrechtlich relevant sein.

Laut Gesetz sind Akten und Dokumente offiziellen Schriftverkehrs bei einem Regierungswechsel, der in diesem Fall zum Zeitpunkt der Festplatten-Vernichtung kurz bevorstand, im Staatsarchiv zu deponieren. Die heimliche Aktenvernichtung stellt einen Verstoß gegen das Archivgesetz dar.

Werner Kogler, Bundessprecher der Grünen, fordert einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss rund um die Schredder-Affäre. Ein derartiger Ausschuss vor der Nationalratswahl am 29. September ist allerdings unwahrscheinlich. Jedoch würden die Grünen, die auf einen Wiedereinzug in das Parlament im Herbst hoffen, schon jetzt diesbezügliche Vorbereitungen treffen. Neben dem Inhalt der geschredderten Festplatten soll der Ausschuss

auch klären, ob ein Zusammenhang mit dem Ibiza-Video besteht.

Journalisten der „Süddeutschen Zeitung“ und „Spiegel Online“ hatten am 17. Mai das Ibiza-Video veröffentlicht, das ein Treffen des damaligen FPÖ-Chefs und Vizekanzlers Heinz-Christian Strache sowie des freiheitlichen Nationalratsabgeordneten Johann Gudenus mit der vermeintlichen Nichte eines russischen Oligarchen in einer Villa auf der spanischen Insel Ibiza zeigt. Daraufhin wurde ihnen eine Bereitschaft zur Korruption, Umgehung der Gesetze zur Parteienfinanzierung sowie zur verdeckten Übernahme der Kontrolle über parteiunabhängige Medien vorgeworfen. Diese Vorwürfe führten zum umgehenden Rücktritt Straches und Gudenus. *Michael Link*

Kein Grund für Distanz zur AfD

Erstaunlich viele Juden unterstützen eine angeblich antisemitische Partei

Markige Sätze enthält die „Gemeinsame Erklärung gegen die AfD“ mit dem Titel „Keine Alternative für Juden“. Etwa „Nein, die AfD ist eine rassistische und antisemitische Partei!“ oder „Muslime sind nicht die Feinde der Juden!“ oder „Die Partei ist ein Fall für den Verfassungsschutz, keinesfalls aber für Juden in Deutschland.“ 17 jüdische Organisationen und Verbände, an erster Stelle der Zentralrat der Juden in Deutschland, hatten diese im letzten Herbst veröffentlichte Stellungnahme unterzeichnet.

Offenbar teilen nicht alle diese vielfach mit Ausrufezeichen verstärkten Thesen. Auch nicht alle in Deutschland lebenden Juden. Einige sind sogar Inhaber eines AfD-Mitgliedsausweises. Seit dem 7. Oktober 2018 gibt es die Bundesvereinigung Juden in der AfD (JAfD). Im unmittelbaren Vorfeld der Institutionalisierung, die in Wiesbaden erfolgte, war reichlich Gegenwind spürbar, der sich bei Weitem nicht nur in der „Gemeinsamen Erklärung“ erschöpfte. Der Zentralrat der Juden charterte Busse, um Protestdemonstrationen zu transportieren. Für die Gründung der JAfD war ur-

sprünglich auch ein anderer Veranstaltungsort als derjenige in Wiesbaden vorgesehen gewesen – solange, bis der Betreiber des Lokals bedrängt wurde und seine Zusage zurückzog.

Das Interesse an der Gründung der JAfD war mit weit mehr als 50 Pressevertretern äußerst reger. Eingeladen, sich das Ganze aus nächster Nähe anzuschauen, hatte man unter anderen den Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik, der vor allem als Publizist zu jüdischen Themen bekannt ist. Brumlik zog es allerdings vor, bereits Anfang September 2018 in der „taz“ in einem mit „Farce und Schande“ überschriebenen Artikel Stellung zu nehmen. Der Zentralratsvorsitzende Josef Schuster verkündete ebenfalls noch im Vorfeld: „Ich kann keinen einzigen Juden verstehen, der Sympathien für die AfD hegt oder sich in dieser Partei engagiert“, sie schüre Hass und Ressentiments. Und auch Charlotte Knobloch, ehemalige Zentralratspräsidentin und Vorsitzende der israelitischen Kultusgemeinde in München und Oberbayern, macht es sich mit ihrer Meinungsbildung nicht allzu schwer. Sie weigert sich standhaft, die JAfD-Vor-

sitzende Vera Kosova zu einem Gespräch zu empfangen, da sie befürchtet, allein durch ein derartiges Treffen der Vereinigung Legitimation zu verschaffen.

Was nun bewegt die JAfD? In ihrer „Grundsatzklärung“ verwahren sie sich gegen den „gerade in der Bundesrepublik verbreiteten Irrglauben“, dass Juden „links“ zu sein haben. Die JAfD sagen klar, „dass die größte Bedrohung für das Europa des 21. Jahrhunderts ... der kaum zu unterschätzende und durch die Masseneinwanderung zusätzlich beschleunigte Anstieg der muslimischen Bevölkerungsgruppe“ sei. Damit einhergehe, „mangels einer Akkulturation“, das Erstarren des politischen Islam, „der das Abendland ganz offen als seinen Feind zu bezeichnen wagt“ und bei dem es sich „in erster Linie um eine Bedrohung für Juden“ handle. Als einzige deutsche Partei thematisiere die AfD die Unvereinbarkeit islamischer Dogmen mit dem Grundgesetz. Die JAfD wenden sich gegen die Unterstützung israelfeindlicher Politik durch die gegenwärtige Bundesregierung, etwa durch Zahlungen an das Palästinenser-Flüchtlingshilfswerk UNRWA.

Das Simon Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien zählte das UNRWA 2018 zu den Einrichtungen, bei denen die gravierendsten antisemitischen Vorfälle zu verzeichnen waren.

Die JAfD betrachten das Judentum – unter Bezug auf den Religions- und Geschichtshistoriker Hans-Joachim Schoeps (1909-1980) – als „Bundesvolk“, das sich „nie im Religiösen erschöpfte, sondern immer zugleich eine Volksgemeinschaft war“. Man versteht sich als deutsch, will aber nicht „aufgehen“ und ausschließlich als Konfession erhalten bleiben. Im Unterschied zu den Deutschen, heißt es in der „Grundsatzklärung“ weiter, mangle es den Juden nicht an der selbstverständlichen Pflege der eigenen Tradition. Im „Wunsch der AfD danach, dass Deutschland wieder eine selbstbewusste Nation werden möge“, erkenne man keinen Widerspruch zu jüdischen Interessen.

In den jüdischen Gemeinden sei die Stimmung gänzlich anders, als „in vollkommener Abhängigkeit ihrer Geldgeber stehende Funktionäre des Zentralrats, Artur Abramovych, stellvertretender

Vorsitzender der JAfD, ist sich sicher, dass der AfD-Wähleranteil unter den jüdischen Gemeindegliedern bei mindestens 30 Prozent zu veranschlagen ist.

Anhänger der JAfD sehen also eine Reihe von Ansatzpunkten, das Bild zu überdenken, welches bezüglich der AfD als ressentimentschürender oder gar antisemitischer Partei noch immer verbreitet werde. Dazu sei es allerdings nötig, zuzuhören und nicht mittels Wahrnehmungs- und Gesprächsverweigerung ein simples, vorurteilsbeladenes Bild zu zementieren. *Erik Lommatzsch*

Dass der Zentralrat der Juden dazu nicht bereit ist, hat er Ende vergangener Woche erneut deutlich gemacht. Der Zentralratsvorsitzende Josef Schuster forderte von den Parteien die konsequente „politische Isolierung“ der AfD. Er hoffe sehr, so Schuster, dass sich die Parteien ihrer Verantwortung bewusst seien und nicht jeder nur auf die eigenen Vorteile schaue. Es gehe darum, „sich von Positionen der AfD ganz deutlich zu distanzieren“. Ein „fatales Signal“ wäre die Koalition einer Partei mit der AfD, so Schuster weiter. *J.H.*

Apotheker schlagen Alarm

Arzneimittellengpässe nehmen nicht nur in einzelnen Apotheken zu

Den Patienten zu versorgen und zu beraten, das macht den Apothekern und ihrem pharmazeutischem Personal in der Apotheke für gewöhnlich Freude. Wenn aber die Ware knapp wird, kann es auch für den findigsten Problemlöser schwierig werden. Doch genau vor diesem Problem stehen viele Apotheken.

Die Apotheken in Deutschland sind nach ihrem Selbstverständnis Logistikweltmeister – ist ein Produkt nicht vorrätig, halten sie es dank eines exzellenten Großhandelsnetzes in zwei bis vier Stunden in Händen. Apotheke und Großhandel sind verpflichtet, den durchschnittlichen Bedarf einer Woche vorzuhalten. Will der Patient sichergehen, dass sein Medikament schon da ist, wenn er in die Apotheke kommt, hat die Apotheke eine digitale Lösung für ihn parat: Per App vorbestellen, mit einem Foto oder einer Sprachnotiz – alles kein Problem mehr. Das funktioniert auch in der Apotheke des Vertrauens, dafür muss niemand nach Holland surfen.

Nun stehen die Versorger aber vor einem neuen Problem: Immer mehr Arzneimittel sind einfach nicht zu bekommen, und zwar für unbestimmte Zeit. Es geht nicht nur um Exoten, sondern auch um gängige Medikamente wie das Schmerzmittel Ibuprofen und diverse Blutdruckmedikamente.

Gerade jährt sich der Valsartan-Skandal: Im Juli 2018 wurde bekannt, dass der Blutdrucksenker mit einem potentiell krebserregenden Stoff verunreinigt war. Viele Gespräche wurden in den Apotheken geführt, damit die Patienten angemessen zu reagieren wussten. Ein schlagartig abgesetzter Blutdrucksenker hätte in diesem Fall für die Patienten ein noch größeres Risiko bedeutet. Die Apotheken konnten aufklären, welche Präparate betroffen waren und welche Alternativen dazu bestanden. In diesem Fall hatten nicht sämtliche Hersteller den Wirkstoff aus ein und derselben Quelle bezogen, sodass es keinen Totalausfall zu beklagen gab. Die Apotheker konnten



Gefährlicher Engpass: Selbst gängige Arzneimittel sind oftmals nicht lieferbar

Bild: pa

die Fehler anderer zum Wohle der Patienten ausbügeln.

Die Apotheke versucht alles, um dem Patienten direkt, schnell und unbürokratisch zu helfen. Sie tut dies zum Nulltarif. Bei Einzelfällen ist das kein Problem, aber mittlerweile beträgt der Mehraufwand rund um die Engpässe durchschnittlich sechs – unvergütete – Stunden pro Woche.

Die Lieferengpässe nehmen aktuell spürbar zu, und das gilt für immer mehr relevante Arzneistoffgruppen. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) zählt bald 500 betroffene Arzneimittel, darunter befinden sich beispielsweise auch die Allergienotfall-Sets. Eine anaphylaktische Reaktion auf einen Insektenstich ist keine Bagatelle – da sind zwei bis drei Monate Lieferzeit keine Lösung.

Auch die Ärzte werden jetzt verstärkt auf das Problem aufmerksam, da die Notwendigkeit von Rücksprachen oder gar einer Therapieumstellung sich häufen. Der

Ärztepräsident, Klaus Reinhardt, fordert eine nationale Arzneimittelreserve. Doch diese sollte ja eigentlich schon längst patientennah angelegt sein, in der Apotheke am Platz. Was läuft also schief?

Die Ursachen für Arzneimittelengpässe sind vielfältig und nicht zuletzt auch dem Spardruck auf das sich stetig verteuern Gesundheitswesen geschuldet. Die Rabattverträge zwischen Krankenkassen und Herstellern erzeugen mit Blick aufs Gesamtbudget geringe Einsparungen, sorgen aber für eine Konzentration der Herstellung auf wenige Unternehmen, die zudem ihre Produktionsstätten ins Ausland (größtenteils Asien) verlagert haben. Die Produktion in Billiglohnländern – oft in nur einer Fabrik – hat zur Folge, dass bei Qualitätsproblemen oder Ausfällen, wie zum Beispiel 2016 einer Explosion im Falle eines Werkes, in dem Ibuprofen hergestellt wurde, der Wirkstoff komplett ausfällt und am Ende das Fertigarzneimittel nicht mehr lieferbar ist. Die Verfügbarkeit für die

Herstellung notwendiger qualitativ hochwertiger Ausgangsstoffe hat sich verschlechtert, ebenfalls, weil es an Herstellern in Deutschland mittlerweile fehlt. Im Vergleich zu beispielsweise Großbritannien ist Deutschland kein Hochpreisland für Arzneimittel, sodass Arzneimittel eher in lukrativeren Märkten abgesetzt werden. So kommt es vor, dass obwohl die Unternehmer versichern, dass sie ausreichend Ware für den deutschen Markt produziert hätten, dieser nicht ausreichend versorgt ist, weil sehr gezielt und in großem Umfang aufgekauft und ins Ausland verkauft wird. Der Import und Export von Arzneimitteln ist in der Europäischen Union im Rahmen des freien Warenverkehrs völlig legal und auch Deutschland profitiert davon: Über eine Quote sind die deutschen Apotheken vom Gesetzgeber verpflichtet, preisgünstig importierte Arzneimittel abzugeben.

Im Ergebnis ist Deutschland nicht mehr die „Apotheke der Welt“, die es einmal war.

Der Apotheker weiß am allerbesten, dass es sich bei Arzneimitteln um Waren ganz besonderer Art handelt. Apotheker Hannes Müller von der Bundesapothekerkammer sagt gegenüber der PAZ: „Wir versuchen im Gespräch mit den Patienten, den Schaden, der durch Irritation und Sorge entsteht, so gering wie möglich zu halten und eine Versorgung zu ermöglichen. Von Hamsterkäufen ist abzuraten, es ist wichtiger, dass die Versorgung in der Fläche so gut wie möglich gewährleistet bleibt und der Engpass nicht noch künstlich verschärft wird. Die Fälle, in denen wir den Patienten mit leeren Händen zurück zum Arzt schicken müssen, werden sich trotzdem häufen. Eine politische Weichenstellung ist im Sinne der Patienten dringend erforderlich. Wir brauchen eine in Qualität und Menge gesicherte Herstellung von Arzneimitteln.“

Christine Weber

Die Autorin ist Fachapothekerin für Allgemeinpharmazie.

MELDUNGEN

Milliarden für Millionen

Wiesbaden/Berlin – Ende 2018 waren laut Statistischem Bundesamt knapp 1,8 Millionen sogenannte Schutzsuchende im Ausländerzentralregister (AZR) registriert. Damit stieg die Zahl der im AZR registrierten Personen im Vergleich zum Vorjahr um rund sechs Prozent. Als „Schutzsuchende“ gelten nach Angaben des AZR Ausländer, die sich „unter Berufung auf humanitäre Gründe in Deutschland aufhalten“. Der Bund hat Länder und Kommunen im vergangenen Jahr „im Bereich der Flüchtlings- und Integrationskosten“ mit insgesamt rund 7,5 Milliarden Euro unterstützt. Dies schreibt die Bundesregierung in ihrem „Bericht über Maßnahmen des Bundes zur Unterstützung von Ländern und Kommunen im Bereich der Flüchtlings- und Integrationskosten und die Mittelverwendung durch die Länder“. Darüber hinaus hat der Bund weitere Ausgaben in Höhe von rund 15,5 Milliarden Euro getragen, an denen sich die Länder nicht beteiligten. J.H.

Kosten wegen Rundfunkbeitrag

Osnabrück – Die Kommunen in Norddeutschland fordern eine Erhöhung der Pauschale für die Eintreibung ausstehender Zwangsgebühren für die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten. Die Kommunen sind dafür zuständig, die ausstehenden „Rundfunkbeiträge“ nach erfolgloser Mahnung einzutreiben. Im Gegenzug erhalten sie eine „Vorabkosten-Pauschale“ zwischen 25 und 27,10 Euro. Thorsten Bullerdiek vom Städte- und Gemeindebund Niedersachsen kritisiert gegenüber der „Neuen Osnabrücker Zeitung“, die Pauschalen reichten nicht aus, um die Kosten zu decken. Der Aufwand sei häufig groß. Im vergangenen Jahr hat der NDR etwa 218 000 Vollstreckungshilfersuchen über gut 68 Millionen Euro gestellt. J.H.

Große Pläne, marode Brücken

Bahninfrastruktur wird auf Verschleiß gefahren

Die Bundesregierung und die Deutsche Bahn AG wollen das Schienennetz mit einem hohen Milliardenbetrag modernisieren. Eine Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung sieht vor, dass in den kommenden zehn Jahren insgesamt 86 Milliarden Euro in den Erhalt und die Modernisierung der Schienenwege fließen sollen.

Der Sanierungsbedarf beim Gleisnetz ist erheblich. Unter Berufung auf Unterlagen aus Aufsichtsratskreisen berichtete unlängst der Berliner „Tagesspiegel“, dass der aktuelle Rückstau beim Gleisnetz der Deutschen Bahn intern mit knapp 50 Milliarden Euro angegeben wird. Laut dem Bericht müssen von den rund 25 000 Bahnbrücken in Deutschland mindestens 1250 als abrisstauglich angesehen werden.

Der Bundesrechnungshof hatte bereits vergangenes Jahr in einem Sonderbericht das bisherige Finanzierungssystem scharf kritisiert. Aus Sicht der Prüfbehörde ist die Infrastruktur der Bahn jahrelang auf Verschleiß gefahren worden. Die Rechnungsprüfer bemängelten nicht nur eine mangelnde Kontrolle der Mittelverwendung durch das Verkehrsministerium. Kay Schel-

ler, der Chef des Bundesrechnungshofes, wies auch auf den grundlegenden Fehler hin, dass die Bahn für Instandhaltungsinvestitionen aufkommen müsse, für Ersatzinvestitionen aber der Bund zahle. „Das setzt für die Bahn den Fehlanreiz, Schienen oder Brücken so lange verfallen zu lassen, bis sie ersetzt werden müssen – wie etwa bei der Fehmarnbelt-Brücke“, so der Rechnungshof-Chef Ende des vergangenen Jahres.

Im Zuge der neuen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung sollen nach Angaben von Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer ab 2020 jedes Jahr im Schnitt 8,62 Milliarden Euro investiert werden. Dabei sollen auf den Bund 6,2 Milliarden Euro entfallen, der Rest entfällt auf die Bahn. Ob diese Ko-Finanzierung tatsächlich tragfähig sein wird, ist keineswegs sicher.

Die Gewinne der Bahn sind so niedrig, dass sie ihren Anteil eigentlich nicht aus der eigenen Tasche bezahlen kann. So wies die Bahn im ersten Halbjahr 2019 einen Betriebsgewinn von lediglich 790 Millionen aus. Für das Gesamtjahr werden 1,9 Milliarden angepeilt. Ergebnisse auf diesem Niveau ergeben offensichtlich nicht aus, damit

die Bahn ihren finanziellen Anteil an der Streckensanierung aus den laufenden Einnahmen stemmen kann.

Auch die Aufnahme neuer Kredite ist problematisch. Der Bahnkonzern wies bereits Ende des Jahres 2018 Schulden von 19,5 Milliarden Euro aus. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hatte vor einigen Jahren, bei der letzten Milliardenprütze für den Staatskonzern, bei der Schuldenaufnahme eine Grenze von 20,4 Milliarden Euro gesetzt. Obendrein ist der Sanierungsaufbau am Schienen-Netz nur eine von mehreren Herausforderungen für die Bahn. Der Staatskonzern will in den kommenden Jahren auch noch in Züge und zusätzliches Personal investieren.

Vor diesem Hintergrund wird die Bahn vermutlich verstärkt Tochtergesellschaften zum Verkauf stellen, um die Kasse aufzubessern. Eine Trennung oder ein Börsengang des britischen Bahn- und Busbetreibers Arriva könnte der Deutschen Bahn drei bis vier Milliarden Euro einbringen. Auch ein Verkauf oder Teilverkauf der Logistik-Tochter SB Schenker würde mehrere Milliarden in die klapprige Kasse spülen. Norman Hanert

Flucht aus den Kirchen

Zahl der Austritte erreicht Rekordhoch

Die Zahlen sind für die Kirchen desaströs und alarmierend. 216 078 Menschen sind im Jahr 2018 aus der katholischen Kirche in Deutschland ausgetreten, das ist eine Zunahme von knapp 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr mit 167 504 Austritten. Die Zahl der Katholiken in Deutschland lag im vergangenen Jahr bei rund 23 Millionen Menschen. Knapp 28 Prozent der deutschen Gesamtbevölkerung sind damit Mitglied der katholischen Kirche. Nicht anders ist die Situation bei der Evangelischen Kirche. Die Zahl der Protestanten verringerte sich 2018 insgesamt durch Sterbefälle und Austritte um 395 000 und liegt nun nur noch bei knapp über 21 Millionen. Der Sekretär der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Hans Langendörfer, nannte die Zahlen „besorgniserregend“. Verantwortlich für die weiter gestiegene Zahl der Austritte sei sicher auch die im September veröffentlichte Missbrauchsstudie. Dadurch sei eine große Debatte ausgelöst worden. „Viele glauben uns nicht mehr, dass wir konsequent und entschlossen gegen Täter vorgehen“, sagte Langendörfer gegenüber Spiegel Online. „Die Zahlen zeigen insgesamt, dass wir als Kirche in einer Welt der Individuali-

sierung, der pluralen Religiosität – in einer Welt des Umbruchs – leben“, erklärte Langendörfer weiter. „Wir müssen neue Wege finden, wie wir Menschen erreichen, sie begleiten und ihnen nah sein können.“

Auch in den Reihen der Evangelischen Kirchen mehren sich die sorgenvollen Stimmen. „Wofür der christliche Glaube steht, ist für viele Menschen nicht mehr verständlich“, schrieb die Landesbischofin der Nordkirche, Kristina Kühnbaum-Schmidt: „Unsere Aufgabe ist es deshalb, intensiver das Gespräch darüber zu suchen, was ein Leben aus dem Glauben heraus attraktiv macht und welche Relevanz der Glaube für unseren Alltag, für unser Zusammenleben und für unsere Zukunft hat.“ Einen Schritt weiter ging der badische Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh. Er sei davon überzeugt, dass „viele unsere Kirche verlassen, weil sie die Frage nach Gott nicht mehr bewegt“.

Diese Einschätzung teilt der Religionssoziologe Detlef Pollack: „Man muss unterscheiden zwischen Austritten aus der evangelischen und der katholischen Kirche. Ganz wichtig ist, dass Menschen die Kirche verlassen, weil sie mit dem Glauben nichts mehr anfangen können, weil ihnen die

Kirche nichts sagt, weil ihnen Kirche gleichgültig geworden ist. Ein anderer Punkt ist, das betrifft vor allem die katholische Kirche, dass man unzufrieden ist, sich an der Kirche reibt – und da spielt natürlich der Missbrauchsskandal eine große Rolle.“

Der prominenteste Grund sei aber die Kirchensteuer. „Wenn einem etwas nicht mehr wichtig ist, möchte man auch nicht zahlen“, sagt Pollack. Die Mitgliederentwicklung hat sich noch nicht finanziell ausgewirkt. Im Vergleich zu 2007 ist das Kirchensteuerertrags aus dem EKD von etwa 4,2 Milliarden Euro auf 5,79 Milliarden Euro gestiegen. Die katholischen Bistümer erhielten 2007 rund 4,7 Milliarden Euro Kirchensteuer, 2017 waren es 6,4 Milliarden Euro. Dies hängt aber vor allem mit der Lohnentwicklung zusammen. Immer weniger Gläubiger zahlen immer mehr. Doch Experten warnen davor, dass die Gutverdiener in Rente gehen und immer weniger Steuerzahler nachrücken. „Es sind die Erwerbspersonen, die austreten. Und das sind natürlich genau die, die Kirchensteuer zahlen und die dann auch den Annex der Kirchensteuer bedienen“, fasst der Wirtschaftsexperte Bernd Raffelhuschen von der Uni Freiburg zusammen. Peter Entinger

Zeitzeugen



Gerald Schweighofer – Seit 2003 investierte der sogenannte „Holzbaron“ aus Wien 700 Millionen Euro in holzverarbeitende Betriebe in Rumänien. Nach offiziellen Angaben des Unternehmens Holzindustrie Schweighofer wurden in den drei Sägewerken des Milliardärs allein im Jahre 2017 um die 3,7 Millionen Festmeter Rundholz aus zuvor geschlagenen Baumstämmen verarbeitet.

David Gehl – Aus der Sicht des Programmkoordinators der britisch-amerikanischen Umweltschutzorganisation Environmental Investigation Agency waren die rumänischen Werke der Holzindustrie Schweighofer bis 2017 „der größte Abnehmer illegalen Holzes“ aus dem Karpaten-Raum. Das habe das Unternehmen über zehn Jahre lang auf systematische Weise verschleierte.



Adriana-Doina Pana – Als Ministerin für Wasser und Wälder Rumäniens versuchte die Sozialdemokratin, gegen die illegalen Abholzungen in ihrer Heimat vorzugehen. Im Januar 2018 musste sie dann aber aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten. Ein toxikologisches Gutachten brachte später zutage, dass Pana über längere Zeit hochdosiertes Quecksilber verabreicht worden sein muss. Als mögliche Auftraggeber für den versuchten Giftmord nannte sie die einheimische Holz-Mafia und Schweighofer.

Andrei Ciurcanu – Der Umweltschützer von Agent Green dokumentierte trotz Bedrohungen und Behinderungen die geheimen Geschäftspraktiken der rumänischen Holz-Mafia sowie der ausländischen Unternehmen, welche die illegal abgesägten Bäume kauften. Über Letztere sagte er: „Sie haben es gewusst, geduldet, ja mitunter gar gefördert“ – das Ganze sei ein unverzichtbarer Teil ihres Geschäftsmodells gewesen.



Simon Counsell – Für den Executive Director der britischen Rainforest Foundation und Mitbegründer des FSC sowie dann auch der kritischen Internetseite FSC-Watch steht fest, dass der Forest Stewardship Council mittlerweile nicht mehr „in der Lage und womöglich auch nicht willens ist, die Zertifizierungsstellen zu kontrollieren, die ... das FSC-Siegel vergeben.“ So sei Betrug Tür und Tor geöffnet.

Profiteure verüben Kahlschlag

Kriminelle Machenschaften gefährden den Waldbestand – Rumänien stark betroffen

Während derzeit allerorten nach mehr „Klimaschutz“ gerufen wird, vernichtet eine internationale Holz-Mafia die letzten großen Naturwälder in Europa, ohne dass dies besonderes Aufsehen erregt.

Zwei Drittel der aktuell existierenden Urwälder unseres Kontinents befinden sich in Rumänien – noch. Denn seit 2001 wird hier in gigantischem Ausmaß Holz eingeschlagen. Nach Untersuchungen der rumänischen Behörden sowie auch der Online-Plattform Global Forest Watch verschwanden in dem Balkanstaat schon mindestens 317 000 Hektar Wald, wobei die Hälfte der gefällten 260 Millionen Bäume in Nationalparks und anderen Naturschutzgebieten stand. Das heißt, in diesem Falle war die „Holzernie“ definitiv illegal. Deshalb erfolgte sie auch in mafiosen Stil.

Dazu gehörte unter anderem die Bedrohung von Journalisten, Naturschützern und Amtsträgern, welche den konspirativ vorgehenden Akteuren in den Arm zu fal-

len versuchten. Manchmal gab es sogar Mordversuche, so wie im Falle von Andrei Ciurcanu und Gabriel Paun von der Umweltschutzorganisation Agent Green.

Die Verarbeitung der Stämme erfolgte ab 2003 vor allem in den drei großen rumänischen Produktionsstandorten des österreichischen Unternehmens Holzindustrie Schweighofer. Das will lange Zeit nichts von der oftmals dubiosen Herkunft des Holzes gewusst haben, was aber von vielen Umweltschutzorganisationen und der Environmental Investigation Agency (EIA) angezweifelt wird.

Jedenfalls verlor die Firma wegen ihrer Aktivitäten in Rumänien 2017 alle ihre Zertifikate vonseiten des Forest Stewardship Council (FSC), welche dem Verbraucher einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Rohstoff Holz signalisieren sollen. Dies bedeutete aber nicht, dass die gigan-

tischen Schweighoferschen Sägewerke in Sebes, Radauti und Reci danach ihre Produktion einstellten.

Darüber hinaus ist das Unternehmen, welches jährlich eine halbe Milliarde Euro Umsatz macht, seit geraumer Zeit auch in der Ukraine aktiv. Dort wird nach Schätzungen des World Wide Fund For Nature (WWF) bis zu eine Million Kubikmeter Holz pro Jahr in den Schutzgebieten der Karpaten illegal eingeschlagen und dann unter Anwendung allerlei krimineller Tricks in die EU verbracht. Die importiert inzwischen wohl mehr Mafia-Holz aus der Ukraine als aus den Tropen.

Weitere Naturparadiese, in denen die Motorsägen wüten, sind der ungarische Teil der Karpaten sowie die Hohe und Niedere Tatra in der Slowakei. Laut WWF wandert das Holz von dort ebenfalls in die rumänischen Sägewerke

der Holzindustrie Schweighofer. Und tatsächlich gab das Unternehmen kürzlich an, es müsse wegen der behäbigen Bürokratie in Rumänien mittlerweile die Hälfte des dort verarbeiteten Holzes importieren.

Umweltfrevler, die industriellen Kahlschlag betreiben, waren vor einiger Zeit auch noch in den Urwäldern der russischen Teilrepublik Karelien an der Grenze zu Finnland unterwegs. Und zwar im Dienste der Firma Swedwood, einer Tochter des schwedischen Möbelgiganten IKEA. Bis dann die Protestaktion „Wohnst Du noch oder zerstörst Du schon?“ für ein Ende der brachialen „Holzernte“ sorgte und IKEA kurzzeitig das FSC-Gütesiegel entzogen wurde. Seitdem kauft das Unternehmen, das im Jahr bis zu 18 Millionen Kubikmeter Holz benötigt, ausgedehnte Waldflächen in Estland, Lettland und Litauen sowie Rumänien. Deshalb ist es jetzt bereits der größte private Waldbesitzer in dem Balkanstaat.

Wolfgang Kaufmann

Wiederholte Mordversuche an Umweltschützern



Carlibaba, Karpaten: Holzeinschlag für das Sägewerk Radauti des österreichischen Unternehmers Schweighofer

Bild: Imago/EST&OST

Transparenz nicht erreicht

Gütesiegel des FSC sollte Sicherheit für Verbraucher schaffen

Als der Forest Stewardship Council (FSC, zu Deutsch: Forstverwaltungsrat) 1993 seine Arbeit aufnahm, verfolgte er unter anderem das Ziel, nachhaltig und legal gewonnenes Nutzholz zu zertifizieren, um Transparenz für den Verbraucher zu schaffen und „Schwarze Schafe“ bloßzustellen. Dazu kreierte der FSC ein entsprechendes Gütesiegel für umweltfreundliche Waldwirtschaft. Mittlerweile sollen 179 Millionen Hektar Wald in 80 Staaten der Erde unter der Aufsicht der Nichtregierungsorganisation stehen. Allerdings erwies sich in den letzten Jahren, dass die Vergabe des weltweit anerkannten Ökosiegels, welches natürlich auch zu höheren Preisen berechtigt, oftmals nur sehr wenig zum Schutz der Wälder beiträgt. Denn es wird von organisierten Wirtschaftskriminellen ge-

fälscht oder benutzt, um den Handel mit illegal geschlagenem Nutzholz zu tarnen, wie verschiedene Umweltschutzverbände und die Beobachtungsplattform FSC-Watch herausfanden.

Der FSC ist offensichtlich nicht in der Lage, all die Institutionen

Zugangskriterien zum Erwerb des Siegels sind zu weich

zu kontrollieren, welche er mit der Zertifizierung vor Ort beauftragt hat, und die vielfach sehr anfällig für Korruption sind. Das zeigen inzwischen aufgeflogene Betrügereien in verschiedenen Ländern der Erde. So konnte nicht nur die österreichische Firma Holzindustrie Schweighofer

14 Jahre lang auf umweltschädliche Weise gewonnenes Holz verarbeiten, ohne das Gütesiegel entzogen zu bekommen. Vom FSC zertifizierte Waldfrevler wüteten unter anderem auch in der sibirischen Taiga und belieferten den großen chinesischen Parkethersteller Xingjia Wooden Flooring in Hunchun.

Außerdem sind manche der Zulassungskriterien des FSC deutlich zu weich. Er vergibt sein Siegel sogar an die Betreiber der umweltschädlichen industriellen Eukalyptus-Monokulturen in Südamerika sowie für Produkte aus Holzfasern, bei denen der Anteil nichtzertifizierter Rohstoffe bis zu 82,5 Prozent betragen darf. Infolge dieser Missstände haben inzwischen mehrere große Umweltschutzorganisationen ihre Zusammenarbeit mit dem FSC angekündigt.

W.K.

Betrug bei Angaben zur Holzherkunft

Grillen gehört zu den beliebtesten Freizeitbeschäftigungen der Deutschen. Und natürlich wollen viele dabei auch nur umweltfreundlich gewonnene Holzkohle verwenden. Betrübelt mit Hilfe von zu Kohle verarbeitetem Tropenholz aus schützenswerten Waldgebieten: ein absolutes Unding! Der ökologisch sensible Verbraucher hofft auf die segensreiche Wirkung der Europäischen Holzhandelsverordnung (European Timber Regulation; EUTR) von 2013, welche den Import von durch Raubbau an der Natur gewonnenem Holz aus Übersee verhindern soll.

Allerdings hat die Sache einen „winzigen“ Haken: Die EUTR gilt nicht für Holzkohle. Außerdem besteht auch keine Verpflichtung für die Hersteller und Händler anzugeben, woher das Produkt genau kommt und woraus es besteht. Aber selbst wenn die Säcke entsprechende Aufschriften tragen, enthalten diese oft nur schamlose Lügen. So wird dem Verbraucher beispielsweise verkündet „Hergestellt in Polen“ oder „Herkunft: Aus europä-

Schutz gilt nicht für Grillkohle

schon Wäldern“. Tatsächlich jedoch stammt die Kohle vielfach aus Ländern wie Nigeria, Nicaragua und Paraguay. Allein in Nigeria werden für die Herstellung von Holzkohle jährlich 400 000 Hektar wertvoller Wald geopfert.

Die Stiftung Warentest untersuchte im Mai 17 verschiedene Sorten Grillkohle, die in deutschen Supermärkten und Tankstellen verkauft werden. Dabei fand sie in fünf Fällen nicht als solches deklariertes Holz aus den Tropen oder Subtropen. Und bei dem Produkt „Max Grill & Barbecue“, welches ausschließlich afrikanisches und südamerikanisches Holz enthält, war sogar das FSC-Siegel gefälscht.

Andererseits gibt es jedoch auch Holzkohle vom Schwarzen Kontinent, die ganz ohne schlechtes Gewissen verwendet werden kann. Das ist die der Marke „Flammenco“. Sie besteht aus den geschredderten Stämmen von Büschen, die in Namibia, dem früheren Deutsch-Südwestafrika, im Rahmen einer ökologisch sinnvollen Landschaftspflege gerodet werden müssen.

W.K.

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32

Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32

Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42

Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de

anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Umstrittene Spende für die SPD

Linker Multimillionär stiftet auffallend großen Betrag – Geht es um eine Baugenehmigung?



Soll das Herzstück einer Millionen-Investition werden, doch bislang stellten sich die Behörden quer: Jagdschloss Hubertushöhe am märkischen Großen Storkower See

Bild: pa

Übereinstimmend sagen Umfragen der märkischen SPD bei den Landtagswahlen am 1. September ihr schlechtestes Ergebnis seit Wiedergründung des Landes Brandenburg vor fast 30 Jahren voraus. Nur wenige Wochen vor der Wahl sorgt nun auch noch die Großspende eines Unternehmers zugunsten der SPD für Schlagzeilen.

Wie aus einem Bericht des Bundestagspräsidenten hervorgeht, hat die brandenburgische SPD Anfang Juli eine Einzelspende über 76 650 Euro erhalten. Der Geldsegen für die Genossen hat nicht nur wegen seiner beachtlichen Höhe die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Bei dem Spender handelt es sich um den Unternehmer und Künstler Rainer Opolka aus Wendisch-Rietz (Oder-Spree).

Opolka wurde über die Grenzen Brandenburgs mit Kunstaktionen im „Kampf gegen Rechts“ bekannt. Regionale Medien haben sich darüber hinaus immer wieder auch mit den Bemühungen des Multimillionärs um eine Baugenehmigung beschäftigt. Die beiden Zwillingbrüder Rainer und Harald Opolka haben im Jahr 2013 das denkmalgeschützte Jagdschloss Hubertushöhe bei Storkow samt Park gekauft.

Bereits seit Jahren laufen Bemühungen der Brüder, das Gelände um das Schloss am Großen Storkower See zu einem „Kunst- und Literaturpark“ zu

entwickeln. Nach den Plänen der Opolkas sollen in dem Park unter anderem ein Künstlerdorf und ein 38 Meter hoher Aussichtsturm entstehen.

Für das Projekt mit einem Investitionsvolumen von bis zu 15 Millionen Euro müsste allerdings der Bebauungsplan geändert und ein Teil der Fläche aus dem Landschaftsschutzgebiet gestrichen werden. Nach jahrelangen erfolglosen Auseinandersetzungen mit den Genehmigungsbehörden kündigten die beiden Investoren vergangenes Jahr an, das Projekt aufgeben und das Anwesen wieder verkaufen zu wollen.

Inzwischen scheinen sich die Erfolgsaussichten für das Projekt allerdings deutlich verbessert zu haben. Laut einem Bericht, der kürzlich in der Zeitung „B.Z.“ erschien, soll die SPD-geführte Kreisverwaltung des Landkreises Oder-Spree auf Anfrage mitgeteilt haben, sie gehe davon aus, „dass das Bauleitverfahren erfolgreich abgeschlossen werden kann“. Der Sender RBB berichtete zudem, dass der Staatskanzlei-Chef und SPD-Politiker Martin Gorholt den Unternehmer und Künstler Rainer Opolka bei den Verhandlungen mit dem Land Brandenburg persönlich unterstützt habe. Der Chef der Staatskanzlei sagte, dies sei bei Problemen „schlicht“ seine Aufgabe.

Sowohl der Spender als auch SPD-Generalsekretär Erik Stohn wiesen einen Zusammenhang zwischen der Spende und einer möglichen Genehmigung des Bauprojekts zurück. Nach Angaben von Stohn hat sich Rainer Opolka an die SPD gewandt, weil er mit einem Wahlauftrag für Dietmar Woidke etwas gegen den Rechtsextremismus im Land unternehmen wollte. „Wir haben ihm dann zu einer offiziellen Parteispende geraten“, so der SPD-Generalsekretär.

Opolka-Brüder wollen ein »Künstlerdorf« bauen

Die Opposition im Landtag sieht trotz dieser Darstellung offenbar Klärungsbedarf. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Jan Redmann, und Grünen-Fraktionschef Axel Vogel äußerten die Absicht, einen Antrag auf Akteneinsicht in den Genehmigungsprozess für das Parkprojekt Rainer Opolkas stellen zu wollen.

Der Unternehmer ist deutschlandweit bereits mit einer Kunstaktion bekannt geworden, die von ihm „Die Wölfe sind zurück“ betitelt wurde. Dabei stellte der 64-Jährige in mehreren Städten bis zu zwei Meter hohe Metallskulpturen von zähnefletschenden, teils bewaffneten „Wolfsmenschen“ auf. Im Jahr 2016 bevölkerten beispielsweise über 60 dieser Skulpturen den Dresdner Neumarkt.

Die „Wolfsmenschen“ stehen laut Opolka „auch für diejenigen, die Brandsätze werfen und Flüchtlinge schlagen“. Er wolle „ein Zeichen gegen Hass und Unmenschlichkeit setzen“. Gezeigt wurden die „Wolfsmenschen“ inzwischen auch in Kassel. Dort fügte Opolka den Wolfsfiguren die Warnbotschaft hinzu: „AfD: Wir hetzen nur. Das Treten überlassen wir anderen.“

Laut Aussage von SPD-Generalsekretär Stohn will die brandenburgische SPD die Großspende Opolkas für den Druck einer Wahlkampfzeitung verwenden. Mithilfe der Spende sollen 700 000 Exemplare davon produziert werden, um sie Ende August an Haushalte in Brandenburg zu verteilen. Abzuwarten bleibt, ob die Spende des Unternehmers der märkischen SPD tatsächlich eine Hilfe ist. Denkbar ist durchaus, dass allein die Berichterstattung über den Erhalt dieser hohen Einzelspende die Wechselstimmung im Land verstärkt und sich eher als eine Belastung für die SPD herausstellt.

Die Partei ist mittlerweile seit drei Jahrzehnten in der Mark immer die stärkste politische Kraft. Seit 1990 haben die Sozialdemokraten in Brandenburg immer den Ministerpräsidenten gestellt. Bestätigen sich die Umfragergebnisse der vergangenen Monate am Wahltag 1. September, dann wird die SPD in den nächsten Jahren nur noch mithilfe einer Dreierkoalition weiterregieren können. Norman Hanert

Rot-Grüner Wirtschaftskrieg in Charlottenburg

Von THEO MAASS

Seit mehr als einem Jahr steht der „Ratskeller“ in Berlin-Charlottenburg unbewirtschaftet leer. Baustadtrat Oliver Schruoffeneger (Grüne) und Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann (SPD) hatten dem Pächter gekündigt – angeblich, um die Räumlichkeiten zu modernisieren und die Pacht neu auszuschreiben. Vieles aber deutet darauf hin, dass die Kündigung politische Gründe hatte. Die AfD, die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und andere Veranstalter erregten womöglich Schruoffenegers und Naumanns Missfallen.

Ein Problem: Seit der Schließung des Kellers stehen die Mitarbeiter des Bezirksamts ohne Kantine da – was die umliegenden Lokale freut. Vonseiten des Bezirksamts wurde die Behauptung aufgestellt, viele Mitarbeiter des Amts hätten sich über das gastronomische Angebot beschwert. Konkretisieren konnten Schruoffeneger und Naumann den Vorwurf allerdings nicht. Zusätzlich verlor das Kabarett „Klimperkasten“ seinen Veranstaltungsort.

Das Bezirksamt hat die wirtschaftliche Existenz der bisherigen Pächterin Angelika Scholtz vernichtet und die bisher dort beschäftigten Küchenmitarbeiter und Kellner arbeitslos gemacht. Aber damit nicht genug, drängt Schruoffeneger die Ex-Pächterin weiter in die Enge. Es wird prozessiert. Der Grünenpolitiker: „Die Gastronomie hat das Mobiliar nicht ausgeräumt und verlangt vom Bezirksamt, es für einen sechsstelligen Betrag anzukaufen.“ Bevor das Mobiliar nicht ausgeräumt sei, könne er das Lokal nicht betreten: „Wir können nicht rein und den Sanierungsbedarf prüfen.“

Um missliebigen Veranstaltungen entgegenzutreten, will das Bezirksamt das Lokal für Veranstaltungen zur „Demokratieförderung“ nutzen.

Wir fassen zusammen: Baustadtrat und Bezirksbürgermeister missfällt die Pächterin des Ratskellers allem Anschein nach offenbar aus dem Grund, dass sie Räume an die AfD vermietet. Aber offenzulegen, dass man die Pächterin aus politischen Gründen gefeuert hat, unterlässt man aus mutmaßlich juristischen Gründen. Das Lokal wird aus „anderen Gründen“ dicht gemacht. Einen Nachpächter findet das Bezirksamt nicht. Auch der Plan, eine politische Erziehungsschule – „Demokratieförderung“ genannt – einzurichten, scheint nicht realisierbar. Stattdessen überzieht man die alte Pächterin mit weiteren finanziellen Forderungen.

Endstation Abriss

Dregger (CDU): Linksextremisten-Nest in der »Rigaer« muss weg!

Nach neuen Ausschreitungen und Angriffen auf Polizeibeamte durch mutmaßlich linksextreme Täter hat sich der CDU-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus Burkard Dregger für einen Abriss des teilweise besetzten Hauses Rigaer Straße 94 ausgesprochen. Dregger zur „Berliner Morgenpost“: „Wenn sich die Möglichkeit bietet, muss der Senat das Haus Rigaer Straße kaufen, abreißen, das Grundstück drei Jahre brach liegen lassen und dann bezahlbaren Wohnraum schaffen. Bis dahin hat sich die linke Szene dort aufgelöst.“

Als der RBB Tage später mit Dregger ein Interview für die „Abendschau“ in der Rigaer Straße drehte, bewarfen Unbekannte die Reporter und den Politiker mit Orangen und beschmierten das RBB-Fahrzeug mit Farbe. Der Sender stellte Strafanzeige. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelte.

Nur wenige Tage zuvor hatte die Polizei in der Nacht vom 19. auf

den 20. Juli in dem „queerfeministischen“ Wohnprojekt „Liebig 34“ eine Wohnung durchsucht. Anlass waren Steinwürfe auf einen Einsatzwagen der Polizei. Laut einem Polizeisprecher konnte lokalisiert werden, woher die Steine kamen, für die Durchsuchung hatte ein

Immer wieder Ausgangspunkt von Gewalt

richterlicher Beschluss vorgelegen. Bei der Durchsuchung trafen die Beamten niemanden an, allerdings stellten sie Utensilien zur Vermummung, Wurfgeschosse, Steine, Farbbomben und Flaschen sicher.

Noch während ihres Einsatzes waren die Polizisten von einem gegenüberliegenden Haus mit Farbbomben und Pyrotechnik attackiert worden. Am darauffolgenden Abend versammelten sich

etwa 40 Personen zu einem unangemeldeten Aufzug am nahegelegenen Bersarinplatz. Später wurden Polizeibeamte in der Gegend der Rigaer Straße mit Steinen beworfen. Unbekannte setzten zudem auch Europaletten und Müllreste in Brand.

Benjamin Jendro, Pressesprecher der Berliner Gewerkschaft der Polizei (GdP), bezeichnete die neuerlichen Ausschreitungen als „Angriffe auf Menschen, bei denen schwerste Verletzungen und selbst der Tod bewusst in Kauf genommen werden“. Jendro weiter: „Das darf nie Normalität werden, und wir erwarten, dass dieser Terrorismus von den politischen Verantwortlichen endlich entschlossen bekämpft wird und die Polizei auch von juristischer Seite jene Unterstützung bekommt, die sie benötigt.“ Für den 20. September ist ein Gerichtstermin angesetzt, bei dem es um die Räumung des Wohnprojekts „Liebig 34“ gehen soll. N.H.

Schlepper geehrt

»Juventa«-Besatzung erhält Potsdamer Preis

Seit zwei Jahren vergibt die Stadt Potsdam den „Max-Dortu-Preis“. In der Jury sitzen ausschließlich linksorientierte Personen, die dem multikulturellen Gesellschaftsexperiment zugetan sind. Obwohl die „Juventa“ – ein Schlepperschiff der Nichtregierungsorganisation Juventa Jugend – von den italienischen Behörden festgesetzt wurde und deren Besatzungsangehörige vor Gericht gestellt werden (es drohen hohe Geldstrafen und sogar Gefängnis), hat die Jury den mit Steuermitteln finanzierten Preis an die mutmaßlichen Straftäter vergeben, samt Preisgeld von 5000 Euro.

In den deutschen Medien ist von Lebensrettern im Mittelmeer die Rede, obwohl die Schlepper die Geretteten nicht zur nahen afrikanischen Küste sondern nach Europa transportierten. Potsdams Oberbürgermeister Mike Schu-

bert (SPD) griff die italienische Justiz und Politik an und behauptete, der Rechtsstaat in Europa sei inzwischen bedroht und die Gültigkeit grundlegender Menschenrechte ins Wanken geraten. Davon sei auch Deutschland nicht unbeflügelt, erklärte Schubert offenbar mit Blick auf die AfD.

Opposition geht scharf auf Distanz

Die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan (SPD) ging in ihrer Laudatio noch weiter und attackierte Australien. Sie warnte davor, sich die dortige Flüchtlings- und Ausländerpolitik zum Vorbild zu nehmen. Brandenburgs AfD-Chef Andreas Kalbitz kritisiert die Ehrung: „Mit der Auszeichnung der Schiffsbesatzung der ‚Juventa‘ setzt die Stadt Potsdam ein verheerendes Signal und sorgt faktisch für einen Ritterschlag für die Schlepperszene – und zwar auf Kosten des Steuerzahlers.“ Frank Bückler

Berlin plant Böllerverbote

Die Koalitionsparteien SPD, Grüne und Linkspartei planen in Berlin Böllerverbotzonen für Silvester. Begründung sind Belästigung durch Lärm und hohe Feinstaubbelastung. Innensenator Andreas Geisel (SPD) nannte den Alexanderplatz (Mitte), die Schönhauser Allee/Ecke Eberswalder Straße (Prenzlauer Berg), Südstern und Kottbuser Tor (beide Kreuzberg), die Gropiusstadt (Neukölln), den Steinmetzkiez in Schöneberg mit der Pallasstraße sowie den Bereich rund um den Hermannplatz in Neukölln. Linkspartei-Abgeordneter Michael Efler: „Das vom Innensenator angekündigte Böllerverbot ... muss jetzt wirklich auch auf den Weg gebracht werden.“ CDU-Fraktionschef Burkard Dregger unterstützt das Verbot. Nur bei FDP und AfD regt sich Widerstand. „Wir brauchen in Berlin keine neuen Verbotzonen“, so die FDP, die AfD äußerte sich ähnlich. In Stuttgart war ein vergleichbares Verbot gescheitert, weil die Landesgesetze dies nicht deckten. F.B.

MELDUNGEN

FSB wurde Hacker-Opfer

Moskau – Das russische Unternehmen SyTech, das für den Inlandsgeheimdienst FSB arbeitet, wurde von Hackern angegriffen. Das Unternehmen führt Projekte für eine Militäreinheit durch und sammelt auch Daten von Nutzern sozialer Netzwerke. Daneben ist es mit der Demaskierung von Nutzern des Anonymisierungs-Netzwerks Tor betraut. Die Hackergruppe, die sich als „0v1ruS“ bezeichnet, hat 7,5 Terrabyte Daten erbeutet und sie mit einer weiteren Hackergruppe namens „DigitalRevolution“ geteilt. Diese hat die Daten Journalisten zugespielt. Das gehackte Material enthält laut BBC Russia Informationen über 20 nicht-öffentliche IT-Projekte, allerdings tauchen in den Unterlagen keine Hinweise auf Staatsgeheimnisse auf. MRK

Mord an Tataren anerkannt

Riga – Die lettische Saeima hat als erstes Parlament die Deportation der Krim-Tataren durch die Sowjets vor 75 Jahren als Völkermord anerkannt. Diese politische Bestätigung einer offensichtlichen Tatsache erklärt sich allein aus der anti-russischen Ausrichtung der lettischen Politik, die eine bis heute anhaltende Genozidpolitik Moskaus gegen die einstigen Herrscher der Krim behauptet. Die russische Regierung hat jedoch nicht nur in Gestalt von Präsident Wladimir Putin die Verfolgung aller Krim-Völker eindeutig verurteilt und die entsprechenden Sowjet-Dekrete aufgehoben, sie leistet auch erhebliche Anstrengungen zur Bewahrung des krimtatarischen Kulturerbes. Ein für den Schulunterricht gedachtes Lehrbuch, das die Verschleppungen von der Krim mit einer angeblichen Kollaboration rechtfertigte, wurde nach der Beschwerde einer krimtatarischen Organisation umgehend aus den Schulen entfernt. T.W.W.

Erdogan drängt sein Land aus der NATO

Ablenkung von wirtschaftlichen Problemen und der Wahlniederlage in Istanbul

Mit dem Kauf von Raketen in Russland und den Gasbohrungen vor der zypriotischen Küste verabschiedet sich die Türkei langsam aus der NATO.

Der Beitritt der Türkei zum atlantischen Verteidigungsbündnis im Jahre 1952 hatte vor allem strategische Bedeutung im Kalten Krieg, als man einen Partner an der Südflanke des Bündnisraums dringend brauchte. Dies zeigte sich vor allem in der Kuba Krise 1962. Aber die Sowjetunion ist Geschichte, andere westlich orientierte Länder in der Nachbarschaft, wie Georgien, sind dem Bündnis beigetreten, welche die strategische Rolle der Türkei übernehmen können.

Die Türkei hat unter Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan einen Schwenk weg vom religiösen Laizismus hin zum fundamentalistischen Islam gemacht, mit dem sie sich selbst aus der westlichen Wertegemeinschaft verabschiedet hat. Heute bräuchte die Türkei die NATO mehr als diese die Türkei. Das hat man während des Syrien-Bürgerkrieges gesehen, als noch radikalere Moslems als Erdogan in die Nähe der türkischen Grenzen kamen und es eine Dis-kussion gab, ob der Bündnisfall auch für einen Bürgerkrieg gilt.

Jetzt dreht sich genau um diese Frage auch der Poker um das russische Raketenabwehrsystem S-400, das die Türkei gegen den Willen der USA und der Allianz erworben hat und das zum Teil in Nordzyprien stationiert werden soll. Deshalb wird die Türkei keine US-amerikanischen F-35-Kampffljets erhalten. Eigentlich hätte die Türkei als NATO-Partner über 100 solcher Maschinen erhalten sollen, türkische Piloten übten bereits den Umgang mit dem Flugzeug in den USA. Nun aber fürchtet das Pentagon, es könnten sensible Daten in die Hände russischer Militärs gelangen, die jetzt zur Bedienung der Raketen in der Türkei stationiert werden. Der Rausschmiss der



Läutete den Bruch mit dem Bündnis ein: Lieferung russischer Raketen in die Türkei

Bild: action press

Türkei aus dem F-35-Programm könnte der Beginn des Austritts der Türkei aus dem Verteidigungsbündnis sein.

Als die Türkei 2015 einen russischen Kampffljet abgeschossen hatte, und damit beinahe einen Krieg mit Russland provoziert hätte, hatte das Pentagon die in der Türkei stationierten Patriot-Abwehr-raketen eilig abgezogen, aus Furcht vor einer militärischen Eskalation zwischen seinem Partner Ankara und Moskau. Statt einer Eskalation folgte eine überraschende Aussöhnung zwischen den beiden autokratischen Staaten und Erdogan spielt mittlerweile die Putin Karte gegen die NATO aus. Der russische Präsident Wladimir Putin verlangte als Wiedergutmachung einen Waffen-deal von Ankara, dies war der

Kauf der S-400 Raketen. US-Präsident Donald Trump gibt seinem Vorgänger Barack Obama die Schuld an den jüngsten Streitigkeiten, weil dieser einen Kauf des US-Produkts Patriot an die Türkei verhindert habe.

Ein weiterer brodelnder Konflikt herder ist die Insel Zypern, deren Nordteil die türkische Armee völkerrechtswidrig besetzte und die griechische Bevölkerung vertrieb. Während der Südteil 2004 als eigenständiger Staat Mitglied der EU werden konnte, ist der Nordteil bis heute von Zehntausenden türkischen Soldaten besetzt und wurde durch einen Bevölkerungsaustausch von Festlandtürken majorisiert. Mehrmals sind Pläne einer Wiedervereinigung der Insel wegen der starren Haltung Erdogans gescheitert.

Seit vor 20 Jahren Gas im Mittelmeer gefunden wurde, hat sich der alte Gegensatz zwischen Türken und Griechen wieder verstärkt, nur diesmal mit der EU im Hintergrund. Alle bisherigen Funde liegen an der südlichen Inselküste, vor der Küste der Republik Zypern. Nikosia hat deswegen zusammen mit Ägypten, Israel und Griechenland ein Abkommen zur gemeinsamen Ausbeutung der Vorkommen geschlossen und die Energiekonzerne Eni, Exxon Mobil und Total damit beauftragt. Aus der Sicht Ankaras hingegen soll Nordzypern auch an den Erträgen der Felder beteiligt werden. Die EU verhängte jetzt Sanktionen gegen die Türkei, um so gegen die Bohrungen türkischer Schiffe zu protestieren. Ankara zeigte sich unbeeindruckt.

Außenminister Mevlüt Cavusoglu drohte sogar wieder mit dem Drehen an der „Migrationschraube“, das zentrale Argument der Türkei in allen Beziehungen zur EU seit der Grenzöffnung durch Bundeskanzlerin Angela Merkel 2015. Erdogan könnte die aktuelle Eskalation auch nutzen, um von den wirtschaftlichen Problemen und der jüngsten Wahlniederlage in Istanbul abzulenken.

Der türkische Präsident drängt mit großen Schritten hinaus aus der NATO. Doch dieser Bündnispartner ist ersetzbar. Die Bundeswehr-Maschinen haben nach ihrem Hinauswurf aus der Türkei in dem Nicht-Nato-Land Jordanien eine neue Bleibe gefunden, dessen König ein verlässlicherer Partner als Erdogan ist. Bodo Bost

Russen begehren auf

20 000 Bürger demonstrierten im Moskauer Stadtzentrum – 1373 wurden verhaftet

Lasst sie frei!“, „Nieder mit der Macht der Tschekisten“, „Schande“, „Wollt ihr einen Majdan?“ Die Parolen der Menschen, die mittlerweile fast täglich in der russischen Hauptstadt und andernorts auf die Straße gehen, werden hörbar schärfer. Sie demonstrieren für Pressefreiheit, für die Einhaltung der Menschenrechte, zeigen Solidarität mit beschuldigten Ärztinnen und zuletzt mit drei über Jahre gequälten Frauen, die ihren Vater getötet hatten. Der Fall könnte dazu führen, dass das erst vor zwei Jahren gelockerte Gesetz über häusliche Gewalt zugunsten der Frauenrechte geändert werden könnte. Damals hatte die Politik die Ansicht vertreten, dass „ein kleiner Klapps Familien nicht auseinanderreißen sollte“. Frauen, die sich wegen häuslicher Gewalt an die Polizei wenden, finden seitdem kein Gehör. In Russland verlieren aber bis zu 12000 Frauen jährlich infolge häuslicher Gewalt ihr Leben. Rund 90 Prozent der Fälle werden nicht bekannt.

Das Fass zum Überlaufen gebracht hat jedoch der Ausschluss von 57 Oppositionskandidaten von der Wahl des Moskauer Stadtparlaments am 8. September. Unter den Ausgeschlossenen sind die prominenten Regierungskritiker Ilja Jaschin, Ljubow Sobol

und Dmitrij Gudkow. Oppositionsführer Alexej Nawalnyj wurde am Wochenende für 30 Tage inhaftiert. Nachdem er im Gefängnis unter schweren allergischen Reaktionen litt, kamen Gerüchte auf, dass er in der Haftanstalt mit Gift in Berührung gekommen sein könnte. Seine persönliche Ärztin hat Haare und ein Hemd von Nawalnyj aus dem Krankenhaus mitgenommen, um sie von unabhängigen Gutachtern untersuchen zu lassen.

Zu den Verhafteten, die noch vor Beginn der Kundgebung festgenommen wurden, gehörten auch Jaschin, Sobol und Gudkow. Das konnte den Protest allerdings nicht aufhalten. Ohne ihre Anführer organisierten sich die Bürger eben selbst. 20000 sollen am vergangenen Wochenende durch Moskaus Innenstadt gezogen sein. Sie schwenkten die russische Fahne und sangen die Nationalhymne. Menschen unterschiedlichen Alters, traditionell gekleidete und modisch gestylte, Kommunisten, Liberale und Grüne beteiligten sich.

Die Staatsmacht reagierte nervös. Sie ging mit aller Härte und mit Schlagstöcken gegen die

überwiegend friedlichen Demonstranten vor. Es kam zu der Rekordzahl von 1373 Verhaftungen. Weil die Polizei schon vor dem Beginn der Kundgebung Straßen sperrte, verteilten sich die Demonstrationen über weite Bereiche der Innenstadt.

Ein solches Vorgehen der Obrigkeit, die allgemeine Unbeliebtheit der als korrupt geltenden Regierungspartei „Einiges Russland“ sowie die Arroganz der Eliten machen die Menschen wütend. Ella Pamfilowa, die Che-

Arroganz der Eliten macht die Menschen wütend

fin des Zentralen Wahlkomitees und Vorsitzende des Menschenrechtsrats beim russischen Präsidenten sagte: „Der Ef-

fekt der Proteste auf die zu treffenden Entscheidungen ist gleich Null“. Zu ähnlichen Aussagen ließen sich auch andere Politiker hinreißen. Sie zeigen den Bürgern, dass sie ihren Volksvertretern gleichgültig sind. Die russischen Wähler fühlen sich übergangen und spüren dabei doch immer deutlicher die Verschlechterung ihres Lebensstandards. Zwei Drittel der Beschäftigten verdienen weniger als den Durchschnittslohn, ihr Realeinkommen sinkt schon das

sechste Jahr in Folge. Es herrscht Stillstand fast überall.

Das Vorgehen der Staatsmacht weckt Erinnerungen an die dunkelsten Kapitel der Geschichte der Sowjetunion.

Die umstrittene Rentenreform des vergangenen Jahres, ein Rückgang des Wohlstands und fehlende Perspektiven für die Jugend führen dazu, dass die Russen aufbegehren. Ihr Ärger bezieht sich mittlerweile auch auf Putin, den sie für den Stillstand verantwortlich machen. Sie sind ihren ewigen Präsidenten leid geworden: „Für ein Russland ohne Putin“ lautet denn auch eine der Parolen. Experten vermuten, dass vielleicht doch noch einige Oppositionskandidaten im letzten Moment zur Wahl zugelassen werden, um die Massen zu beruhigen. Der Umgang mit der Unzufriedenheit der Bürger könnte zum Lackmuse für die Wahl zur Staatsduma 2021 werden.

Eines zeigt sich bereits deutlich: Die russischen Bürger sind mündiger geworden. Sie fordern ihre Rechte selbstbewusst ein. Sie wollen sich trotz massiver Drohgebärden der verunsicherten Regierung nicht den Mund verbieten lassen. Für das kommende Wochenende ist die nächste Großkundgebung angekündigt.

Manuela Rosenthal-Kappi



Woche für Woche
Orientierung in der Medienflut
Klartext für Deutschland

Probeabo anfordern:
Tel 040-41 40 08 42
vertrieb@preussische-allgemeine.de
Fax 040-41 40 08 51

Osteuropa läuft leer

Junge, ausgebildete Rumänen, Bulgaren, Serben wandern massenhaft aus – In ihrer Heimat fehlen sie

Viele deutsche Firmen setzen auf billige Arbeitskräfte aus Südosteuropa. Während die wirtschaftsstarke EU-Länder davon profitieren, hat es für die armen EU-Staaten fatale Folgen.

Der Appell liest sich dramatisch. „Wir sind eine im Verschwinden begriffene Nation“, schreibt Marian Hanganu, Chef der rumänischen Personalvermittlungsfirma Colorful, auf seiner Internetseite über die Massenauswanderung aus einem der ärmsten EU-Länder. „Das Resultat ist, dass viele multinationale Unternehmen entschieden haben, nicht mehr in Rumänien zu investieren, weil es einfach kein Personal gibt.“

In Rumänien schrumpft vielerorts die Bevölkerung, weil die Jungen auf der Suche nach besserer Arbeit fortziehen. Die schicken zwar Geld nach Hause, aber das ist letztlich nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Unter den EU-Ländern verzeichnet Rumänien den größten Anstieg der Auswanderung seit 1990.

Einen zum vergangenen Jahreswechsel veröffentlichten Report der Weltbank zufolge arbeiten und leben etwa vier der insgesamt 19,6 Millionen Rumänen außerhalb ihres Heimatlandes. Unter den Auswanderern sind etwa 2,6 Millionen im erwerbsfähigen Alter, was fast einem Fünftel der arbeitenden Bevölkerung des Landes entspricht.

Ganz ähnlich sieht es im benachbarten Ausland aus. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs kämpft auch Bulgarien mit enormer Abwanderung. Das Land ist das wirtschaftliche Schlusslicht der EU, und die Bevölkerung schrumpft in keinem Land der Welt so schnell. Schätzungen zufolge sollen mehr als 1,2 Millionen Bulgaren im Ausland leben, die Zahl der Einheimischen ist kürzlich unter die Sieben-Millionen-Marke gefallen.

Es sind nicht nur ungelernete Arbeitskräfte, die ihre Heimat bereits verlassen haben. Auch hoch



Wie ausgestorben: Von einst 700 Einwohnern leben in dem Dorf Deutsch-Weißkirch heute nur noch etwa 470, meist ältere Menschen, nachdem vor allem junge Siebenbürger Sachsen und Rumänen den Ort verlassen haben

Foto: Mauritius

qualifizierte Kräfte, insbesondere Mediziner, sind ausgewandert. 2013 waren bereits mehr als 14 000 rumänische Ärzte im Ausland tätig. Das entspricht einem Drittel der Gesamtzahl der Ärzte des Landes.

Ein ähnliches Bild bietet Serbien. Rund ein Fünftel der Einheimischen will das Land auf der Suche nach besser bezahlten Jobs und mehr Wohlstand verlassen, heißt es in einer neuen Studie. Die meisten dieser Menschen seien jung. Diejenigen, die das Land bereits verlassen haben, wollen nicht zurückkehren, zumindest nicht vor ihrer Pensionierung – wiederum vor allem wegen des höheren Lebensstandards im Ausland, heißt es in der Umfrage „Why are People leaving Serbia?“ (Warum verlassen die Menschen Serbien?).

Anfang Juli ergab eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), dass die Bundesrepublik fast so viele Zuwanderer anzieht wie die Verei-

nigten Staaten. Im Jahr 2016 blieben mehr als eine Million Menschen in Deutschland, im Jahr 2017 waren es nach vorläufigen Zahlen wieder fast 900 000 Menschen. Der Studie zufolge zieht sich die Attraktivität von „Germany“ durch alle Berufsgruppen. „Deutschland wird als Arbeitsort für internationale Talente immer beliebter. Die wirtschaftliche Stärke und die guten Arbeitsbedingungen sind weltweit bekannt“, heißt es.

Vor Ort sind die Aussichten dagegen trübe. Griechenland hat mehrere Hunderttausend seiner Einwohner verloren, und selbst Ungarn, das wirtschaftliche Musterland der neuen EU-Länder, hat mit einer massiven Abwanderung zu kämpfen. Im baltischen Lettland leben zum Beispiel fast 27 Prozent weniger Menschen als zu Beginn der Unabhängigkeit 1991.

Die Auswirkungen sind fatal. Viele serbische und bulgarische Dörfer müssen schon von mobilen Teams des Roten Kreuzes versorgt werden, weil dort nur noch

alte Menschen leben. Sie brauchen nicht nur oft Pflege, sondern haben auch keine Möglichkeit mehr zum Einkommen.

Die Jungen, die dies übernehmen könnten, sind lange weg. Es fehlt an Krankenhäusern, weil es kaum noch Ärzte gibt, es fehlt an Schulen, weil die Lehrer ausgewandert sind, und es fehlt an Kindergärtnern, weil die Erzieher ihr Glück lieber im reichen Westen suchen.

Dramatisch zurückgegangen ist auch die Zahl der Bauarbeiter. In den Boom-Regionen des europäischen Ostens bleiben daher Bauvorhaben monatelang liegen, weil es keine Arbeiter gibt. Experten schlagen Alarm: „Ein Europa, das sich über Arbeitskräfte aus dem Osten freut, wird sich früher oder später auch um die Zurückgebliebenen sorgen müssen. Beginnen könnte es damit, den Kohäsionsfonds der EU im nächsten Finanzplan zu stärken statt zu kürzen. Und seine Mittel nicht mehr pro Kopf, sondern nach Region zu verteilen“, erklärte beispielsweise

der renommierte Osteuropa-Journalist Norbert Mappes-Niediek. Mit dem Fonds werden infrastrukturelle Projekte innerhalb der EU finanziert.

In vielen Regionen des Südens würden „Scouts“ auf die Suche nach jungen Arbeitskräften gehen. Und die Politik mischt eifrig mit. So tourte Gesundheitsminister Jens Spahn kürzlich durch den Kosovo, um für den Pflegestandort Deutschland zu werben.

Aus Sicht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) profitiert Deutschland nämlich von den Zuwanderern aus Südosteuropa. „Sie sind meist jung, die Beschäftigungsquote ist annähernd vergleichbar mit der der Deutschen“, sagt IAB-Migrationsforscher Herbert Brücker.

In diversen Branchen wie Bau, Pflege und Gastronomie würde es ohne diese Kräfte eng, da sich kaum deutsche Bewerber fänden. „Da findet kein Verdrängungswettbewerb statt“, so Brücker. In dem Abwanderungsländern allerdings auch nicht. Peter Entinger

MELDUNGEN

Diebe begehren Weinblätter

Bad Neuenahr-Ahrweiler – Aus immer mehr deutschen Weinbaugebieten melden Winzer Diebstähle von Weinblättern. Nach Fällen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg melden auch Winzer aus Sachsen-Anhalt und aus Thüringen Fälle, bei denen massenweise Weinblätter von den Rebstöcken abgerissen werden. Vertreter von Weinbauverbänden und die Polizei vermuten aufgrund der Dimensionen der angerichteten Schäden, dass professionelle Banden mit dem Diebesgut Gastronomiebetriebe und Lebensmittelhändler beliefern. Gefüllte Weinblätter gelten insbesondere in der orientalischen Küche als eine Spezialität. Zu den Folgen des Diebstahls von Weinblättern hat der Weinbauverband Ahr unter der Internetadresse <https://awbauern.de> eine Mitteilung in deutscher und arabischer Sprache veröffentlicht. N.H.

Geld zurück vom Staat

Berlin – Rund 14,4 Millionen Steuerpflichtige haben im vergangenen Jahr durchschnittlich etwas über 1527 Euro Werbungskosten für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte angesetzt. Insgesamt werden pro Jahr etwa 28 Millionen Steuererklärungen abgegeben. J.H.

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.926.071.173.282 €

Vorwoche: 1.926.113.979.268 €

Verschuldung pro Kopf:
23.200 €

Vorwoche: 23.200 €

(Dienstag, 30. Juli 2019,
Zahlen: www.steuerzahler.de)

Johnsons Trumpfkarte

Briten-Premier droht EU mit Steuerparadies nach dem Brexit

Der neue britische Premierminister Boris Johnson hat in seiner ersten Rede im Unterhaus seinem Land eine gloriole Zukunft prophezeit. In seiner Rede entwarf Johnson das Bild eines Großbritannien, das bis zum Jahr 2050 die größte und prosperierendste Wirtschaft Europas besitzt. Laut Johnson soll Großbritannien sogar zum „besten Platz“ der Welt werden.

Bereits im Vorfeld seiner Berufung zum Ministerpräsidenten hat Johnson auf Veranstaltungen, aber auch in seinen Kolumnen, die wöchentlich im „Daily Telegraph“ erschienen sind, Hinweise gegeben, wie er die britische Wirtschaft auf Hochleistung bringen will. Sehr konkret wurde Johnson beim Thema Steuerreform. Im Rennen um den Parteivorsitz und das Amt als Premier sagte Johnson, er würde als Premierminister die Einkommensgrenze, ab der ein Höchststeuersatz von 40 Prozent fällig wird, von 50 000 Pfund auf 80 000 Pfund anheben.

Zur Gegenfinanzierung will Johnson zum Teil auf die Reserven zurückgreifen, die das britische Finanzministerium als Vor-

sorge für den Fall eines EU-Ausstiegs ohne Vertrag zurückgelegt hat. Vorgeschlagen hat Johnson zudem aber auch Änderungen am britischen Sozialversicherungssystem.



Will Großbritannien zur größten und prosperierendsten Wirtschaft Europas, zum „besten Platz der Welt“ machen: Premierminister Boris Johnson bei seiner ersten Rede im Unterhaus Bild: action press

Eine zentrale Rolle spielt bei Johnson immer wieder das Thema Freihandel. Unter Berufung auf eine Studie der Bau- und Beratungsfirma Mace hat Johnson etwa die Schaffung eines halben

Dutzend Freihäfen vorgeschlagen. Laut Berechnungen des Beratungsunternehmens könnten Freihäfen in Verbindung mit speziellen Wirtschaftszonen in ihrem Umland in Großbritannien etwa 150 000 Arbeitsplätze schaffen und die Wirtschaftsleistung des Landes um neun Milliarden Pfund im Jahr erhöhen. Als Standorte für solche Freihäfen werden Belfast, Bristol, Grimsby, Hull, Liverpool und die Region Tees Valley im Nordosten Englands genannt.

Bereits wenige Tage nachdem Johnson zum Premierminister ernannt worden war, stellte US-Präsident Donald Trump zudem den Abschluss eines „sehr umfassenden Freihandelsabkommens“ in Aussicht. Mit dem neuen Abkommen könnte sich laut Trump der Umfang der Handelsbeziehungen um das Fünffache erhöhen. Nach einem Telefonat mit Johnson sagte Trump, die britische Mitgliedschaft in der EU habe ein solches Freihandelsabkommen bisher verhindert. Gegenüber Reportern sagte der US-Präsident, beide Länder würden bereits an einer Vereinbarung arbeiten. Norman Hanert

Autobauer in der Krise

Weltweit droht eine Entlassungswelle

Weltweit brechen für die Autoindustrie schwierige Zeiten an. Gleich mehrere große Autobauer haben schlechte Quartalszahlen gemeldet und Entlassungen angekündigt. Zuletzt hatte der japanische Hersteller Nissan den Plan zum Abbau von 12 500 Stellen bekanntgegeben. Nissan steht nach einem Gewinnbruch und starken Umsatzrückgängen unter Druck. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ging beim zweitgrößten Autobauer Japans der Absatz in den USA um mehr als neun Prozent zurück. In Europa brach der Absatz für Nissan mit einem Minus von fast 18 Prozent regelrecht ein. Auch der US-amerikanische Autobauer Ford will in Europa 12 000 Arbeitsplätze streichen. Bereits bis zum Ende des nächsten Jahres plant Ford, die Zahl der Standorte um sechs auf dann 18 zu reduzieren. Ford-Europachef Stuart Rowley nannte die Werksschließungen „härteste Entscheidungen“ und sagte, man konzentriere sich „auf den Aufbau einer langfristigen nachhaltigen Zukunft für unser Geschäft in Europa“.

Der Branchenexperte Ferdinand Dudenhöffer äußerte dagegen die Vermutung, Ford könnte sich komplett von seinem europä-

ischen Pkw-Geschäft trennen. Fords Europa-Fahrzeuge seien außerhalb des Kontinents nur begrenzt absetzbar, damit sei das Geschäft aber zu klein, um wirklich profitabel zu werden, so Dudenhöffer.

Ford und Nissan stehen mit ihren Problemen in der Branche nicht allein. Die Nachrichtenagentur Bloomberg hat bereits im Mai eine Aufstellung vorgelegt, wonach sich die angekündigten Entlassungen von Autoherstellern weltweit auf 38 000 Stellen summieren. Laut einer Studie der Unternehmensberatung Ernst & Young sind in den ersten drei Monaten des Jahres die Gewinne der 16 größten Autokonzerne um 28 Prozent eingebrochen. Bei den großen japanischen Herstellern brachen die Profite sogar um 40 Prozent ein. Auch die deutschen Autobauer mussten einen Gewinnrückgang von 28 Prozent verkraften. Allein die koreanischen Hersteller Kia und Hyundai konnten sich vom Trend absetzen und ihre Gewinne sogar leicht erhöhen.

Nach den Zahlen der Untersuchung von Ernst & Young ist der weltweite Autoabsatz im ersten Quartal um 5,7 Prozent auf 18,5 Millionen Fahrzeuge gesunken. In China, dem weltweit größ-

ten Absatzmarkt, brach der Absatz von Fahrzeugen im ersten Halbjahr 2019 sogar um 14 Prozent ein.

Im Kontrast zu den schlechten Nachrichten der Konkurrenz überrascht Volkswagen mit einem kräftigen Gewinnplus. Der Wolfsburger Konzern konnte im ersten Halbjahr sein Ergebnis vor Steuern um 6,5 Prozent auf 9,6 Milliarden Euro steigern. Bei den Umsatzerlösen legte der größte Automobilhersteller der Welt im ersten Halbjahr 2019 gegenüber dem Vorjahr um rund fünf Prozent auf mehr als 125 Milliarden Euro zu. Zum guten Ergebnis haben die Sportwagentochter Porsche, die Lkw-Hersteller MAN und Scania und auch die Kernmarke VW beigetragen. Günstig war für den Konzern insbesondere, dass in China das Geschäft mit profitablen Premium- und Luxusautos noch immer gut läuft. Volkswagen hat vor Kurzem auch Details zur Zusammenarbeit mit Ford bekanntgegeben. Der Wolfsburger Konzern will sich demnach mit 2,6 Milliarden Dollar an Argo Al, der Ford-Tochtergesellschaft für selbstfahrende Autos beteiligen. Ford soll im Gegenzug vom modularen Baukasten für Elektroautos profitieren, der bei VW entwickelt wurde. N.H.

Sonderregeln

Von Alexander Alt

Der naive Zeitgenosse hatte die Sache ohnehin nicht verstanden. Da einigt sich eine Partei auf eine Liste, die sie dem Wähler anbietet. Dann entscheidet ein Landeswahlausschuss plötzlich, dass die Liste drastisch gekürzt wird, die Zweitstimme des Wählers folglich gar nichts mehr zählt, sofern die Stimmen für die verkürzte Liste erreicht sind.

So geschehen in Sachsen, wo die Liste der Partei Alternative für Deutschland (AfD) für die Landtagswahl auf 18 von 61 Positionen zusammengestrichen worden war, mit der Begründung, man habe Verfahrensfragen bei der Kandidatenaufstellung nicht berücksichtigt. Wohlgedacht: In der AfD selbst war man sich über das zu präsentierende Kandidatentableau einig.

Sogar Wilko Zicht, der als „Wahlrechtsexperte“ der Grünen gilt, sprach sich in der „taz“ gegen die Listenkürzung aus. Zwar habe sich die AfD seiner Meinung nach beim Wahlprozedere „ungeschickt angestellt“ und sei „ersichtlich überfordert“ gewesen, aber: „Am Ende hätte der Landeswahlausschuss... nur noch zu

Sogar Grüner gegen Listenkürzung

beurteilen gehabt, ob die AfD gegen elementare Mindestregeln einer demokratischen Kandidatenaufstellung verstoßen hat. Wovon keine Rede sein kann.“

Die AfD hat geklagt. Der sächsische Verfassungsgerichtshof hat Ende Juli in einer, allerdings noch vorläufigen

Entscheidung, die Kandidatenliste auf 30 verlängert. Rechnerisch ein Teilerfolg für die Partei. Die Demokratie leidet dennoch. Es bleibt eine Benachteiligung, denn antreten will die AfD mit einer wesentlich längeren Liste. Ursprünglich war moniert worden, dass die Kandidatenaufstellung formell auf

Brandanschlag fand kaum Beachtung

zwei Parteitag stattfand. Dies wurde nun nicht mehr als Hindernis gesehen, wohl aber, dass die Positionen ab Platz 31 via Blockwahl vergeben wurden.

Aber selbst dieser Gerichtsbeschluss erfuhr sofort Kritik. Claus-Peter Reisch, der es als „Seenotretter“ zu einer zweifelhaften Prominenz gebracht hat, ließ die Öffentlichkeit wissen, dass er die Entscheidung für „skandalös“ halte. Seiner Meinung nach sollte die AfD „überhaupt keine Listenplätze vergeben dürfen“.

Nicht bekannt ist, ob es Reisch auch für „skandalös“ hält, dass auf den AfD-Kreisvorsitzenden Altmann West, Sebastian Koch, und dessen Freundin ein Brandanschlag verübt wurde, welchem sie nur knapp entkommen sind und den die Staatsanwaltschaft als Mordversuch einstuft. In einer Gartenlaube, in der die beiden übernachtet hatten, war Feuer gelegt worden. Trotz des naheliegenden Verdachts eines politischen Motivs, hält sich die mediale Aufmerksamkeit in engen Grenzen. Nach Verboten oder der Enttarnung von „Netzwerken“ möglicher Täter ruft hier bislang niemand.

Schöner pöbeln mit der FAZ

Von Erik Lommatzsch

Vor noch gar nicht so langer Zeit galt die „Frankfurter Allgemeine“ (FAZ) als eine der anspruchsvollsten und seriösesten Zeitungen Deutschlands. Dass es sich hier um ein offenbar überholtes Urteil handelt, zeigt ein Kommentar des FAZ-Mitherausgebers Berthold Kohler. Dieser nahm die Wahl Boris Johnsons zum Parteichef und damit auch zum britischen Premierminister zum Anlass, ihn mit dem US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump zu vergleichen. Überschriften ist das Ganze mit „Brüder im Geiste“. Natürlich ist ein Kommentar meinungslos, auch scharfe Kritik darf erwartet werden. Dennoch sollte man in diesem Fall, gerade wenn man sich als differenzierendes Medium auf hohem Niveau versteht, dem oder den

Angegriffenen zumindest eine gewisse Satisfaktionsfähigkeit zubilligen.

Vom „Präsidentendarsteller“ Trump ist bei Kohler die Rede, als „Sexist“ und „Rassist“ wird er bezeichnet, im FAZ-Text ohne Anführungszeichen. „Trumps Sprunghaftigkeit, Oberflächlichkeit, Prahlerei, Ego manie und sein überaus lockeres Verhältnis zur Wahrheit sind... keine zweit-rangigen Probleme. Die Welt muss hoffen, dass die ‚checks and balances‘ der amerikanischen Verfassung ausreichen, um die Unprofessionalität dieses Präsidenten einzuhegen.“ Respekt vor der sportlichen Leistung des FAZ-Kommentators, es auf den Rücken derartig hoher Rösser zu schaffen.

Weiter heißt es: „Trump und Johnson... sind nicht Unfälle der

Geschichte, sondern Produkte und Profiteure einer sich ausbreitenden Unzufriedenheit mit den vorhandenen politischen Systemen und deren Personal.“ Zu bemerken wäre: Systeme wollen wohl die wenigsten wechseln, das Personal dagegen mancher schon. Und zwar mittels Wahl. Hat da jemand bei der FAZ den Begriff „Demokratie“ missverstanden?

Laut Kohler könne auch die US-Verfassung nicht „verhindern, dass Trumps zahlreiche Anhänger ihn genau so lieben, wie er ist. Das ist das wirklich Verstörende.“ Dass es sich hier um eine unsägliche Arroganz gegenüber den Wählern handelt, scheint den Schreiber wiederum nicht zu verstören. Für ihn spielt Trump „überzeugend den Clown“, genauso wie Johnson.

Dafür gibt es Lob für die deutschen Verhältnisse, welches keine Peinlichkeit scheut. Merkel sei „in fast jeder Hinsicht das glatte Gegenteil von Trump, Johnson ... unpräzise, nüchtern, skandalfrei. Auch keiner der Kandidaten für den CDU-Vorsitz kam dem Halodritum eines Johnson nur entfernt nahe.“ Die deutsche Politik müsse „lernen, mit ausländischen Staatsmännern umzugehen, deren Politikverständnis und Pflichtbewusstsein nicht ganz so protestantisch ausfallen wie bei der Kanzlerin.“

Primitive Beschimpfung, gepaart mit der unangenehmen Variante der Selbstsicherheit, wirkt abstoßend. Für die FAZ ein Tiefpunkt. Man kann nur hoffen, dass derartige Beiträge im Ausland nicht allzu stark wahrgenommen werden.



Best gehasste Staatsmänner: Der britische Premierminister Boris Johnson (li.) mit US-Präsident Donald Trump

Bild: pa

in unheimliches Schweigen liegt derzeit über den Mainstreammedien. Kaum jemand berichtet über die aktuelle Situation, was den sogenannten Flüchtlingsdeal mit der Türkei angeht. Er soll geplatzt sein, berichten die „Deutschen Wirtschaftsnachrichten“ und der RBB. Er stehe kurz vor dem Platzen, so andere, meist freie Journalisten. Was das bedeutet? Nichts Gutes, so viel ist klar.

Die türkische Regierung will also den Stecker ziehen beziehungsweise die Schleusen öffnen. Etwa 3,6 Millionen „Flüchtlinge“ sollen in der Türkei angekommen sein. Ankara wirft der EU unter anderem vor, den versprochenen Zahlungen für die Aufnahme von Flüchtlingen nicht vollständig nachgekommen zu sein (bislang sollen alleine von Deutschland sechs Milliarden Euro geflossen sein). Außerdem sei Ankara erzürnt darüber, dass Brüssel zuvor aufgrund der unterschiedlichen Ansichten zum Thema Energie im östlichen Mittelmeer Sanktionen gegen die Türkei eingeleitet hatte. Diese EU-Sanktionen sollen wegen des provokanten Vorgehens der Türkei in der ausschließlichen Wirtschaftszone Zyperns verhängt werden. Auf der Strecke bleiben könnte dadurch unter anderem ein vereinfachtes Visa-Verfahren für türkische Staatsbürger, die in die EU reisen wollen, heißt es. Dass diese EU-Zwangsmaßnahmen heftige Reaktionen der türkischen Regierung hervorgerufen hatten, war von dieser Seite angekündigt! In Brüssel sollte man die Drohungen nicht auf die leichte Schulter nehmen. So hatte der türkische Innenminister Süleyman Soyda diesbezüglich Klartext geredet und letzte Woche gedroht: „Wenn wir die Schleusen öffnen, überleben Ihre (EU-)Regierungen keine sechs Monate.“

Wie das genau aussehen konnte, das hatte die „Bild“ bereits im August 2016 als

Frei gedacht



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

mögliches Szenario entwickelt, sollte es eben zum Bruch des Flüchtlingsdeals zwischen der Türkei und der EU kommen. Nun kann man aus Erfahrung mit Fug und Recht behaupten, dass die Springerpresse das Ohr stets ganz dicht am Puls der Machthaber hat, viele Szenarien, die bei „Bild“ im Laufe der letzten Jahre spekuliert wurden, trafen nicht selten haargenau so ein. Das Blatt stellte also 2016 unter der Überschrift „Was, wenn der Flüchtlingsdeal platzt?“, folgende Überlegungen an. Es ist sinnvoll, die wichtigsten Punkte der „Bild“-Ausführungen noch einmal gut durchzulesen, damit man auf das Bevorstehende auch vorbereitet ist. Die Springer-Redakteure gingen damals von einem Zeitraum von insgesamt nur vier Monaten aus, bis die absolute Krise für die Europäische Union zu Weihnachten schließlich erreicht sei:

„Österreich kündigt an, seinen Grenzschutz im Süden und Osten ‚massiv‘ zu verstärken. Ungarns Präsident Viktor Orbán fordert von Brüssel eine ‚Verzehnfachung‘ des Etats für die europäische Grenzschutzagentur Frontex, damit diese die Grenze zur Türkei wirksam sichern könne. Der große Knall: Präsident Erdogan kündigt in einer vom Staatsfernsehen übertragenen Ansprache an, dass die Türkei ihre Maßnahmen zur Eindämmung

Wenn der Flüchtlingsdeal platzt

Von EVA HERMAN

der Migration einstellt und auch keine Flüchtlinge mehr zurücknehmen wird. Grund sei das gebrochene EU-Versprechen ... Die Türkei kündigt die Auflösung mehrerer Flüchtlingslager im Süden des Landes und ‚einige Verlegungen‘ an. Gleichzeitig schränkt sie den Schutzstatus für Syrer per Präsidenten-Dekret ein. Erste Berichte über Bus-Konvois Richtung Brüssel für Irritationen. Bulgariens Grenze zur Türkei sei aber seit dem EU-Beitritt Bulgariens verstärkt worden und ‚sicher‘, sagt ein Sprecher der EU-Kommission. Nach Geheimdienst-Informationen haben sich im Drei-Länder-Eck Türkei-Bulgarien-Griechenland mindestens 15 000 Flüchtlinge versammelt. Die ersten Bilder verbreiten sich über Facebook und Twitter: Tausende Flüchtlinge durchbrechen die Zäune an der Land-Grenze der Türkei zu Griechenland. Ihr Ziel ist die überwiegend grüne Grenze zwischen Griechenland und Bulgarien. Und wieder trifft es die EU unvorbereitet, gibt es keinen Aktionsplan, keine abgestimmte Linie. Bulgarien wird von der Entwicklung völlig überrumpelt.“

Weiter wird in „Bild“ für den Fall der Auflösung des Flüchtlingsdeals mit der Türkei spekuliert: „Laut UNHCR haben in 48 Stunden 22 000 Flüchtlinge bulgarisches Staatsgebiet erreicht, darunter 7 000 Kinder. Eine Registrierung findet nicht statt. Lokale Hilfsorganisationen beklagen totales Chaos und eine ‚beispiello-

se Unterversorgung‘. Bulgariens Regierung bittet um internationale Hilfe – und tritt wegen der Versäumnisse beim Grenzschutz und im Krisenmanagement zurück. Die Flüchtlinge werden provisorisch in Zelten untergebracht. Berlin erklärt, die Flüchtlinge seien auf EU-Gebiet und faktisch in einem sicheren Drittstaat. Die von ihnen mehrheitlich gewünschte Weiterreise nach Deutschland sei deshalb ausgeschlossen. Auf einer Krisen-Konferenz der Länder entlang der früheren Balkanroute kommt es zu einem Eklat: Ungarns Präsident Orbán fordert, der Einsatz von Schusswaffen dürfe nicht länger Tabu sein, wenn man ‚eine zweite Völkerwanderung verhindern wolle‘. In

Deutschland sorgen die Bilder friererender Flüchtlinge für eine neue Debatte. Zwei Kinder sterben an Lungenentzündung. Bei einem Flüchtling entdeckt die bulgarische Polizei Sprengstoffspuren. Der Krisenstab im Kanzleramt tagt von nun an wieder täglich. Nach einem Telefonat zwischen der Bundeskanzlerin und dem türkischen Staatspräsidenten erklären beide Seiten, es habe keine Annäherung gegeben. Slowenien, Kroatien und Serbien erklären in einem gemeinsamen Statement: ‚Aus leidvoller Erfahrung eines Bürgerkriegs, deren Wunden bis heute nicht völlig verheilt sind, werden unsere Länder

unter keinen Umständen Gewalt gegen Flüchtlinge anwenden.‘ Keines der Länder wolle am Ende als Sündenbock für ein Blutvergießen dastehen. Bulgariens Übergangsregierung erklärt, aufgrund der geänderten Sicherheitsgarantie werde man Flüchtlinge von nun an nicht mehr an der Weiterreise hindern (...) Die ersten Flüchtlinge überqueren die Grenze zu Serbien. Dort stehen Dutzende Busse für den Weitertransport bereit. (...) Kroatien meldet einen rasch anschwellenden Flüchtlingsansturm. Auch in Slowenien wiederholen sich die Bilder der Menschenschlangen entgegen aller Absichtserklärungen. (...) In einer Umfrage erreicht die AfD 28 Prozent. Der neue AfD-Vorsitzende Alexander Gauland ruft zu Massenprotesten auf (...) Österreich will einen ‚Korridor‘ einrichten, durch den die Flüchtlinge auch mit Hilfe von Bussen an die Grenze zu Bayern gelangen können. Ein Regierungssprecher: ‚Die Maßnahme hat sich 2015 bewährt, Deutschland ist das einzige Land, das Flüchtlinge in dieser Größenordnung aufnehmen kann. Die ersten 5 000 Flüchtlinge sind auf dem Weg in Richtung Passau, wo die Polizei mit mehreren Hundertschaften vor Ort ist. Hubschrauber kreisen über der Grenzregion‘ ...“

Soweit die Ausführungen der „Bild“ 2016 zu einem möglichen Platzen des

Türkei-Deals. Der befürchtete Tatbestand ist letzte Woche eingetreten. Wird es noch eine friedliche Lösung geben? Soll es die überhaupt geben? Oder wurde mit dem UN-Migrationspakt vor wenigen Monaten die ganz große Wende für Europa eingeleitet? Bedauerlich, dass es so gut wie keine öffentliche Diskussion gibt zu dem bevorstehenden immensen Wandel auf unserem Kontinent.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Fremdherrschaft im Preußenhaus

Schloss Cecilienhof bereitet das Jubiläum der Potsdamer Konferenz vor – Hohenzollern gehen dazwischen

Schloss Cecilienhof hat durch die Potsdamer Konferenz von 1945 Weltgeschichte geschrieben. Zum Jubiläum bereitet man dort, das mit jährlich 140 000 Besuchern zu den meistbesuchten preußischen Schlössern zählt, für eine Million Euro eine opulente Sonderausstellung vor – just zu einem Zeitpunkt, da das Haus Hohenzollern Rückgabeforderungen stellt.

Am 17. Juli begann vor 74 Jahren um exakt 17.08 Uhr die Potsdamer Konferenz zwischen dem sowjetischen Herrscher Josef Stalin, US-Präsident Harry S. Truman und dem britischen Premierminister Winston Churchill, der nach den Wahlen Ende Juli von Clement Attlee abgelöst wurde. Auf der bis zum 2. August 1945 dauernden Konferenz der Alliierten ging es um die Aufteilung Europas und Asiens nach Ende des Zweiten Weltkrieges.

Hier zu verhandeln, bei wahrscheinlich ähnlich heißen Juli-Temperaturen wie heute, war eine nervenaufreibende Aufgabe. In Erinnerung geblieben sind die Korbsessel, in denen sich die drei Mächtigen ablichten ließen.

Mit einer Sonderausstellung zum 75. Jubiläum der Konferenz soll im nächsten Jahr gezeigt werden, wie Schloss Cecilienhof zu einem Ort der Weltgeschichte wurde. Eine multimediale Zeitreise soll Einblicke in die Schicksalstage des Sommers 1945 ermöglichen.

Vier Kernbereiche werden zu sehen sein. Als erstes geht es um die Berliner und Potsdamer Konferenz der „Großen Drei“, des Weiteren um die „Neuordnung Europas“, auch – und bisher weniger beachtet – um das Schicksal Asiens und des Mittleren Ostens sowie zum Schluss um die „Welt nach 1945“.

Die schon einige Monate zuvor auf der Konferenz von Jalta auf

der russischen Halbinsel Krim zu spürenden Spannungen zwischen den Großmächten mündeten nach der Potsdamer Konferenz schon bald in den Beginn des Kalten Krieges und in die Teilung Deutschlands. Und wieder war das jüngste Hohenzollernschloss hautnah an der Geschichte beteiligt. Die Mauer verlief im Garten und verdeckte die Sicht über die Havel nach West-Berlin.

Anders als bisher, soll es jetzt auch um die namenlosen Men-

kommen und liefert schon jetzt ein außergewöhnliches Zeitzeugnis für die Schau: ihr Tagebuch von damals, in dem sie detailliert die täglichen Abläufe notierte.

Fruchtbare Verhandlungen der Schlösserstiftung mit Russland, Großbritannien und den USA führten zu besonderen Leihgaben wie unbekanntem Filmaufnahmen der Konferenz und persönlichen Gegenständen der Teilnehmer. Zwar nicht das Original, aber originalgetreu ist das bereits ange-

das gerade aufwendig saniert wurde, der Villa Liegnitz oder Schloss Lindstedt in Potsdam geht sowie um einen Rechtsstreit über Entschädigungen für enteignete Immobilien. Dieser sei jedoch zurzeit „ruhend gestellt“, so die brandenburgische Kulturstaatssekretärin Ulrike Gutheil, um die parallel laufenden Einigungsgespräche nicht zu belasten.

Seit 2013 laufen Verhandlungen, in denen es um einen außergerichtlichen Vergleich geht zwi-

Friedrich Prinz von Preußen seit 1994 vorsteht, wandelten sich im Frühjahr dieses Jahres zum Konflikt. Es geht um Entschädigungen für enteignete Schlösser, Herausgabe von mehreren Tausend Exponaten aus öffentlichen Museen, Wohnrechte und Immobilien.

Darüber hinaus gibt es die Forderung zur Gründung eines Hohenzollern-Museums mit Einflussnahme der Darstellung und Mitspracherecht in den Ausstellungen, in denen die Hohenzollern als Leihgeber erscheinen. Das Haus ließ die Leihverträge bereits 2015 auslaufen. Wertobjekte könnten also jederzeit aus den Museen abgezogen werden.

Anzunehmen ist, dass die hohen Ansprüche der anwaltlichen Vertretung des Hauses in der Hoffnung begründet liegen, sich später in einer annehmbaren Mitte treffen zu können.

Das Medienecho ist enorm groß (siehe PAZ vom 26. Juli). Es liegt eine komplizierte juristische Rechtslage vor, deren Rechtsgrundlage ein Vertrag von 1925 ist über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem damaligen Staat Preußen und dem Haus Hohenzollern. Daraus resultierende Unklarheiten sind in der Weimarer Republik nicht eindeutig behoben worden. NS-Herrschaft, deutsche Teilung, verschiedener Umgang in den einstigen Besatzungszonen und Verhandlungen im Jahr 1992 brachten ebenfalls keine endgültigen Ergebnisse.

Am 24. Juli gab es ein erneutes Treffen mit allen Beteiligten. Die Verhandlungspositionen lagen nach dem letztem Stand der Dinge noch sehr weit auseinander.

Silvia Friedrich

„Potsdamer Konferenz 1945. Die Neuordnung der Welt“, 1. Mai bis 1. November 2020, Schloss Cecilienhof Potsdam



Hier wurde Weltgeschichte geschrieben: Konferenzsaal von Schloss Cecilienhof

schen gehen. Diejenigen, die mit den Auswirkungen der Politik leben mussten und solchen, die im Hintergrund der Konferenz die Dinge am Laufen hielten. Die damalige Sekretärin Churchills, Joy Hunter, kam als junges Mädchen nach Potsdam. Stiftungsmitarbeiter suchten die heute 95-jährige in der Nähe Londons auf. Sie hat vor, auch zur Ausstellung zu

kaufte britische Feldtelefon, das den Schreibtisch Churchills krönen wird, so Ausstellungskurator Matthias Simmich.

Brisant ist, dass genau jetzt Ansprüche des einstigen Herrscherhauses des Hohenzollern laut wurden, wo es unter anderem um ein dauerhaftes, unentgeltliches Wohnrecht in Schlossanlagen wie dem Schloss Cecilienhof,

schen den Nachfahren des letzten deutschen Kaisers Wilhelm II., dem Bund, den Ländern Berlin und Brandenburg, der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten sowie dem Deutschen Historischen Museum.

Die anfangs konstruktiven Auseinandersetzungen mit dem Hause Hohenzollern, dem Georg

Kampf mit den eigenen Dämonen

Vor 200 Jahren wurde Herman Melville geboren – Sein »Moby Dick« wurde zum US-amerikanischen Klassiker

Anfang der 1850er Jahre erlebte die US-amerikanische Literatur eine Sternstunde. In kurzen Abständen erschienen drei Romane, welche die literarische Identität der Nation prägten. 1850: „Der scharlachrote Buchstabe“, 1851: „Moby Dick“, 1852: „Onkel Toms Hütte“. Nimmt man noch Thoreaus einflussreichen Aussteigeressay „Walden oder Leben in den Wäldern“ von 1854 und Walt Whitmans epochalen Lyrikband „Grashalme“ von 1855 (siehe PAZ vom 31. Mai) hinzu, hält man die US-Literatur *in nuce* in Händen.

Auffallend ist, dass alle Autoren nicht über das riesige Land verteilt waren, sondern aus einem relativ kleinen Ostküstenbereich um Boston herum stammen, von wo aus die Pilgerväter das Land besiedelt hatten. Die räumliche Nähe befruchtete offenbar das gegenseitige literarische Schaffen.

Herman Melville wurde zwar am 1. August 1819 in New York geboren, einer seiner Großväter hatte allerdings als Indianer verkleidet an der Boston Tea Party teilgenommen. Und als er seinen unsterblichen Roman „Moby Dick“ schrieb, wohnte Melville in unmittelbarer Nachbarschaft Nathaniels Hawthornes, des Autors des Ehebrecherromans „Der scharlachrote Buchstabe“, unweit von Mount Greylock, der höchsten Erhebung von Massachusetts.

Hawthorne erinnerte sich, wie der Freund „die gigantische Kon-

zeption seines ‚weißen Wals‘ formte, während der riesige Schatten des Greylocks über ihm dräute“. Einen Berg von einem Wal hatte Melville vor Augen, als er sein Meisterwerk schrieb. Einen gigantischen Leviathan, der sich aus dem Wasser drückt und Segelschiffe zum Kentern bringt.

Als Seemann auf einem Walfänger und einem Kriegsschiff hatte er so manches erlebt. Aber rechtfertigte das, um Wale zu verteuflern? Sein „Moby Dick“ fasziniert noch heute die Leser, weil der Roman etwas Faustisches hat. Er spiegelt die Dämonen, die in Melville selbst schlummerten und die ihm anfangs selbst nicht bewusst waren. Denn seine ersten erfolgreichen Romane „Typee“ und „Omoo“ waren nur schnell hingekritzelt Geschichten aus seiner Zeit in der

Südsee. Mit „Mardi“ näherte er sich allegorisch der Walgeschichte an, es blieb aber doch nur ein Abenteuerbuch wie die folgenden, ebenfalls nur mäßig erfolgreichen Werke über Seereisen, „Redburn“ und „Weißjacks“.

Um ein Haar wäre auch aus „Moby Dick“ wenig mehr als eine banale Abenteuergeschichte geworden. Er hatte bereits eine erste Fassung des Buches fertig, als Melville unter dem Einfluss seines puritanischen Nachbarn Hawthorne diese komplett verwarf und alles noch einmal ganz neu schrieb. Biblische Mythologie sowie Dramaturgie und Dialoge nach Shakespeares Vorbild, den er kurz zuvor gelesen hatte, sollten dem Roman Würze verleihen.

So heißt der Erzähler, der als einziger das Rachedrama überleben wird, Ishmael wie der erstgeborene Sohn Abrahams. Und der Kapitän, dem der weiße Wal Moby Dick auf einer früheren Fahrt ein Bein abgebissen hat und der seitdem mit einer Prothese aus Walzahn herumhinkt, ist nach Ahab benannt, einem in der Bibel erwähnten israelitischen König.

Die Jagd auf Moby Dick entwickelt sich bei Kapitän Ahab zu einer verhängnisvollen Obsession. „Auf des Wales weißen Buckel türmte Ahab die Summe aller der umfassenden Wut und des Hasses, den seine ganze Rasse seit Adam je gefühlt“, heißt es im Buch. Dann sagt er: „Ich würde auch nach der Sonne schlagen, wenn sie mich beleidigte.“

Melville war ähnlich neurotisch veranlagt. Er unterlag einem monomanischen Schreibzwang. Nach dem Frühstück, so schrieb er in einem Brief, „gehe ich in mein Arbeitszimmer & zünde mein Feuer an – breite meine Manuskriptseiten auf dem Tisch aus – mustere sie mit einem geschäftsmäßigen schiefen Blick & falle gierig über sie her“. Seine Frau und die vier Kinder hatten unterdessen seinem Diktat nach unbedingter Ruhe zu folgen.

Großer materieller Erfolg stellte damit nicht ein. Als „Moby Dick“ erstmals erschien, wurden gerade einmal 500 Exemplare davon verkauft. Es war ein Flop. Melville war ebenso geschäftsunfähig wie sein Vater, ein New Yorker Pleitier, und fast das ganze Leben finanziell abhängig von seinem Schwiegervater,

ter, einem Obersten Richter von Massachusetts.

Während Ahab an der Hybris scheitert, Menschenunmögliches zu erreichen, gab sich Melville der Realität geschlagen. Mit „Moby Dick“ hatte er alles auf eine Karte gesetzt. Nun war seine Energie verbraucht. Es folgten nur noch literarisch kurzatmige Werke, die nichts mehr mit Seefahrt zu tun hatten. In „Pierre oder die Doppeldeutigkeiten“ versuchte sich Melville am Thema Inzest, in „Bartleby der Schreiber“ über den beinahe kafkaesken Büroalltag und in „Israel Potter“ über einen vergessenen Revolutionshelden.

Mit „Billy Budd“ fand er spät noch einmal aufs Meer und damit fast zur gewohnten Stärke zurück. Die kurze Erzählung wurde vor genau 100 Jahren in seinem Nachlass entdeckt – versteckt in einem Brotkorb. Geschrieben hat er sie, als er zwecks Broterwerbs von 1866 an fast 20 Jahre lang stellvertretender Zollinspektor im Hafen von New York war. Der Schriftsteller Melville, den die „New York Times“ nach seinem Tod 1891 in einem Nachruf fälschlich „Henry“ Melville nannte, war da längst vergessen.

Man erinnerte sich seiner erst wieder, als „Billy Budd“ erschien. Zum Klassiker wurde er durch eine darauf folgende, illustrierte „Moby-Dick“-Neuausgabe sowie durch etliche Verfilmungen. Die erste gab es bereits 1926 mit „The Sea Beast“, die bekannteste 1956 mit Gregory Peck als Ahab. Harald Tews



Der Wal schlägt zurück: Moby Dick in einer Buchillustration

Berliner Magie im Kino

Gleich nochmal gucken. Dieser Eindruck bleibt am Ende des Films. Es könnte ja sein, dass man einige superbe Dinge verpasst hat beim ersten Schauen. Ein Film, der von der ersten Minute an Spaß macht, einen packt und nicht mehr loslässt, die Zuschauer durch die Geschichte und die Stadt Berlin wirbelt, um sie dann am Ende zerzaust, aber glücklich zu entlassen – das ist „Cleo“, der seit vergangener Wochen in den Kinos zu sehen ist.

Der mit seinen skurrilen Kurzfilmen („Nashorn im Galopp“, „Berlin Metanoia“) bereits auf sich aufmerksam gemachte Filmmacher und Regisseur Erik Schmitt legt mit „Cleo“ dem Kinopublikum erstmals einen Langfilm vor. Das verträumte Mädchen Cleo, dargestellt von der beeindruckenden Marleen Lohse, liebt ihre Heimatstadt Berlin, ist jedoch ein eher trauriger Mensch.

Ihre Geburt – ausgerechnet – am 9. November 1989 verlief voller Komplikationen, sodass ihre Mutter dabei verstarb. Allein mit ihrem Vater Bernd (Fabian Busch) aufwachsend, macht sich das Kind schon früh auf den Weg, nach Verborgenem in der Stadt zu suchen, wo „unter jedem Pflasterstein ein Schatz vergraben liegt“. Bei einer solchen Suchaktion verstirbt Cleos Vater durch einen Unfall und hinterlässt die Tochter voller Schuldgefühle.

Als junge Frau will sie keinen Träumen mehr nachjagen, was sich aber ändert, als Paul, gespielt von Jeremy Mockridge, in ihr Leben tritt. Der Träumer Paul ist im Besitz einer Schatzkarte, die zum legendären Schatz der Sassebrüder, einer historischen Bande aus dem Berlin der Weimarer Republik, führen soll. Diese näm-



Auf Berlins Dächern: Jeremy Mockridge, Marleen Lohse

lich hatten ihr Diebesgut bis heute unentdeckt irgendwo in Berlin versteckt.

Cleos größter Wunsch ist es, die Zeit zurückdrehen zu können, um den Tod ihrer Eltern wieder rückgängig zu machen. Da sich im Schatz auch eine verschollene magische Zeitreiseuhr befinden soll, sieht Cleo ihre Chance gekommen.

Paul und Cleo machen sich auf, den Schatz zu finden, begegnen dabei skurrilen Figuren der Gegenwart und Vergangenheit. Mit den Darstellern reisen die Zuschauer in atemberaubendem Tempo voller Fantasie und überschäumender Kreativität durch Berlin, der geschundenen Stadt, die doch so voller Seele und nicht totzukriegen ist.

Der Film ist eine Liebeserklärung an die Hauptstadt, der ganz nebenbei die außergewöhnliche Geschichte Berlins bildgewaltig und schmackhaft vermittelt. „Das Besondere an dieser Stadt ist ihre Magie“, heißt es gleich zu Anfang. Dargeboten durch visuelles Erzählen par excellence, durchsetzt mit viel Witz und sogar Ansätze von Lebenshilfe für so manchen, der da fasziniert im Kinossessel hockt. Und nicht zu vergessen, die eigene Kreativität wird ebenfalls angeregt, mal wieder spielerisch seine Umgebung zu betrachten.

Lange hat ein Kinobesuch nicht so viel Spaß bereitet. Ein Film, prall gefüllt wie eine Wundertüte voller Überraschungen. Unteubdingt hineingehen! S.F.

Napoleon, Kaiser von eigenen Gnaden

Bonaparte verwüstete Europa und schuf doch dauerhafte Werte

War er ein Genie oder „Satans ältester Sohn“, wie der Schriftsteller Ernst Moritz Arndt den Kaiser der Franzosen nannte? Napoleon Bonaparte gehört zu den umstrittensten Figuren der europäischen Geschichte. Vor 250 Jahren, am 15. August 1769, wurde er in Ajaccio auf der damals noch nicht französischen Insel Korsika geboren.

Der Legende nach kam Napoleon Bonaparte auf einem Teppich zur Welt, der eine Schlachtszene aus der Ilias mit dem heldenhaften Menelaos zeigte. Der ungewöhnliche Geburtsort wurde als Zeichen für den sagenhaften Aufstieg des Korsen zum Kaiser gedeutet. Wahr ist, dass Bonaparte die Heroen der Antike verehrte, nicht belegt dagegen, dass die kinderreiche Familie aus niederem Adel überhaupt solch einen Teppich besaß.

Bonaparte wurde an der Kadettenschule von Brienne zum Soldaten erzogen. Bereits mit 16 Jahren erhielt er das Offizierspatent. Beim Ausbruch der Französischen Revolution war er 20 Jahre alt. Der Sturm auf die Bastille stürzte Frankreich ins Chaos. Das war Bonapartes Chance. Der Korse machte in der Revolutionsarmee Karriere. Unter dem Vorwand, die Ideen der Revolution in die Nachbarländer zu exportieren, tatsächlich, um die fruchtbaren Regionen und reichen Städte zu annektieren, schickten die Jakobiner ihre Armee 1796 nach Italien. Befehlshaber war Bonaparte. Obwohl sein Heer zusammengewürfelt und schlecht ausgerüstet war, nahm er Italien im Handstreich. 1798 brach er zur Ägyptischen Expedition auf, welche die Handelswege der Engländer aus ihren Kolonien nach Europa blockieren sollte. Bei Abukir musste er eine Niederlage einstecken. Admiral Horatio Nelson versenkte die französische Flotte. Bonaparte erreichte aber die Abspaltung Ägyptens vom Osmanischen Reich. Der Feldzug machte ihn ungeheuer populär. Seine Berichte von den Pyramiden und Mumien der Pha-

raonen waren in den Salons Gesprächsthema.

Bonaparte kam zum richtigen Zeitpunkt in Paris an. Nach der

sich antragen. Am 2. Dezember 1804 fand die Krönung in Notre Dame statt. Bonaparte hatte den widerstrebenden Papst nach Paris

Napoleons. Der marschierte gegen Österreich und siegte 1805 bei Elchingen, wenig später nahm er Wien. In der Schlacht bei Austerlitz

1806 Napoleon auf, seine Truppen hinter den Rhein zu verlegen. Bonaparte verstand das als Kriegserklärung. Im Oktober 1806 mar-

blockade. 1811, als Napoleons zweite Frau, die österreichische Prinzessin Marie Louise, ihm den ersehnten Thronfolger gebar, rüstete er zum Krieg gegen Russland. Der Feldzug wurde ein Desaster. Die bewährte Taktik der Eilmärsche führte in der Weite des russischen Reichs ins Leere. Hunger, Kälte und Krankheiten dezimierten die Grande Armée aufs Schrecklichste. In zerlumpter Uniform kehrte der geschlagene Kaiser nach Paris zurück.

Napoleon hatte den Nimbus des Unbesiegbaren verloren. In der Völkerschlacht von Leipzig wurde er vom 16. bis 19. Oktober 1813 von einer Koalition aus Russland, Österreich, Preußen und Schweden besiegt und am 11. April 1814 wurde ihm das Fürstentum Elba übertragen. Nach 100 Tagen kehrte er von dort nach Frankreich zurück. Die Schlacht bei Belle-Alliance (Waterloo) am 18. Juni 1815 brachte das Ende. Napoleon wurde auf die Insel St. Helena ins Exil geschickt, wo er am 5. Mai 1821 starb.

Die Herrschaft Napoleons wird vor allem durch seine aggressive Expansionspolitik bestimmt, die Europa verwüstete. Seine Leistungen im Inneren zeigen ihn als Macher mit fortschrittlichen Ideen. Er veranlasste Reformen in der Wirtschaft, der Justiz und der Bildung. Der Code Civil, auch „Code Napoleon“ genannt, nahm Ideen der Revolution nach Gleichheit der Bürger auf. Er wurde zum Vorbild für alle europäischen bürgerlichen Gesetzbücher.

Zu den großen Bewunderern Napoleons gehörte Johann Wolfgang von Goethe. Bei einem Treffen der Giganten in Erfurt erlebte der Dichter die andere Seite des skrupellosen Kriegsherrn. Man sprach über Jean-Jacques Rousseau und Goethes Roman „Die Leiden des jungen Werther“. Goethes abschließendes Urteil: „Was für ein Kerl.“ Nach einer Umfrage hält ein Drittel der Franzosen Napoleon für den größten französischen Staatsmann.

Klaus J. Groth



Auch die Ehefrau sollte nicht leer ausgehen: Der selbsternannte Kaiser Napoleon krönt Josephine zur Kaiserin

Schreckensherrschaft der Jakobiner war es dem regierenden Direktorium nicht gelungen, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Versorgung mit Lebensmitteln war katastrophal. Ein Retter musste her, einer, dem das Volk vertraute, der die Armee hinter sich hatte und der keine politischen Ambitionen erkennen ließ: Bonaparte. Nach einem Putsch wurde er Erster Konsul. Alle Macht lag nun in seinen Händen.

Bonaparte wollte mehr. Der neue starke Mann Frankreichs griff nach der Kaiserwürde. Durch einen „Volksentscheid“ ließ er sie

beordert. Die Gäste in Notre Dame hielten den Atem an, als Bonaparte Pius VII. düpierte und sich die Krone selbst aufsetzte. Danach krönte er seine Frau Joséphine zur Kaiserin, von der er sich fünf Jahre später scheiden ließ.

Die Krönung verschlechterte die internationalen Beziehungen. Der russische Zar schloss ein Bündnis mit Großbritannien; Österreich, Schweden und Neapel traten bei. Sie wollten Frankreich in die Grenzen von 1792 zurückdrängen. Preußen hielt sich zurück. Hingegen schlugen sich Bayern, Württemberg und Baden auf die Seite

schlug er am 2. Dezember 1805 die russischen und österreichischen Truppen vernichtend. Seine Position auf dem Kontinent schien absolut gefestigt.

Der selbsternannte Kaiser der Französischen Republik wurde zum Schreckgespenst für Landesfürsten und gekrönte Häupter in Europa. Seine Kriegstaktik des schnellen Durchmarsches und der spontanen Änderung der Angriffspläne war dem behäbigen Tross seiner Gegner überlegen.

In Preußen sah man das mit Sorgen. Heimlich schloss Preußen ein Bündnis mit Russland und forderte

schierte er mit seinen Truppen vom Main über Thüringen nach Berlin.

In der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt besiegte Napoleon Preußen. In Potsdam besuchte er die Garnisonkirche und stand lange am Sarkophag Friedrich des Großen. Sein Ausspruch „Würde dieser noch leben, stände ich nicht hier“ ist überliefert.

Die Kleinstaaten fielen wie Karthenhäuser. Nur noch England fehlte. Die Kontinentalsperre sollte das Albion in die Knie zwingen. Zar Alexander I. durchbrach die im Tilsiter Frieden vereinbarte Handels-

Im Fokus der Großmächte

Der Frieden von Rawalpindi beendete vor 100 Jahren den letzten der Afghanisch-Britischen Kriege

Mit dem vor 100 Jahren geschlossenen Vertrag von Rawalpindi endete die Kette der anglo-afghanischen Kriege und das Land am Hindukusch erlangte wieder seine volle Souveränität. Damit war es nun auch kein Schauplatz des russisch-britischen Ringens um die Vorherrschaft in Zentralasien mehr. Das hieß aber nicht, dass Afghanistan anschließend auf Dauer zur Ruhe kam.

1747 gründete der Paschtune Ahmad Schah Durrani ein Reich, das zur Keimzelle des späteren Emirats Afghanistan wurde. Das Letztere entstand 1834 auf Betreiben von Dost Mohammed. Ein Jahr später suchte der Herrscher in Kabul die Annäherung an Russland. Dies wiederum alarmierte die Briten, weil das Zarenreich in Turkestan immer weiter nach Süden und somit in Richtung der Nordwestflanke des britischen Machtbereiches in Indien expandierte. Deshalb liebten sie ihre aus 21000 Mann bestehende „Army of the Indus“ im März 1839 in Afghanistan einmarschieren.

Damit begann der 1. Anglo-Afghanische Krieg, der bis Oktober 1842 dauerte und den interventionstruppen zunächst katastrophale Verluste bescherte. Am

Ende konnten sich die Briten dann aber revanieren und Kabul besetzen, jedoch traten sie hernach den Rückzug aus Afghanistan an, woraufhin Dost Mohammed auf seinen Thron zurückkehrte.

In der Folgezeit machte Russland weitere Eroberungen in Zentralasien: So nahmen die Truppen des Zaren 1868 Samarkand ein und annektierten dann 1873 das Khanat Chiwa. Anschließend schickten die Russen im Sommer 1878 mit der Genehmigung von Schir Ali Khan, dem Sohn und Nachfolger Dost Mohammeds, eine Gesandtschaft nach Kabul. Daraufhin wollte der Vizekönig von Indien, Lord Bulwer-Lytton, zum Ausgleich auch britische Diplomaten in die afghanische Hauptstadt entsenden. Allerdings wurden die selbigen abgefangen und zurückgeschickt, womit Schir Ali den Casus belli für den 2. Anglo-Afghanischen Krieg lieferte.

Dieser begann am 21. November 1878 und verlief ebenfalls sehr wechselhaft für beide Seiten. Der Emir floh vor den heranrückenden Briten und starb dann im Februar 1879 in Masare-Scharife. Anschließend unterzeichnete sein Sohn Mohammed Yakub Khan am 26. Mai 1879

den Friedensvertrag von Gandamak. Durch diesen mutierte Afghanistan zu einem britischen Protektorat und Pufferstaat im nordwestlichen Vorfeld Indiens.

Kurz darauf blies die Gegner Yakub Khans jedoch zum Aufstand und ermordeten den britischen Gesandten Sir Pierre Louis Napoleon Cavnari. Die dadurch eingeläutete zweite Runde des Konfliktes gipfelte in den blutigen Schlachten von Maiwand am 27. Juli 1880 und Kandahar am 1. September des gleichen Jahres, in denen einmal die Afghanen und einmal die Briten obsiegten. Am Ende wurde Abdur Rahman Khan neuer Emir in Kabul und trat sogleich jegliche Kontrolle über die afghanische Außenpolitik an das britische Empire ab, wofür er jährliche Zahlungen in Höhe von 60000 Pfund erhielt.

Während der sogenannte „Bismarck von Afghanistan“ an der inneren Einigung seines Landes arbeitete, oktroyierten ihm die Briten 1893 eine neue Grenze zwischen Afghanistan und Indien auf: die sogenannte Durand-Linie. Die verlief nun mitten durch das Stammesgebiet der Paschtunen und verkleinerte das Emirat um ein Drittel.

Trotzdem kehrte in der Folge-

zeit Ruhe in Afghanistan ein, was auch an der Beendigung des sogenannten „Great Game“ zwischen Großbritannien und Russland um die Vorherrschaft in Zentralasien durch den Vertrag von Sankt Petersburg vom 31. August 1907 lag. Darin akzeptierte der Zar, dass das Land am Hindukusch ein britisches Protektorat war. Aber genau dies wollte Emir Amanullah Khan, der nunmehrige Herrscher Afghanistans, nicht länger hinnehmen, als die britische Herrschaft in Indien nach dem Massaker von Amritsar im April 1919 ins Wanken zu geraten schien.

Also rief er am 6. Mai 1919 den „Heiligen Krieg“ gegen das Empire aus und schickte seine Truppen über die Durand-Linie nach Südosten. Allerdings erwies sich der Gegner personell um den Faktor 15 überlegen und besaß darüber hinaus auch die besseren Waffen. Das demonstrierte er unter anderem am 24. Mai 1919. An diesem Tage warf eine britische Handley Page H. P. 15 unter dem Kommando von Captain Robert Halley 34 Bomben auf den Herrscherpalast in Kabul, was enormen Eindruck auf die Afghanen machte. Andererseits waren die Briten kriegerische und Amanullahs Soldaten Mei-

ster des Guerilla-Kampfes. Deshalb einigten sich beide Parteien am 8. August 1919 im provisorischen Friedensvertrag von Rawalpindi auf ein Ende des Krieges. Zudem ertrugte der Emir die Unabhängigkeit seines Landes von Großbritannien, wofür er aber im Gegenzug die Durand-Linie anerkennen und auf weitere Subsidien-Zahlungen verzichten musste. Damit hatte Afghanistan seine Souveränität zurückerlangt, was im Ergänzungsvertrag von Kabul vom Oktober 1921 formell bestätigt wurde.

Dennoch rückte das Land später erneut in den Fokus von Großmächten. Im Zweiten Weltkrieg war es aber nicht das mit dem Status quo weitgehend zufriedene Empire, sondern Deutschland, welches einen Einmarsch erzwang und Agenten nach Kabul entsandte. 1979 wieder schlug die analog dem Zarenreich an Afghanistan interessierte Sowjetunion zu, weil die Moskauer Führung ein Überschappen des Islamismus und Fußfassen des Westens am Hindukusch befürchtete.

Und ab 2001 wurde Afghanistan dann zum Schauplatz des „Krieges gegen den Terror“ unter US-amerikanischer Führung –

als Neuaufgabe des „Great Game“ mit teilweise anderen Akteuren kann man das freilich beim besten Willen nicht ansehen.

Ein erneutes Gerangel zwischen der Führungsmacht des Westens und Russland um die Vorherrschaft in Afghanistan scheint erst jetzt wieder im Bereich des Möglichen zu liegen, da sich zeigt, dass das Land immens viele Bodenschätze besitzt. Diese reichen von Kohle, Erdöl und Uran bis hin zu diversen Erzen und Seltenen Erden sowie Lithium. Der Wert der Rohstoffe wird mittlerweile auf 700 Milliarden bis drei Billionen US-Dollar geschätzt und könnte sowohl die Begehrlichkeit Washingtons als auch Moskaus geweckt haben.

Allerdings ist die geopolitische Lage in der Region deutlich komplizierter als vor 100 Jahren: Zwischen Russland und Afghanistan liegen jetzt die unabhängigen mittelasiatischen Staaten Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan und die USA, der potenzielle zweite Protagonist in einem neuen „Great Game“, bleiben am Hindukusch zwischen dem Iran, China und Pakistan eingekesselt.

Wolfgang Kaufmann

Locken und Disziplinieren mit der Rente

Die Altersbezüge in der DDR konnten in hohem Maße vom Wohlverhalten des Untertanen abhängen

Die Rekrutierung von willfähigen Helfern für das politische System in der DDR war aufgrund der tagtäglichen Mangelwirtschaft und der aufgezwungenen Lebensweise schwierig. Die SED-Funktionäre mussten Druckmittel anwenden und das Belohnen und Bestrafen über die Rente war dabei gängige Praxis, die allerdings öffentlich nicht bekannt werden durfte.

Am 29. Januar 1971 erließ der Ministerrat der DDR eine „Ordnung über die freiwillige zusätzliche Altersversorgung für Mitarbeiter des Staatsapparates“. Die Staatsdiener wurden darin finanziell bedeutend besser gestellt als die übrigen Rentner. Sie konnten bei einer entsprechenden Anwartschaft bis zu 90 Prozent des Nettoverdienstes als Rente bekommen und die Berechnungsgrundlage waren die zehn günstigsten Jahre.

Um die Möglichkeit dieser Sonderversorgung wurde allerdings ein großes Geheimnis gemacht. Nur wer beitreten durfte, sollte diese Bevorzugung kennen. Einen durchsetzbaren Rechtsanspruch gab es nicht. Die Minister legten für ihren Kompetenzbereich fest, wer in diese Sonderversorgung aufgenommen wurde. Der Innenminister regelte beispielsweise, dass rund 200 Berufsgruppen ausgeschlossen wurden und dass hauptamtlichen Wahlfunktionären, Nomenklaturkadern und hochqualifizierten Spezialisten, die bereit waren, eine Tätigkeit im Staatsapparat aufzunehmen, der Beitritt gewährt werden konnte. Ausdrücklich ist zu lesen: „Die Entscheidung trifft der Minister des Innern und Chef der Deutschen Volkspolizei“. Es war eine gönnerhafte Gebermentalität hinter vorgehaltener Hand, um bestimmte Personengruppen an den Staatsdienst zu binden und sie zu systemtreuem Verhalten zu motivieren.

Die Anforderungen an ein politisch konformes Leben waren bei den Mitarbeitern der Staatsorgane besonders hoch. Der Innenminister erließ eine geradezu monströse Geheimhaltungsordnung, über die regelmäßig belehrt wurde. Zivilbeschäftigte seines Kompetenzbereiches hatten „ständig politisch wachsam zu handeln“, die „Aus-

prägung der sozialistischen Lebensweise im Arbeitskollektiv zu unterstützen“ und „sich ständig mit den Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus vertraut zu machen“. Dieses Verhalten wurde „auch außerhalb der Arbeitszeit“ verlangt. Persönliche Kontakte zum westlichen Ausland waren unerwünscht. Wurden gar regime-

nen internen Vorschriften einfach und regelte für seinen Kompetenzbereich: „Der Ausspruch einer fristlosen Entlassung bedarf nicht der Zustimmung der zuständigen betrieblichen Gewerkschaftsleitung.“ Das war ein eklatanter Rechtsbruch, denn gemäß Artikel 44 der Verfassung waren die Gewerkschaften „unabhängig“,

innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Bekanntgabe Einspruch beim übergeordneten Disziplinarbefugten einzulegen. Dessen Entscheidung ist endgültig.“

Der in die Kritik geratene Mitarbeiter war der willkürlichen Entlassung vollkommen schutzlos ausgeliefert. Doch nicht nur der Verlust des gut bezahlten Arbeits-

1.031,70 Mark monatlich erwartete beispielsweise den staatsstreuen Mitarbeiter eine Rente mit Zusatzversorgung in Höhe von 929 Mark. Die Sozialrente ohne Zusatzversorgung betrug lediglich 367 Mark. Der finanzielle Abstieg aufgrund der unehrenhaften Entlassung betrug 562 Mark monatlich.

kann der Leiter des Büros des Ministerrates ... die festgesetzte Versorgung entziehen.“ Eine gerichtliche Nachprüfung dieser Entscheidung war in der Ordnung nicht vorgesehen.

Die SED-Funktionäre bevorzugten eine nebulöse Verfahrensweise bei der Gewährung von Sonderrenten. Das zeigt sich auch bei den sogenannten Ehrenrenten innerhalb des SED-Parteiapparates, die neben der Sozialrente und Zusatzversorgung möglich waren.

SED-Mitglieder, die „ihr ganzes Leben der Sache des Sozialismus gewidmet haben und viele Jahre kapitalistischer Willkür und faschistischem Terror ausgesetzt waren“, konnten eine „Ehrenrente“ in Höhe bis zu 400 Mark monatlich neben ihren sonstigen Rentenansprüchen bekommen. In einer Richtlinie des Zentralkomitees der SED vom 26. Januar 1965 ist zu lesen: „Die Höhe der Ehrenrente ist individuell für jeden einzelnen Genossen festzulegen, wobei die Verdienste für die Partei, die Treue und Ergebenheit zur Partei sowie die für die Partei gebrachten Opfer ausschlaggebend sind.“

Eine einmal gewährte „Ehrenrente“ war aber auch hier kein gesicherter Anspruch. Die Richtlinie sah ausdrücklich eine nachträgliche Aberkennung vor, ohne dass ein Gericht die Rechtmäßigkeit der Entscheidung nachprüfen durfte. Selbst innerhalb des SED-Parteiapparates war das bevorzugte Verfahren Willkür, um sich die Menschen gefügig zu machen.

Das politische System der DDR war zweigeteilt. Auf der einen Seite existierte das Rechtssystem mit einer Vielzahl von nachzulesenden verbindlichen Vorschriften, und auf der anderen Seite herrschten allein weitestgehend unbekannt politische Regeln, wenn das nützlich sein konnte. Die Helfer des Systems waren diesem Druck genauso ausgesetzt wie diejenigen, die den Mut zum Widerstand hatten. Die damit einhergehende allgemeine Rechtsunsicherheit führte zu Untertanengeist und zu vorauseilendem Gehorsam. So wurde das große Heer der Mitläufer geschaffen, das dieses politische System über Jahrzehnte stützte. *Heidrun Budde*



Bei der Rente herrschte in der DDR beileibe keine Gleichheit: DDR-Senioren vor ihrem Feierabendheim

Bild: pa

kritische Äußerungen getätigt, so drohte die härteste Disziplinarmaßnahme, die fristlose Entlassung.

Das Arbeitsgesetzbuch der DDR beinhaltete Schutzvorschriften vor willkürlichen Entscheidungen. Die zuständige betriebliche Gewerkschaftsleitung musste der fristlosen Entlassung zustimmen und der Betroffene hatte die Möglichkeit einer gerichtlichen Nachprüfung. Der Innenminister ignorierte dieses verbindliche Recht in sei-

niemand durfte sie in ihrer Tätigkeit „einschränken und behindern“. Eine fristlose Entlassung ohne vorherige Zustimmung der betrieblichen Gewerkschaftsleitung war rechtsunwirksam und ein Gericht hätte das festgestellt. Doch auch den Gerichtsweg schloss der Innenminister kurzerhand für seinen Zuständigkeitsbereich aus. In seiner Disziplinarordnung ist zu lesen: „Der Zivilbeschäftigte hat das Recht, gegen eine ausgesprochene Disziplinarmaßnahme

platzes war hinzunehmen, auch bei der Rente hatte diese Entscheidung drastische Folgen. Mit der fristlosen Entlassung war ein Ausscheiden aus der Sonderversorgung verbunden, auch, wenn die Anwartschaft von 15 Dienstjahren bereits erreicht wurde. Die einmal gönnerhaft in Aussicht gestellte Rente in der beachtlichen Höhe von neun Zehntel des Nettoverdienstes reduzierte sich schlagartig auf die einfache Sozialrente. Bei einem Einkommen von

Die Drohkulisse des Bestrafens durch Rentenentzug endete selbst dann nicht, wenn der Mitarbeiter bereits aus dem Staatsdienst ausgeschieden war und monatlich seine Vorzugsrente genießen konnte. Gemäß Paragraph 17 der Ordnung des Ministerrates war jederzeit ein „Entzug der Versorgung“ möglich: „Verstoßen in Ausnahmefällen Versorgungsempfänger durch vorsätzliche Handlungen gröblichst gegen die Gesetze der sozialistischen Gesellschaft,

Basis eigenständigen Geisteslebens

Vor 475 Jahren eröffnete Herzog Albrecht die Albertus-Universität in Königsberg

Der 17. August 1544 war ein bedeutender Tag in der Geschichte Ostpreußens. An diesem Tage – es war ein Sonntag – eröffnete Preußens Herzog Albrecht feierlich die von ihm in Königsberg gegründete Universität im Kollegiengebäude am Dom und führte den Rektor Georg Sabinus, Philipp Melancthons Schwiegersohn, und die Professoren in ihre Ämter ein. In mancherlei Hinsicht nahm die junge Universität von vornherein eine Sonderstellung ein. So wurden rund ein Jahrhundert zuvor die Universitäten Rostock und Greifswald auf die Initiative oder doch mit Unterstützung der Bürgerschaft ins Leben gerufen. In Königsberg war das anders. Zwar gab der Kneiphof den Grund und Boden her und half beim Aufbau des Hauses, aber nur gegen erhebliche Gegenleistungen. Der Stifter war der Herzog, und so war die Albertina von vornherein eine Landesuniversität, der die Aufgabe zugedacht war, Theologen, Juristen und Ärzte auszubilden für die Bedürfnisse des Landes.

In vorprotestantischer Zeit wäre die Königsberger Universität

höchstwahrscheinlich aus dem Domkapitel hervorgegangen. Das bestand aber seit 20 Jahren nicht mehr. Dennoch gab es einen Zusammenhang, wurde doch die Albertina auf dem ehemaligen Besitz des Bistums Samland errichtet, und die enge Verbindung zwischen Universität und Dom war schon dadurch gegeben, dass die Pfarrer der drei großen Stadtkirchen zugleich an der Albertina Lehrstühle innehatten. Vom Begründer war ihr bewusst die Aufgabe zugedacht, den lutherischen Glauben in der Landeskirche zu festigen und zu bewahren. Katholiken und Männer jüdischen Glaubens konnten nicht Professoren werden. Im Übrigen pflegte sie bewusst den Geist des Humanismus, den der Herzog an seinem Hofe einzuführen bemüht war.

Von dieser Grundlage her und unauslöschbar hat die Albertina ihre Gestalt in die Geistesgeschichte Ostpreußens, Preußens und weit darüber hinaus in die der Menschheit hineingestellt. Seit den Tagen Herzog Albrechts hat Königsberg an Welt im internationalen Gespräch um Be-

trächtliches zugenommen. Nicht nur wurden von hier unendliche Fäden ins deutsche Land gespon-

nen, bereits in jenen Tagen begann ein Prozess der Wechselwirkung zwischen der neuen Gründung

und anderen Schulen des Landes, die der weitblickende Herzog anlegte. Dabei entstand wie von selbst die Grundlage für das eigenständige Geistesleben des Landes Preußen.

Darüber hinaus wird es immer denkwürdig-wichtig bleiben, wie Preußens König Friedrich Wilhelm I. das schwer daniederliegende ostpreußische Land nur dadurch neu beleben konnte, dass er sich der Hilfestellung der Universität bediente. Gerade er, dem man eine Feindschaft gegen den Geist nachsagte, knüpfte an die Kräfte an, über die der Mensch in seiner Einsamkeit und Hilflosigkeit verfügt, an den Glauben. Schon der Große Kurfürst hatte sich der Einsicht bedeutender Gelehrter, die an der Albertina wirkten, bedient, um eine neue staatliche Ordnung vorzubereiten.

Aus dieser gewachsenen Geisteswelt entspringt schließlich die Lehre von Immanuel Kant, der seiner Universität und damit auch seinem Land Weltruf bereitet hat. Bis ins hohe Alter hinein hat Kant um den letzten Sinn dieser Welt gerungen. Was er und neben ihm

Christian Jakob Kraus in den Hörsälen entwickelten, das strömte in die große Zeit Preußens hinein. Die Freiheit des Einzelnen zur Verantwortlichkeit vor der Gesamtheit, das war der Gedanke, der eine neue Epoche der preußischen und damit auch der deutschen Geschichte eingeleitet hat. Niemand kann bestreiten, dass in diesem Vorgang das Wesen der Albertus-Universität nachhaltig verwoben ist.

Zugleich hat der Ruhm Kants auch die Regierung veranlasst, der Albertina eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Wilhelm von Humboldt gab der Wirksamkeit neue Impulse. Der Sinn moderner Wissenschaftlichkeit, geschult an Kantschen Ideen, fand nun vielfältigen Ausdruck im Lehr- und Forschungsbetrieb. Vor allem waren es die Naturwissenschaften, die nun am Ausgang einer stolzen Entwicklung standen, und im Laufe des Jahrhunderts sind größte Leistungen von der Albertina ausgegangen, die bahnbrechende Bedeutung für den Gang der Wissenschaft überhaupt erlangt haben. *E.B.*



Das älteste Gebäude der Albertus-Universität: Das Collegium Albertinum

Bild: Archiv Corps Masovia



Moment der Woche

Der Höhepunkt der Feriensaison ist erreicht. Doch wie jedes Jahr häufen sich damit auch 2019 die Meldungen über tragische Badeunfälle, über Menschen, die mitten im vermeintlichen Spaß sogar das Leben verlieren.

Achtet auf die »still Ertrinkenden«!

Fachleute mahnen zur Achtsamkeit und warnen besonders vor dem Phänomen des „stillen Ertrinkens“. Man geht normalerweise davon aus, dass Ertrinkende auf sich aufmerksam machen, rufen, winken. Doch dem ist längst nicht

immer so. Zum „stillen Ertrinken“ kommt es, wenn dem Betroffenen zum Alarmgeben schon die Kraft fehlt.

In der „Epoch Times“ beschreibt ein Experte, woran man einen „still Ertrinkenden“ erkennen kann: Die Arme sind seitlich ausgestreckt, die Person verharret senkrecht auf der Stelle, sie taucht immer wieder unter und die Augen sind geschlossen oder starren ins Leere. Wer so jemanden beobachtet, sollte die Rettungskräfte rufen. *H.H.*

Gewaltige Ausmaße

Bei uns fast vergessen: Doch die Schweinepest breitet sich rasant wieder aus

In China und Vietnam hat sich die Afrikanische Schweinepest (ASP) rasant ausgebreitet. Auch Chinas Nachbarländer in Südost- und Mittelasien melden ASP-Fälle in unterschiedlich hoher Zahl. Es ist die bislang größte globale Tierepidemie.

Ebenso wie in vielen afrikanischen Ländern und auf Sardinien sind Infektionen mit ASP jetzt in China, Vietnam, Russland und ei-

Chinas Tierhaltung: der ideale Nährboden für Krankheiten

nigen Ländern Osteuropas endemisch. China, der weltweit größte Züchter und Verbraucher von Schweinefleisch, ist am schwersten von der Seuche betroffen, die für Menschen ungefährlich ist, bei Schweinen jedoch tödlich verläuft.

Seit der Entdeckung des neuen Pest-Erregers im August 2018 wurde ASP inzwischen in jeder Provinz auf dem chinesischen Festland nachgewiesen. Beobachter von der niederländischen Ra-

bobank gehen von bis zu 200 Millionen gekeulten Schweinen aus, was einem Drittel des gesamten Bestands entspricht und fast der gesamten Population von Schlachtschweinen in den USA.

Diese Einschätzung weicht beträchtlich von den Angaben chinesischer Regierungsbeamter ab, wonach bis Anfang Mai etwa nur 1,12 Millionen Schweine gekeult worden sein sollen. Während ihrer China-Reise Mitte Juni äußerte sich Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) zu der besorgniserregenden Entwicklung: „Die Chinesen sagen, sie hätten es im Griff, aber genaue Zahlen haben sie nicht genannt. Es ist der hohe Wunsch an uns herangetragen worden, mehr Schweinefleisch nach China zu exportieren.“

Von dem höheren Schweinefleischexport nach China profitieren die deutschen Mastbetriebe. Das kleinere Angebot und die starke Nachfrage aus China hatten bereits einen Anstieg der Erzeugerpreise zur Folge. Bei den Verbrauchern sind die europaweiten Preissteigerungen noch nicht angekommen, bei den Würstherstellern hingegen schon. Sollte die

Schweinepest auch in Deutschland auftreten, darf kein Schweinefleisch mehr exportiert werden. In begrenztem Umfang importiert China auch Schweinefleisch aus den USA. Möglicherweise bringt die Regierung bereits Kühlfleisch aus der „eisernen Reserve“ auf den Markt.

Zwar gibt es im Reich der Mitte eine jahrhundertalte Tradition vegetarischer Küche. Längst aber gilt der Fleischkonsum den Chinesen als Zeichen von Wohlstand. Ungeachtet der Aufrufe der Regierung, sich möglichst fleischarm zu ernähren, verzehrt der Durchschnittschinese 63 Kilo Schweinefleisch im Jahr und damit drei Kilo mehr als die Deutschen. Der Gedanke an das Tierwohl oder die Umwelt spielt bisher noch gar keine Rolle. Im Gegenteil. Da Experten für China eine weitere Steigerung des Fleischkonsums bis 2030 erwarten, wird die kleinststrukturierte Haltung seit Jahren durch gigantische Schweinemastanlagen ersetzt.

Seit 2018 baut der chinesische Schweinefleischlieferant Yangxiang in Guangxi die erklärtermaßen „größte Schweinezuchtanlage der Welt“. Um möglichst viele

Tiere für möglichst wenig Geld zu „produzieren“, entsteht eine ganze Stadt aus Schweinehochhäusern mit bis zu 13 Etagen. Die dort angewendete, für die Tiere qualvolle Haltung auf engstem Raum übersteigt nicht nur unsere Vorstellungen von tierquälerischer Massenhaltung, sondern schafft auch die Voraussetzungen für weitreichende Folgen bei einem Ausbruch von ASP.

Langer Zaun soll den Erreger an der Grenze aufhalten

Auch in Europa bleibt ASP ein Problem. Bis auf wenige Satellitenausbrüche, wobei Menschen die Krankheitskeime unwissentlich weitertragen, werden zunächst immer Wildschweine durch den ASP-Erreger infiziert. Mecklenburg-Vorpommern hat kürzlich einen 51 Kilometer langen Elektrozaun angeschafft, der verhindern soll, dass Wildschweine die Krankheit von Polen über die Grenze tragen.

Dagmar Jestrzemska

Wie Meinungsdictate krank machen

Die Zahl der seelisch erkrankten Deutschen ist sprunghaft angestiegen – Welchen Anteil daran trägt die Politische Korrektheit?

Immer mehr Bundesbürger beklagen einen wachsenden Zwang zu politischer Korrektheit und Konformität. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Menschen mit psychischen Erkrankungen in Deutschland seit Jahren kontinuierlich zu. Es deutet einiges darauf hin, dass zwischen diesen beiden Phänomenen ein ursächlicher Zusammenhang besteht.

Der Krankenstand unter den Arbeitnehmern hierzulande ist eigentlich seit Jahren rückläufig. Mit einer Ausnahme – und das sind die psychischen Erkrankungen. Darunter fallen unter anderem Depressionen und Angststörungen, sonstige Psychosen und Neurosen, Persönlichkeitsstörungen, Suchterkrankungen sowie Belastungsstörungen von der Art des Burn-out-Syndroms.

1979 machten diejenigen, welche wegen psychischer Probleme der Arbeit fernbleiben mussten, noch ganze zwei Prozent der Krankengeschriebenen aus. Heute liegt ihre Quote bereits bei 16,6 Prozent. Nach Muskel- und Skelett-Erkrankungen rangieren seelische Leiden nun auf Platz drei, wenn es um Arbeitsunfähigkeit geht. Außerdem dauern die seelisch verursachten Krankheitsfälle auch deutlich länger: Während eine Krankschreibung im Durchschnitt 13 Tage währt, fallen Menschen mit psychischen Problemen in der Regel dreimal so lange aus. So steht es jedenfalls im BKK-Gesundheitsreport von 2018. Und das ist noch nicht alles.

Psychische Erkrankungen sind laut der Deutschen Rentenversicherung Bund mittlerweile außerdem auch die häufigste Ursache für gesundheitlich verursachte Frühverrentungen. Seit 1996 stieg der Anteil derer, die wegen eines seelischen Leidens vorzeitig aus dem Arbeitsprozess ausschieden, von 18,6 auf 43 Prozent. Gleichzeitig erfolgt die Verrentung hier immer früher: aktuell schon mit durchschnittlich 48,3 Jahren.

Das führt zu immensen volkswirtschaftlichen Kosten. 2017 betrug allein die direkten Aufwendungen für psychisch Er-

krankte 44,4 Milliarden Euro, während der Ausfall bei der Bruttowertschöpfung infolge der notwendigen Krankschreibungen bei 21,5 Milliarden Euro beziehungsweise 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens lag.

Parallel zu dieser Entwicklung zeigen Meinungsumfragen, dass immer mehr Menschen unter dem Diktat der Politischen Korrektheit leiden und einen wachsenden gesellschaftlichen Druck verspüren, sich konform, also angepasst, verhalten zu müssen.

Das zeigt beispielsweise die neue Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach zum Thema Meinungsfreiheit, deren Ergebnisse im Mai dieses Jahres veröffentlicht wurden (die PAZ berichtete). Es gebe zu viele Tabuthemen, und man müsse heute sehr aufpassen, was man sage, klagten 63 Prozent der Befragten

– 2017 meinte das noch weniger als die Hälfte. Und lediglich 18 Prozent glauben immer noch, dass es möglich sei, überall ungefährdet offen zu sprechen.

Als besonders kritisch gilt dabei das Thema Asylsucher: Hier neigen inzwischen 71 Prozent der Bundesbürger zur Vorsicht, wenn sie dazu den Mund aufmachen. Ebenfalls nur eingeschränkt äußern sich viele über den Islam sowie die Phänomene Rechtsextremismus und Homosexualität. Ja, selbst die Heimatliebe sehen aktuell schon 41 Prozent der Bundesbürger als heikel an – gegenüber 16 Prozent im Jahre 1996.

Das alles sorgt augenscheinlich für einen erheblichen Leidensdruck in größeren Teilen der Bevölkerung, was ideologisch verbohrt Verfechter der Politischen Korrektheit aber keineswegs dar-

an hindert, das Problem zu relativieren oder für nicht existent zu erklären. So schrieb der „Zeit“-Ressortleiter Christian Staas am 27. Mai unter der Überschrift „Erst denken, dann meinen“: „Was spricht dagegen, seine Worte mit Bedacht zu wählen, wenn es um sensible Fragen geht, um kulturelle und religiöse Konflikte, um die Schicksale von Geflüchteten, um die NS-Geschichte?“ Und die türkischstämmige Kolumnistin Ferda Ataman belehrte die Leser von „Spiegel Online“ am 20. April gar mit den Worten: „Jede Gesellschaft braucht ein paar wohlthuende Tabus ... Ich bin politisch korrekt und stolz darauf.“

Ebenso ignorant verhalten sich diejenigen Fachleute, welche nicht wahrhaben wollen, was viele Menschen hierzulande psychisch krank macht. Als Ursache für den rasanten Anstieg der see-

lischen Leiden nennen sie lediglich Faktoren wie Arbeitsstress, Leistungsdruck, mangelnde Erholung in der Freizeit und – natürlich – fehlendes therapeutisches Personal aufgrund von Unterfinanzierung. Dabei sticht der Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Klima in Deutschland und der immer labiler werdenden geistigen Gesundheit der Bundesbürger doch klar ins Auge!

Die verbreitete Befürchtung, bei nicht ausreichender Konformität ausgeschlossen zu werden, und zwar entweder ökonomisch durch Verlust des Arbeitsplatzes oder sozial durch Isolierung, Ächtung und Schlimmeres, führt logischerweise zu einem Ansteigen der Angststörungen unter der Bevölkerung.

Das gilt ebenso für die bohrende Furcht der „Generation Greta“ vor dem Weltuntergang infolge des Klimawandels. Und für das wachsende Bedrohungsgefühl unter Frauen aufgrund der höchst desolaten Sicherheitslage – insbesondere was den Schutz vor sexuellen Übergriffen vonseiten angeblicher oder echter „Flüchtlinge“ betrifft. Um das zu begreifen, benötigt man keine langwierige Psychotherapie-Ausbildung, sondern nur eine Portion gesunden Menschenverstandes.

Ebenso verhält es sich mit den Zwangsneurosen. Diese entstehen bekanntlich durch die Verdrängung unerwünschter Impulse, wie beispielsweise eben dem, zu sagen, was man denkt. Darüber hinaus können stark überhöhte moralische Ansprüche zu Zwangsgedanken und -handlungen führen. Und eine unrealistische Hypermoral ist ja geradezu das Markenzeichen der Politischen Korrektheit.

Oder nehmen wir die affektiven Störungen: Depressionen resultieren nicht nur aus einem Mangel an Serotonin beziehungsweise Noradrenalin und Manien aus dem Gegenteil. Vielmehr spielen auch hier psychosoziale Faktoren eine entscheidende Rolle. Depressionen können aufgrund des Gefühls der Hilf- und Machtlosigkeit, mangelnder sozialer Aner-

kennung, unterdrückter Aggressionen angesichts unbewältigter Konflikte sowie negativer Lebenserfahrungen entstehen. Und genau solche Unerfreulichkeiten prägen heute den Alltag vieler Menschen, woran die Politik einen erheblichen Anteil hat, was aber eben nur eingeschränkt oder gar nicht thematisiert werden soll, wodurch sich die Probleme der Betroffenen noch verschlimmern.

Die Manie wiederum mit ihrer unnatürlichen Hochstimmung, die etwas Negatives kompensieren soll, kann ebenfalls die Folge von mentalem Stress sein, beispielsweise ausgelöst durch Verlusterfahrungen. Diese sind ja ak-

Viel zu viel fressen die Menschen in sich hinein

tuell gleichermaßen an der Tagesordnung: Verlust an Sicherheit, Verlust des Heimatgefühls, Verlust des Vertrauens in den Staat und seine Organe, Verlust an Wohlstand und so weiter. Aber auch in diesem Fall werden entsprechende Äußerungen schnell als „rechts“ abqualifiziert, was dazu führt, dass die Leidenden sie auf krankmachende Art zu unterdrücken versuchen.

In ähnlicher Weise können Süchte und Persönlichkeitsstörungen im Diktat der Politischen Korrektheit wurzeln. Menschen empfinden Unbehagen, das dann auf pathologische Weise mittels Alkohol, Drogen und Medikamenten „beseitigt“ wird. Oder das Individuum verändert sein Wesen, wenn es zu einer Überforderung durch Umweltfaktoren kommt, mit denen es sich partout nicht arrangieren kann, während zugleich aber auch keine Fluchtmöglichkeit aus der Situation besteht.

Es steht also zu erwarten, dass die Zahl der psychischen Erkrankungen hierzulande noch weiter steigen wird, sollten grundlegende gesellschaftliche Veränderungen ausbleiben.

Wolfgang Kaufmann



Wie geknebelt: Angst vor freier Meinungsäußerung nimmt messbar zu

Bild: ddp images



MELDUNGEN

Gestiegene Zahl an Zuwanderern

Königsberg – In den ersten fünf Monaten dieses Jahres sind 4900 Menschen ins Königsberger Gebiet eingewandert. Das sind 40 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Über die Hälfte der Immigranten stammen aus ehemaligen GUS-Ländern, aber auch die Zuwanderung aus anderen Regionen der Russischen Föderation hat sich um 30 Prozent erhöht. Diese Zahlen gab das Staatliche russische Statistikamt kürzlich bekannt. *MRK*

Zoo-Robben ausgewildert

Kurische Nehrung – Zwei junge Seehunde, die im Frühjahr dieses Jahres im Königsberger Tierpark das Licht der Welt erblickt hatten, wurden vor Kurzem zur Kurischen Nehrung gebracht, damit sie künftig in ihrer natürlichen Umgebung im Meer leben können. Die Tiere, die getrennt in Käfigen zum Strand transportiert wurden, mussten zuvor lernen, selbstständig Fische zu fangen, die ihnen ferngesteuert, ohne dem Beisein von Menschen, zugeführt wurden. Beide Robben nahmen nach ihrer Freilassung die neue Umgebung sofort an. In den kommenden Monaten werden Parkwächter des Nationalparks Kurische Nehrung die mit Sendern versehenen Meeressäuger beobachten und Auffälligkeiten sofort an die Mitarbeiter des Tierparks melden. Eine erfolgreiche Auswilderung von Robben war bereits 2017 gelungen. In Kürze sollen noch vier weitere Seehunde in die Natur entlassen werden, die im Frühjahr am Ufer gefunden worden waren. *MRK*

Cranz fürchtet Verkehrskollaps

Cranz – Weil im Zentrum des beliebten Kurorts Cranz mehrere Straßen zurzeit grundsaniert werden, hat die Stadt über die regionale Presse Ausflüger dazu aufgefordert, nicht mit dem eigenen Auto anzureisen. Viele Straßen seien für den Verkehr gesperrt und ebenso seien Parkmöglichkeiten nur äußerst eingeschränkt vorhanden. Die Beschränkungen gelten den ganzen Sommer über bis zum 15. September. Badeurlauber, die nur am Wochenende nach Cranz kommen, sollten auf öffentliche Verkehrsmittel ausweichen. Bei den sommerlich heißen Temperaturen werden vor allem an den Wochenenden Tausende Touristen erwartet. Damit es nicht zum Verkehrskollaps kommt und die Bauarbeiten nicht behindert werden, informierten die Behörden rechtzeitig. Ausdrücklich wiesen sie auch darauf hin, dass das Parken am Strand verboten ist. Falschparker würden gnadenlos abgeschleppt, die Pkws zu einem speziellen „Strafplatz“ verbracht. *MRK*

Alichanows Befehl kam zu spät

Gebäude beim Friedländer Tor in Königsberg sollen Neubauten weichen – Gouverneur stoppte Abriss

Der Erhalt des kulturellen Erbes ist im Königsberger Gebiet ein Thema, das stets heiß diskutiert wird. Diesmal richtete sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den Abriss der ehemaligen Kasernengebäude in der Österreichischen Straße in Königsberg.

Mitte Juni hatte der Eigentümer des Grundstücks an der Ecke Österreichische Straße [Kalinin Prospekt] und Brismannstraße [Oktjabrskaja ul.] bereits die meisten Gebäude auf dem Grundstück abgerissen. Vor dem Krieg befand sich hier eine deutsche Infanterie-Kaserne, in der Sowjetzeit Lagerhäuser und bis vor Kurzem noch ein zweigeschossiges Haus, in dem mehrere Geschäfte untergebracht waren. Zwar waren diese Gebäude nicht ins Verzeichnis des kulturellen Erbes aufgenommen worden, galten aber dennoch als Bauten von historischem Interesse.

Gouverneur Anton Alichanow sah sich sodann genötigt, einzugreifen. Er befahl, die Abrissarbeiten unverzüglich zu stoppen. Der Kasernenkomplex im Stadtteil Haberberg war bereits eine Woche vor der Reaktion des Gouverneurs der Abrissbirne zum Opfer gefallen. Warum Alichanow erst einschritt, als die Gebäude bereits vollständig abgetragen worden waren, ist unbekannt. Noch seltsamer ist sein Vorgehen angesichts der Tatsache, dass die Genehmigung zur Bebauung des Grundstücks der ehemaligen Kaserne durch die Gebietsregierung erfolgt ist. Die Überwachung von Bauarbeiten fällt in die Zuständigkeit der Behörden. Laut Regionalregierung ließ der Gouverneur



Vollendete Tatsachen: Von dem Gebäudekomplex mit der ehemaligen Kaserne ist so gut wie nichts mehr übrig

Bild: J.T.

den Abriss stoppen, obwohl die Stadtverwaltung zuvor die Genehmigung dazu erteilt hatte. Nun hat die Regierung diese wieder einkassiert. Diese Entscheidung traf Alichanow zusammen mit seiner Stellvertreterin Natalja Sibirjowa, die für Bau- und Stadtplanungsfragen zuständig ist.

Zurzeit wird sogar die Frage erörtert, ob dem Bauunternehmen eine Geldstrafe aufzuerlegen sei. Außerdem sollen die Eigentümer einen Teil des zerstörten Gebäude-

komplexes wiederherstellen. Solch einen Vorfall hat es in der Geschichte der Region bislang noch nicht gegeben. Es ist kaum vorstell-

Strafe für Bauherrn trotz Genehmigung?

bar, dass die Eigentümer etwas wieder aufbauen werden. Zumal sie planen, das Grundstück so schnell wie möglich neu zu bebauen.

Über den Abriss der Königsberger Kaserne wurde bereits vor einem Monat diskutiert. Im Internet kursierten Informationen, denen zufolge den Mietern der Häuser eine Frist von zwei bis drei Monaten für ihren Auszug gesetzt worden war. Nach dem Abriss des Kasernenkomplexes sollte auf dem Gelände ein neuer Wohnkomplex entstehen.

Die Königsberger Kaserne bildete gemeinsam mit dem Friedländer Tor und dem Ravelin

Friedland einen einheitlichen historischen Komplex. Das gesamte Territorium zählt zur Schutzzone für Kulturgüter und unterliegt somit eingeschränkten Nutzungsbedingungen. Die Höhe von Gebäuden darf 23 Meter nicht überschreiten. Darüber hinaus müssen alle Ziegeldächer haben. Ebenso ist die Herstellung von Industriegütern und Gefahrstoffen in diesem Bereich verboten.

Jurij Tschernyschew

Sommerferien im Haus Kopernikus

Schüler der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit lernten eine Woche lang spielend Deutsch

Spielerisch Deutsch lernen und dabei ein bisschen über regionale Kultur erfahren – dieses Motto bildet den Rahmen für einen einwöchigen Ferienhort, der bereits seit einigen Jahren in den Sommerferien für die jüngsten Mitglieder der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit veranstaltet wird. Das Projekt fand diesmal direkt im Anschluss an das Schuljahresende statt.

Im Mittelpunkt aller didaktischen Aktivitäten stand das Thema Freizeit, mit dem sich die Gruppe von 15 Kindern auseinandergesetzt hatte. Den beauftragten Lehrern lag daran, den jungen Projektteilnehmern durch Sprach- und Bewegungsspiele die einfachen Sprachstrukturen zu vermitteln, die im täglichen Bedarf unentbehrlich sind, um mit deutschen Altersgenossen zu kommunizieren.

Anhand kreativer Aufgaben mit vielen Bildern wie Memory oder Domino, Arbeitsblättern, lexikalischen Übungen, Spielen mit einem Animationstuch und Bastelarbeiten bekamen die Ferienhort-

teilnehmer die Möglichkeit, über die Freizeitgestaltung zu sprechen und den damit zusammenhängenden Wortschatz kennenzulernen. Man unterhielt sich beispielsweise über die beliebtesten Urlaubs- und Reiseziele. Das war Inspirationsquelle sowie Ausgangspunkt für den Entwurf und Aufbau einer „Minions-Insel“ aus Karton, Buntpapier und anderen Bastelmaterialien. Zunächst entstanden aus Klopapierrollen Minions – kleine gelbe Wesen aus einem populären Zeichentrickfilm –, die dann später ihren Platz auf der Insel mit Palmen fanden.

Die Jungen und Mädchen im Alter von sechs bis 13 Jahren beteiligten sich auch an einem Detektivworkshop, dessen Ideengeber der Geschichtslehrer Szymon Marchlewski war. Er schlüpfte in die Gestalt von Sherlock Holmes hinein, brachte einen voll gepackten Koffer mit Zahlenschloss mit, danach teilte er mit, dass darin Preise für die jungen Detektive versteckt seien, aber um die entsprechende Zahlenreihe zu erhalten, mussten bestimmte Rätsel und Denkaufgaben gelöst wer-



Stolze Bastler: Die Erbauer der „Minions-Insel“

Bild: D.K.

den. Die Teilnehmer lösten unter anderem ein historisches Quiz, erfanden eigene Brettspiele und erlernten magische Tricks, die dann demonstriert wurden. Da alle tüchtig mitmachten, bekamen sie die Zahlen, die nötig waren, um das Kofferschloss zu knacken, schnell heraus. Die darin versteckten Süßigkeiten bereiteten den Kindern viel Freude.

Da viele heutzutage in der Freizeit gerne kochen und im Fernsehen immer wieder Sendungen wie „Masterchef“ ausgestrahlt werden, veranstalteten die Organisatoren an einem anderen Tag eine kulinarische Werkstatt, während der die Kinder erfuhrten, welche Speisen als typisch deutsche Spezialitäten gelten, und die sie anschließend, ange-

leitet von einer Kochlehrerin, zubereiteten. Eines dieser Rezepte war der Nachtisch „Äpfel im Schlafrock“.

Außerdem konnten sich die Teilnehmer mit der Geschichte der Stadt Allenstein vertraut machen. Das ermöglichte der Spaziergang mit der Reiseführerin Karolina Opalinska durch die Altstadt. Man schlenderte an bekannten Sehenswürdigkeiten vorbei, besuchte den Hof der Burg des ermländischen Kapitels, und was die Kinder am meisten begeisterte, war eine Besteigung des Burgturms, von dem man einen hervorragenden Blick über die Altstadt genießen kann.

Die Veranstaltung, bei der die Schulkinder ihre Interessen entdecken sowie ihre Deutschkenntnisse verbessern konnten, wurde dank der finanziellen Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, des polnischen Ministeriums für Inneres und Verwaltung sowie des Generalkonsulats der Bundesrepublik Deutschland in Danzig ermöglicht. *Dawid Kazanski*

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Curioni, Edith, geb. **Worat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 4. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Steidle, Lotte-Sophie, geb. **Lyß**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 3. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bülte, Käthe, geb. **Wessel**, aus Elchdorf, Kreis Fischhausen, am 7. August

Gehrau, Alfred, aus Elchtal, am 6. August

Hartmann, Elli, geb. **Rudat**, aus Torffelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 7. August

Röbig, Erna, geb. **Kattenberg**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 2. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Buch, Emilie, geb. **Broska**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 8. August

Voss, Else, geb. **Matheuszik**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 8. August

Zornig, Edith, geb. **Fuhrmann**, aus Wehlau, am 8. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Esins, Elfriede, geb. **Bembenek**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 7. August

Siepe, Herta, geb. **Haffke**, aus Wehlau, am 4. August

Zywietz, Hildegard, geb. **Amen-da**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 5. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bieber, Kurt, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 6. August

Dombrowski, Helmut, aus Bobern, Kreis Lyck, am 8. August

Galla, Ruth, geb. **Schwarz**, aus Giesen, Kreis Lyck, am 6. August

Grunewald, Kläre, geb. **Gutzeit**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 7. August

Kremer, Ewald, aus Finkenschlucht, Kreis Ebenrode, am 3. August

Zwaschka, Friedel, geb. **Thomas**, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 6. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Greiner, Lore, geb. **Preuß**, aus Lyck, Soldauer Weg 5, am 2. August

Kleinau, Elfriede, geb. **Schaar**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 6. August

Neumann, Carl Franz, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 3. August

Pladies, Gerda, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 3. August

Reuther, Elfriede, geb. **Kreuzenstein**, aus Groß Hubnicken, Kreis Fischhausen, am 2. August

Schmidtke, Elisabeth, geb. **Kaulbars**, aus Mülsen, Kreis Fischhausen, am 8. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Beindorf, Herta, geb. **Jotzo**, aus Funken, Kreis Lötzen, am 2. August

Kirchen, Anna, geb. **Koose**, aus Gerhardsgrund, Kreis Elchniederung, am 8. August

Michel, Elfriede, geb. **Klahr**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 3. August

Nowak, Hans-Georg, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 2. August

Thater, Herbert, aus Neudiems, Kreis Röbel, am 2. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Barth, Herta, geb. **Gollack**, aus Wehlau, am 7. August

Larsson, Ursula-Johanna, geb. **Romanowski**, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 3. August

Meyer, Ruth, geb. **Lojewski**, aus Treuburg, am 4. August

Papajewski, Karl-Friedrich, aus Materschobensee, Kreis Ortelsburg, am 5. August

Pautsch, Rosa, geb. **Dietrich**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 4. August

Poltermann, Eleonore, geb. **Steinau**, aus Zinten, Wilhelmstraße, Kreis Heiligenbeil, am 7. August

Sadlowski, Erich, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 8. August

Stolz, Hildegard, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 5. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Alexander, Ruth, geb. **Weituschat**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 6. August

Czepluch, Paul, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 3. August

Hoefert, Gerhard, aus Ortelsburg, am 3. August

Kilian, Heinz, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 2. August

Kusserow, Hanna, geb. **Goetz**, aus Ortelsburg, am 6. August

Melchert, Alice, geb. **Ohlenholz**, aus Mühlenkreuz, Kreis Elchniederung, am 3. August

Myska, Gerhard, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 4. August

Anzeige

Sonderzugreisen nach
Masuren - Königsberg - Danzig
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

Pachan, Hugo, aus Theerwischwalde, Kreis Ortelsburg, am 8. August

Roziewski, Heinz, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 3. August

Schulz, Fritz, aus Rosignaiten, Kreis Fischhausen, am 4. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bierfreund, Brunhilde, geb. **Bytzek**, aus Weidnicken, Kreis Lötzen, am 5. August

Bode, Irene, geb. **Naumann**, aus Hohenberg, Kreis Elchniederung, am 4. August

Brasgalla, Eitel, aus Niostoy/Soldau, Kreis Neidenburg, am 5. August

Butanowitz, Erna, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 5. August

Eckert, Siegfried, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 5. August

Kazich, Herbert, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 7. August

Kinne, Irmgard, geb. **Buddrus**, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 5. August

Krohm, Ursula, geb. **Matz**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 8. August

Lissak, Betty, geb. **Kreutzenstein**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 5. August

Milewski, Brunhilde, aus Lyck, Bismarckstraße 64, am 3. August

Ollesch, Ursula, geb. **Wulf**, aus Wehlau, am 8. August

Rehberg, Kurt, aus Partheinen/Stuthenen, Kreis Heiligenbeil, am 8. August

Söcknik, Harry, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. August

Wiefelspütt, Elfriede, geb. **Kopetsch**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 4. August

Wiese, Günter, aus Königsberg, am 2. August

Wilkop, Herbert, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 4. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ademeit, Gretel, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 6. August

Aschendorf, Christa, geb. **Rose**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 2. August

Bolt, Gerda, geb. **Schwiderski**, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 5. August

Ellis, Elisabeth, geb. **Puchert**, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 8. August

Grabley, Irmgard, geb. **Planko**, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 8. August

Kersten, Erika, geb. **Birken**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 7. August

Kob, Sabine, geb. **von Kulesa**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 7. August

Kotzmann, Hildegard, geb. **Stiller**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. August

Laskowski, Irma, aus Paradies, Kreis Mohrunen, am 7. August

Magdsick, Gisela, geb. **Bock**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 5. August

Niemeier, Sigrid, geb. **Kamann**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 8. August

Noack, Erna, geb. **Bogdan**, aus Lötzen, am 2. August

Rehberg, Siegfried, aus Johannsdorf, Kreis Elchniederung, am 7. August

Rieder, Alfred, aus Lötzen, am 5. August

Scheller, Edith Elisabeth, geb. **Schindowski**, aus Kalthof, Kreis Fischhausen, am 8. August

Scherr, Margarete, geb. **Newiger**, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 2. August

Stejskal, Gerda, geb. **Dams**, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 4. August

Stritzke, Anita, geb. **Gronau**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 4. August

Tietz, Ruth, geb. **Schneckenberger**, aus Wehlau, am 4. August

Tornack, Brigitte, geb. **Groß**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 8. August

Vonthin, Ursel, geb. **Sendatzki**, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 6. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bielski, Christa, aus Peitschendorf, Kreis Sensburg, am 5. August

Bruisch, Lieselotte, geb. **Pauliks**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 4. August

Ehorn, Ulrich, aus Bernau, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 8. August

Gordziel, Dr. Erika, geb. **Paulowitz**, aus Wehlau, am 7. August

Hellmich, Werner, aus Motzfelde, Kreis Elchniederung, am 4. August

Kleipöddbus, Kurt, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 6. August

Lottig, Gertrud, geb. **Puzicha**, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 4. August

Olinski, Dietrich, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 8. August

Pepel, Reinhold, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 2. August

Popihn, Guido, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 6. August

Reichwald, Resi, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 2. August

Rimkus, Werner, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 8. August

Rose, Inge, geb. **Ziemer**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 7. August

Sack, Waldemar, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 3. August

Samulowitz, Edith, geb. **Wolk**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 6. August

Schemberger, Gisela, geb. **Sawatzki**, aus Rostken, Kreis Lyck, am 2. August

Szech, Siegbert, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 6. August

Thiede, Irene, geb. **Von Kulesa**, aus Bittkau, Kreis Treuburg, am 4. August

Trommer, Ingrid, geb. **Mattutat**, aus Lyck, am 3. August

Turowski, Gerda, geb. **Chmielewski**, aus Gingen, Kreis Lyck, am 5. August

Wiese, Manfred, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 5. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Feger, Helga, geb. **Kendler**, aus Heilbrunn, Kreis Ebenrode, am 1. August

Glass, Gerhard, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 5. August

Grigat, Heidrun, geb. **Paszehr**, aus Stampelken, Kreis Wehlau, am 7. August

Klusmeier, Edith, geb. **Guse**, aus Malgaofen, Kreis Neidenburg, am 7. August

Napierski, Hans, Kreisgemeinschaft Ortelsburg, am 2. August

Pleines, Jochen, aus Ortelsburg, am 6. August

Pohlan, Margit, geb. **Schröder**, aus Wehlau, am 3. August

Prütting, Marianne, geb. **Froese**, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 4. August

Glückwünsche einreichen

Gerne können Sie Ihre Glückwünsche weiterhin zum kostenfreien Abdruck senden an Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, per E-Mail an Selke@ostpreussen.de oder telefonisch durchgeben unter (040) 4140080. In jedem Fall benötigen wir Ihre gültige Absenderadresse. Wir danken für Ihr Verständnis.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

Zusendungen für Ausgabe 33

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 33/2019 (Erstverkaufstag: 16. August) bis spätestens Mittwoch, 7. August an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

TERMINE DER LO

20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

GeO – Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen

20 Jahre Auferstehungskirche in Königsberg und Buchnachdruck

20 Jahre „Auferstehungskirche“ in Königsberg



Auferstehungskirche Bild: GeO

Königsberg war eine Stadt, die für die Entwicklung der Reformation große Bedeutung hatte. Der Dom war über Jahrhunderte ein Wahrzeichen dieser religiösen und politischen Veränderung. Wer heute den Dom besucht und vielleicht dort ein schönes Orgelkonzert erlebt, fühlt sich erinnert an die große Vergangenheit dieser Stadt. Viele Besucher nehmen jedoch nicht zur Kenntnis, dass nach der Wende die evangelische Gemeinde einen neuen Anfang

genommen und im April 1999 eine schöne neue Kirche bekommen hat.

Zu der Zeit war dort im Auftrag der EKD Erhard Wolfram als Propst tätig. Seine Ehefrau (Lehrerin i. R., geboren in Königsberg) hat ihn beim Aufbau der evangelisch-lutherischen Gemeinden unter Russlanddeutschen tatkräftig unterstützt. Dabei sind zahlreiche tragfähige Kontakte entstanden, eine überzeugende Gastfreundschaft half über viele Schwierigkeiten hinweg. – Die „Auferstehungskirche“ in der Gebietshauptstadt wurde 1996 – 1999 gebaut und im Beisein ökumenischer Kirchenvertreter aus Deutschland, Polen und Russland im April 1999 eingeweiht. Hier und in Gumbinnen finden heute noch Gottesdienste in russischer und deutscher Sprache statt, während in allen anderen Gemeinden nur noch Gottesdienste in Russisch gefeiert werden. Jetzt ist Igor Ronge als russischer Propst verant-

wortlich. Die Anschrift: Evangelische Propstei, Prospekt Mira 101, 236010 Kaliningrad, Telefon (007 4012) 956001, Fax (007 4012) 217570, E-Mail: propstei_klg@mail.ru

Die Wolframs waren die ersten Bewohner im damals noch unfertigen Gebäude. Inzwischen ist hier die Zentrale für alle Gemeinden im Königsberger Gebiet.

Leider sind die Gemeinden kleiner geworden, weil inzwischen viele Russlanddeutsche nach Deutschland umgesiedelt sind. Die spannenden und mühsamen Aufbaujahre sind trotzdem ein Grund zu feiern: Für den 31. Oktober, also am Reformationstag, 11 Uhr, wird zu einem Festgottesdienst mit einem schönen Nachprogramm eingeladen.

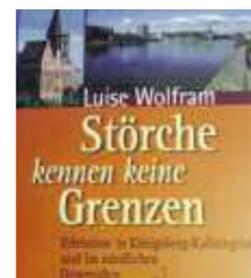
Buchnachdruck

Aus den vielen Tagebuchaufzeichnungen von Luise Wolfram ist im Laufe der so wichtigen An-

fangsjahre ein lebendiges Buch entstanden: Luise Wolfram: „Störche kennen keine Grenzen – Erlebnisse in Königsberg-Kaliningrad und im nördlichen Ostpreußen“.

Dieses Buch ist noch einmal als unveränderter Nachdruck erschienen, weil es auf erzählende Weise ein historisches Dokument geworden ist.

Das Buch ist zum Preis von 7 Euro (zuzüglich Porto) bei der Autorin erhältlich unter Telefon (0511) 3631102 oder per E-Mail: Luise.wolfram@web.de E.W.



AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen

Bad Nenndorf – Freitag, 6. bis Sonntag, 8. September, Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798110: Kreistreffen, Mitgliederversammlung und Delegiertenversammlung der Kreisgemeinschaft Elchniederung.

Programm
Freitag, 6. September
14 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer und Delegiertenversammlung, 16 bis 18 Uhr: Film- und Diavorträge im Raum Luzern.

Sonnabend, 7. September
9 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros, 9.30 Uhr: Treffen im Restaurant, 10 Uhr: Film- und Diavorträge und Infostand Agnes-Miegel-Gesellschaft e.V., 12 Uhr: Mittagessen im Restaurant, 14 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung und einem Grußwort von Landrat F. Kethorn, dem Rechenschaftsbericht des Versammlungsleiters und Berichten über die Kreisgemeinschaft und Kirchspielgebiete sowie Wahlen, ab 16 Uhr: gemütliches Beisammensein, plachandern, kleine eigene Beiträge können vorgetragen werden, ab 18 Uhr mit musikalischer Begleitung, bis 18 Uhr: weitere Bilder, Filme und Bilderfassung im Raum Luzern.

Sonntag, 8. September
10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche Steinhude, Besuch des Agnes-Miegel-Hauses in Bad Nenndorf, Ausklang im Hotel.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. GSt.: Doris Biewald, Blümlerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Kreistagswahl

Rendsburg – Sonnabend, 12. Oktober, ab 9 Uhr, Hotel Conventgarten, Hindenburgstraße 38, 24768 Rendsburg: Hauptkreistreffen mit Neuwahl der Kreistagsmitglieder.

Im Herbst dieses Jahres endet die Legislaturperiode des Kreistages unserer Heimatkreisgemeinschaft. Die Neuwahl der Kreistagsmitglieder erfolgt während des Hauptkreistreffens. Laut §1 unserer am 13. Oktober 2018 geänderten Wahlordnung werden 15 Kreistagsmitglieder gewählt, deren Verteilung auf die einzelnen Kirchspiele und Abteilungen wie folgt aussieht: Gerdaunen – fünf Vertreter, Nordenburg/ Karpowen (Karpawen) – drei, Assauen – ein, Friedenberg/ Groß Schönau – ein, Klein Gnie – ein, Laggarden/ Löwenstein – ein, Molthainen/ Momehnen – ein, Muldszen (Mulden) – ein, Abteilung GIRDawe – ein Vertreter. Wahlberechtigt und wählbar sind

alle Mitglieder gemäß §2 Absatz 1 unserer Vereinsatzung, die am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Laut §5 der Wahlordnung schlägt der jetzige Vorstand nachstehende Landsleute für den neuen Kreistag vor:

Kirchspiel Gerdaunen: Jörg Beißel, Hannelore Gruschwitz, Karin Leon, Hans Eckart Meyer, Dietmar Plaumann;

Kirchspiele Nordenburg/ Karpowen (Karpawen): Doris Biewald, Walter Mogk, Margitta Romagno; Kirchspiele Friedenberg/ Groß Schönau: Klaus-Dietrich Rahn; Kirchspiel Klein Gnie: Dirk Bannick;

Kirchspiele Laggarden/ Löwenstein: Gertrud Holtermann;

Kirchspiele Molthainen/ Momehnen: Monika Weppelmann; Kirchspiel Muldszen (Mulden): Dietmar Hoffmann;

Abteilung GIRDawe: Brigitte Havertz-Krüger.

Für das Kirchspiel Assauen liegt kein Wahlvorschlag des Vorstandes vor.

Gleichzeitig werden hiermit alle Mitglieder gebeten, weitere Wahlvorschläge bis spätestens 12. August bei der Vorsitzenden des Wahlausschusses, Ingrid Kapilke, Buchenweg 22, 47447 Moers, einzureichen. Insbesondere wird um Wahlvorschläge für diejenigen Kirchspiele gebeten, für die bisher keine oder nicht genügend Kandidaten zur Verfügung stehen.

Diese Wahlvorschläge müssen von mindestens zehn wahlberechtigten Mitgliedern unterzeichnet sein. Aus dem Wahlvorschlag müssen Vor- und Zuname, Geburtsdatum, Heimat- beziehungsweise Geburtsort und die vollständige aktuelle Anschrift sowohl des Bewerbers als auch der Unterzeichner erkennbar sein. Dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Zustimmung des Bewerbers beizufügen. Jedes wahlberechtigte Mitglied darf nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen.

Einen Abdruck der kompletten Wahlordnung mit Stand vom 13. Oktober 2018 können Sie bei unserer Geschäftsstelle anfordern. *Walter Mogk*



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Darmstadt – Sonnabend, 17. August, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Stammtisch. Nähere Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Thüringen – Sonntag, 4. August, 14 Uhr, Geländer der ega, Egapark, Gothaer Straße, Erfurt: Mitgliedertreffen. Informationen: Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail: fbjoehlke@gmail.com



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Haffdörfertreffen

Bremerhaven – Sonnabend, 3. August, 14 Uhr Kleingartenverein Süd, Helgoländer Straße 3: 44. Haffdörfertreffen der Haffdörfer Rinderort, Peldßen und Labagienen/Haffwinkel. Information bei Marita Jachens-Paul, Telefon (0471) 86176.



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenberg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ausstellungseröffnung

Neumünster – Sonnabend, 17. August, 15.30 Uhr, Lötzer Museum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung), Neumünster: Ausstellungseröffnung „Masuren im Winter“ – Fotografien von M. Wieliczko, Allenstein, als Leihgaben des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen/Bayern. Die Ausstellung läuft bis zum 20. November. Steffen Thomassek, Hamburg, berichtet von seiner Reise nach Königsberg und durch das Königsberger Gebiet im Jahr 2018 und zeigt eine Auswahl seiner Fotos. Die Veranstaltung wird musi-

Kulturzentrum Ostpreußen
im Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de

kalisch umrahmt mit einigen Liedern, dargeboten von Kirsten Babel, Gettorf.

Das Museum ist an Veranstaltungstagen bereits um 10 Uhr geöffnet.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvert. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Hauptkreistreffen

Hagen – Sonnabend, 24., und Sonntag, 25. August, Hotel Mercure: Hauptkreistreffen der Kreisgemeinschaft Lyck in der Landsmannschaft Ostpreußen mit Gästen der Kreisgemeinschaft Treuburg in der Patenstadt Hagen/Raum Berlin – Siegen – Köln.

Programm

Sonnabend, 24. August
11 bis 12.30 Uhr: Möglichkeit zur Besichtigung des Archivs, Elbersufer 20, 14 Uhr: Öffentliche Kreistagssitzung im Rathaus der Stadt Hagen, Rathausstraße 13, 16 Uhr: Öffnung der Räume im Hotel Mercure, 17 Uhr: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen im Stadtgarten Hagen, 19 Uhr: Heimatabend im Raum Berlin des Hotels.

Sonntag, 25. August

9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume im Hotel Mercure, 11 Uhr: Feierstunde im Raum Berlin – Siegen – Köln des Hotels. Bitte die Tischaufteilung beach-

ten, 14 Uhr: Begrüßung und gemütliches Beisammensein im Hotel Mercure, 14.30 Uhr: Zusammenkunft des Arbeitskreises „Mittlere Generation“ im Bistro (Bar) des Hotels, 17 Uhr: Ausklang.

Einsicht in die Heimatkreiskartei: Sonntag von 14.30 bis 15.30 Uhr.

Diverse Heimatliteratur und Landkarten sind am Bücherstand erhältlich.



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Heimatkreistreffen

Verden – Sonnabend, 21., bis Sonntag, 22. September, Forum der Niedersachsenhalle, Lindhooper Straße 92, 27283 Verden: Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau.

Parkplätze sind genügend vorhanden.

Programm

Sonnabend, 21. September
9.30 bis 12 Uhr: Möglichkeit zur Besichtigung unseres Heimatmuseums im Kreishaus Verden, Eingang Ost, der Weg ist ausgeschildert, 11 Uhr: Empfang der Stadt Verden und des Landkreises Ver-

den durch den Bürgermeister Lutz Brockmann für alle Teilnehmer und Gäste des Kreistreffens im Rathaus zu Verden, Große Straße 40, 27283 Verden, ab 12 Uhr: Die Niedersachsenhalle wird geöffnet, 13.30 Uhr: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Pr. Eylau im Forum der Niedersachsenhalle mit der Wahl eines neuen Vorstandes, 16 Uhr: gemeinsames Kaffeetrinken (oder auch anderer Getränke) mit typisch ostpreußischem Blechkuchen, 16.30 Uhr: Christoph Hinkelmann zeigt einen Diavortrag mit dem Thema „Naturschönheiten der Kurischen Nehrung, die einmalig auf der ganzen Welt sind“, 16.30 Uhr: Parallel hierzu beantwortet Lothar Biesert Fragen zu persönlichen Anliegen in der eigenen Familienforschung, 18 Uhr: Der Chor „Die singenden Heimatfreunde aus Selsing“ singt plattdeutsche Lieder in der alten Selsing Tracht, 18.30 Uhr: Elfie Hoppe trägt humorvolle Geschichten aus Ostpreußen vor, 19 Uhr: Gemeinsames Abendessen mit einem typisch ostpreußischen Gericht für alle Teilnehmer, 20 Uhr: Heimatabend im Forum der Niedersachsenhalle unter anderem mit einem Film über Ostpreußen, danach gemütliches Beisammensein mit „Schabbern“ und „Plachandern“

Sonntag, 22. September

9 bis 10.30 Uhr: Unser Heimatmuseum ist geöffnet, Kreishaus Verden, Eingang Ost, eine Führung wird angeboten, 11 Uhr: Feierstunde im Forum der Niedersachsenhalle zu Verden mit allen Teilnehmern und Gästen. Danach Kranzniederlegung im Bürgerpark Verden (mit Shuttle-Bus oder mit Privat-PKW).

Nach der Feierstunde wird das Kreistreffen im Forum der Niedersachsenhalle fortgesetzt. Anlässlich des 400. Geburtstages des „Ännchen von Tharau“ werden zahlreiche Bildtafeln aufge-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Anzeige

Der richtige Weg, anderen vom Tode eines lieben Menschen Kenntnis zu geben, ist eine Traueranzeige.

Buchtstraße 4 · 22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32 · Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.preussische-allgemeine.de

Nun aber bleibt Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei; aber die Liebe ist die größte unter ihnen.
Korinther 13,13

Wir trauern um unsere liebe Mutter und Großmutter

Irmgard Borchardt

geb. Kiewitt

21. Juni 1924 † 22. Juli 2019
Königsberg/Ostpreußen Bonn-Bad Godesberg



die nach einem langen, reichen und erfüllten Leben im Alter von 95 Jahren friedlich entschlafen ist.

Matthias Borchardt mit Sven und Meike
Wieland Borchardt
Friederike Ophüls, geb. Borchardt mit Mirjam
und alle Angehörigen

Kondolenzanschrift: Familie Borchardt c/o Glitsch-Necke Bestattungen Beethovenallee 8–12, 53173 Bonn

Die Trauerfeier fand statt am 31. Juli 2019 in der Evangelischen Heilandkirche, Bad Godesberg-Mehlem, Domhofstraße. Anschließend erfolgte die Beisetzung auf dem Zentralfriedhof, Bad Godesberg, Gotenstraße.

Wir bitten um eine Spende an das Gustav-Adolf-Werk e.V., IBAN: DE42 3506 0190 0000 4499 11, BIC: GENODE3333, Kennwort: Irmgard Borchardt. Das Gustav-Adolf-Werk unterstützt mit den Spenden die Probstei Kaliningrad.

Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Schwarzenbek trauert um

Renate Jendrysiak

geb. in Nieden, Kreis Johannisburg, Ostpreußen.

Wir verlieren in ihr eine engagierte Landsmännin.

Ein treues ostpreußisches Herz hat aufgehört zu schlagen.

Unser Mitgefühl gehört der Familie, besonders Peter Jendrysiak.

**Der Vorstand
Gerigk Offen**

In liebevoller Dankbarkeit haben wir Abschied genommen.

Werner Kuhn

* 03.01.1928 † 04.07.2019

Es war eine wunderschöne Zeit mit Dir.

Deine Anneliese
und alle, die Dich gern hatten

Kondolenzanschrift: Anneliese Thyssen, c/o Bestattungen Rueben, Haus der Begegnung, Uerdinger Straße 640, 47800 Krefeld

Die Beisetzung hat im Familien- und Freundeskreis stattgefunden.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch,
Geschäftsstelle: Forckenbeck-
straße 1, 14199, Berlin, Telefon
(030) 2547345, E-Mail:
info@bdv-berlin.de, Internet:
www.ostpreussen-berlin.de. Ge-
schäftszeit: Donnerstag von
14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der
Geschäftszeit: Marianne
Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



Bartenstein – Anfra-
gen für gemeinsame
Treffen: Elfi Fortan-
ge, Telefon (030)
4944404.



Königsberg – Frei-
tag, 9. August,
14 Uhr, Forcken-
beckstraße 1, 14199
Berlin-Wilmersdorf:
Treffen der Gruppe. Anfragen bei
Elfi Fortange, Telefon (030)
4944404.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut
Klingbeutel, Haus der Heimat,
Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.:
(040) 444993, Mobiltelefon
(0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonntag,
8. September: Das Kulturreferat
lädt herzlich zu unserer Busfahrt
zum ostpreußischen Theater Ditt-
chenbühne nach Elmshorn. Nach
dem gemeinsamen Kaffeetrinken
und einem Gläschen Bärenfang
sehen wir uns die Aufführung
„Der Schimmelreiter“, eine No-
velle von Theodor Storm, an. Der
Preis beträgt 32 Euro pro Person.
Im Preis sind enthalten: die Fahrt
mit einem modernen Reisebus,
Kaffee und Kuchen sowie die
Theateraufführung.

Abfahrten: 13 Uhr ab Meckel-
feld, Höpenstraße 88, Bushalte-
stelle Waldquelle; 13.15 Uhr ab
Bahnhof Harburg; 14 Uhr Kir-

chenallee beim Hamburger
Hauptbahnhof.
Rückfahrt: 18:30 Uhr nach
Hamburg-Kirchenallee, Harburg
und Meckelfeld.

Anmeldung bei Walter Brides-
zuhn, Telefon (040) 6933520 und
(0172) 9209151, E-Mail:
walter.bridszuhn@gmx.de

KREISGRUPPEN



**Inster-
burg,
Sens-
burg** – Mit-
t-

woch, 7. August, 12 Uhr, Hotel
Zeppelin, Veranstaltungsraum
Empore, Frohmestraße 123-125,
22459 Hamburg: Kultureller Vor-
trag oder Autorenlesung. Informa-
tionen erhalten Sie bei Manfred
Samel unter Telefon (040) 587585
oder per E-Mail: Manfred-Sa-
mel@Hamburg.de



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke,
Alter Hessenweg 13, 21335 Lüne-
burg, Telefon (04131) 42684.
Schriftführer und Schatzmeister:
Hilde Pottschen, Volgerstraße 38,
21335 Lüneburg, Telefon (04131)
7684391. Bezirksgruppe Lüne-
burg: Heinz Kutzinski, Im Wie-
sengrund 15, 29574 Ebstorf, Tele-
fon (05822) 5465. Bezirksgruppe
Braunschweig: Fritz Folger, Som-
merlust 26, 38118 Braunschweig,
Telefon (0531) 2 509377. Bezirks-
gruppe Weser-Ems: Otto v. Below,
Neuen Kamp 22, 49584 Fürste-
nau, Telefon (05901) 2968.

Rinteln – Donnerstag, 8. August,
15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klo-
sterstraße 42, 31737 Rinteln (Na-
vi: Bäckerstraße 1 oder Kreuzstra-
ße): Bei diesem Monatstreffen der
Gruppe hält Wolfram Wiemer ein-
nen Vortrag: „Bedeutende Ost-
preußen: Johann Gottfried Her-
der, Lovis Corinth und andere“. Neben
Mitgliedern und Freunden sind
ebenfalls Angehörige und inter-
essierte Gäste herzlich will-
kommen. Weitere Informationen
und Auskünfte zu den Veranstal-
tungen und zur landsmannschaft-

lichen Arbeit sind beim Vorsit-
zenden Joachim Rebuschat unter
Telefon (05751) 5386 oder über E-
Mail: rebuschat@web.de zu erfah-
ren. Hinweis: Im September fin-
det wegen eines Ausflugs der
Gruppe kein Monatstreffen statt.



**NORDRHEIN-
WESTFALEN**

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer,
Geschäftsstelle: Buchenring 21,
59929 Brilon, Tel. (02964) 1037,
Fax (02964) 945459, E-Mail: Ge-
schaeft@Ostpreussen-NRW.de,
Internet: www.Ostpreussen-
NRW.de

Bielefeld – Montag, 12. August,
14 Uhr, Haus der Diakonie,
Kreuzstraße 19a, 33602 Bielefeld:
Heimatsnachmittag. Wegen der
Kuchenbestellung ist eine Anmel-
dung bis spätestens fünf Tage vor
dem jeweiligen Termin notwendig
unter Telefon (05202) 5584.

Die Heimatsnachmittage finden
jeden zweiten Montag statt.

Düren – Mittwoch, 7. August,
18 Uhr, Haus des deutschen
Osten, Holzstraße 7a, 52349 Dü-
ren: Urlaubserfahrungen und
Austausch. Anfragen an Gerda
Wornowski, Telefon (02421)
72776, E-Mail: gwornowski
@gmail.com. Wer sich heimatisch
verbunden fühlt, ist bei uns herz-
lich willkommen. Wir freuen uns
auf neue Mitglieder und
Gäste. Die Gruppe trifft sich
an jedem ersten Mittwoch im
Monat.

Gütersloh – Sonnabend, 3. Au-
gust: Busfahrt zum Ostpreußi-
schen Landesmuseum nach Lüne-
burg. Interessierte sind stets herz-
lich willkommen. Anmeldung un-
ter Telefon (05241) 34841 bei
Block oder (05241) 29211 bei
Bartnik.

Köln – Sonnabend, 10. August,
15 Uhr, Brauhaus Köln-Dellbrück,
Dellbrücker Hauptstraße 61: Tref-
fen der Memellandgruppe Köln
zu einer besonderen Veranstal-
tung. An diesem Tag wird Isabelle
Kusari in der Domstadt ein Kon-
zert geben und ostpreußische und
andere deutsche Lieder singen.
Die französische Sopranistin setzt
sich seit Jahren für die deutsche
Kultur ein. Die Veranstaltung dau-
ert rund 45 Minuten. Der Eintritt
ist frei.

Es besteht im Anschluss die
Möglichkeit, einen Geldbetrag zu
spenden.

Alle Ostpreußen und Freunde
sind herzlich eingeladen. Weitere
Informationen erhalten Sie bei
Herbert Jaksteit unter Telefon
(0221) 637163.

Münster – Die offene Frauen-
gruppe der Ost- und Westpreußen
Münster (Westfalen) trifft sich je-
den 2. Dienstag im Monat um
15 Uhr unter der gemeinsamen
Leitung von Sabine Steinkat und
Irmgard Bludau im historischen
Lambertuszimmer des Restau-
rants Stuhlmacher, Prinzpal-
markt 67, Münster. Gäste sind
herzlich willkommen.

Neuss – Jeden zweiten Mitt-
woch im Monat, von 15 bis
18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube,
Oberstraße 17: Frauengruppe.

Wesel – Sonnabend, 17. bis
Sonntag, 18. August, Niederrhein-
halle Wesel: Rastenburger Treffen.



**SCHLESWIG-
HOLSTEIN**

Vors.: Edmund Ferner, Julius-
Wichmann-Weg 19, 23769 Burg
auf Fehmarn, Telefon (04371)
8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Neumünster – Mittwoch,
14. August, 15 Uhr: Jahresausflug.
Mit dem Bus nach Rendsburg in
den Conventgarten. Abfahrt hin-
ter dem Finanzamt am Bahnhof
um 13.30 Uhr.

Schwarzenbek – Der Vorsitzen-
de der Landsmannschaft der Ost-
und Westpreußen Schwarzenbek,
Peter Gerigk begrüßte das 100ste
Mitglied der Landsmannschaft,
Dörte Offen. Sie hatte wohl etwas
leichtsinnig erklärt, als 100stes
Mitglied beizutreten, als die Mit-
gliederzahl noch bei 70 lag. Die
Landsmannschaft hatte sie da-
mals unterschätzt und nicht mit
der starken Entwicklung gerech-
net. Inzwischen sind zwei weitere
Personen der Landsmannschaft
beigetreten.

Die Landsmannschaft hat sich
seit der Übernahme durch den
neuen Vorsitzenden Gerigk von
58 Mitgliedern auf nunmehr über
100 erhöht, dabei mussten Ab-
gänge von 34 Mitgliedern durch
Tod, Fortzug, Verzug in Altenhei-
me oder Kündigung ausgeglichen
werden.

45 Mitglieder der neuen Mit-
glieder sind noch in Ost- oder
Westpreußen geboren. Es gibt also
noch ein großes Potential an in
der alten Heimat Geborener.
Auch einige „Jüngere“ traten der

Landsmannschaft bei, sodass es
um den Fortbestand der Lands-
mannschaft keine Probleme ge-
ben sollte.

Zwei Positionen des geschäfts-
führenden Vorstandes mussten
gerade durch jüngere Mitglieder
besetzt werden. Neun Mitglieder
der Neueingetretenen sind Kinder
von in der alten Heimat Gebore-
nen.

„Wir sind eine große und starke
ost- und westpreußische Familie“,
betonte der Vorsitzende und „wir
richten alle unsere Veranstaltun-
gen gemäß unserer Satzung nach
ost- und westpreußischem
Brauchtum und der Tradition un-
serer Heimat aus. Dabei gelingt es
uns wohl auch, dieses an die
Nachkommen weiter zu geben.
Das kommt bei unseren Mitglie-
dern an“.

Es werden ausschließlich Filme
aus Ost- und Westpreußen ge-
zeigt, bei den gemeinsamen Essen
werden nur ostpreußische Ge-
richte gereicht. Alle anderen Ver-
anstaltungen sind auf die alte
Heimat bezogen mit Vorträgen
Geschichten und Gedichten aus
Ost- und Westpreußen. Die Ad-
vents- und Weihnachtsfeiern läu-
tet eine ostpreußische Kirchen-
glocke ein, das Wort zum Advent
haben in den letzten Jahren in der
alten Heimat tätige Pastoren ge-
halten. Bei unserer Hauptveran-
staltung, dem traditionellen ost-
preußischen Wurstessen mit
100 und mehr Teilnehmern wer-
den nach dem Essen heimatbezo-
gene Vorträge mit hohem Niveau
gehalten.

„Die Qualität der Veranstaltun-
gen ist sehr wichtig, das zieht un-
sere Mitglieder an. Wir dürfen
nicht zu Kaffeekränzchen ver-
kommen, dann sterben wir eines
Tages aus, wie es leider bei ande-
ren Landsmannschaften erfolgt.
Wir leben in Schwarzenbek in un-
serer Landsmannschaft unsere alte
Heimat Ost- und Westpreu-
ßen“.

Wir sind in Schwarzenbek mit
Abstand die stärkste Landsmann-
schaft in Schleswig-Holstein. Un-
ser heimatbezogenes Wirken hat
sich in jeder Beziehung bezahlt
gemacht.

Uetersen – Freitag, 9. August,
15 bis 17 Uhr, Haus Uetersen,
Kirchenstraße 7: Das Diktat von
Versailles 1919 vor 100 Jahren –
und seine Folgen auch für Ost-
preußen. Unser Freund, der
Historiker Manuel Ruoff, *Preu-
bische Allgemeine Zeitung*, be-
richtet.

Freunde Masurens

In diesem Jahr findet die letz-
te offizielle Masuren-Stu-
dienfahrt mit Pastor Tegler und
Kerstin Harms nach Masuren
statt. Aus diesem Grund möch-
ten wir uns noch einmal bei al-
len Masurenfahrern mit einem
Dankgottesdienst verabschieden
und laden Sie hierzu herz-
lich am Sonntag, 4. August um
14 Uhr in das ökumenische
Gemeindezentrum St. Stephanus
in Lüneburg ein. Ab
13 Uhr gibt der bekannte Sän-
ger und Komponist Bernstein
(Bernd Krutzinna) zur Ein-
stimmung ein Konzert. Nach
dem Gottesdienst gibt es bei
Kaffee und Kuchen Zeit zum
Plaudern. Anschließend zeigt
Kerstin Harms eine beeindruckende
Präsentation mit Bil-
dern zwischen Himmel und
Wasser in Masuren. Wir freuen
uns auf Ihr Kommen. Es wäre
schön, wenn Sie uns telefo-
nisch unter (04136) 910573
oder per E-Mail: info@freunde-
masurens.de mitteilen wür-
den, ob Sie dabei sein werden.
Es erleichtert die Planung.

Pastor Fryderyk Tegler
und Kerstin Harms,
Verein Freunde Masurens e.V.

Ausstellung in Klütz

Die Marienkirche in der
mecklenburgischen Klein-
stadt Klütz ist eine backstein-
gotische Kirche aus der Zeit
des Übergangs von der Roma-
nik zur Gotik und noch bis
zum 13. September Ausstel-
lungsort von „Geflüchtet ver-
trieben entwurzelt – Kindhei-
ten in Mecklenburg 1945 bis
1952“, einer Ausstellung der
Stiftung Mecklenburg; sie wur-
de bereits im Schleswig-Hol-
stein-Haus in Schwerin ge-
zeigt.

*Evangelische Kirchengemein-
de Klütz, Boltenhagen, Bös-
sow, Predigerstraße 8, 23948
Klütz, Telefon (038825)
371241. Die Kirche ist täglich
in der Kernzeit von 10 bis
18 Uhr geöffnet. Die Ausstel-
lung kann kostenlos besichtigt
werden.*

Trauer um den Maler Viktor Rjabinin

Auszüge aus den Erinnerungen von Jürgen Nadzeika:

Der Maler, so wurde er bei uns
genannt, Viktor, der Mensch, im
neunten Stock eines Wohnblo-
ckes in der Nähe des Zentrums
der alten Stadt Königsberg le-
bend. Eine Wohnung, wie eine
Puppenstube, vielleicht 50 Qua-
dratmeter klein, völlig überfüllt,
mit Viktors Sammlung an
Hinterlassenschaften der deut-
schen Bewohner dieses Gebietes,
die der Krieg zwang, sich eine
neue Heimat zu suchen. Und
darin lebte Viktor, ein belesener
Mann, ein Künstler.

Ausgesprochen gastfreundlich
wurden wir Polizisten, die 1992
erstmalig dieses Gebiet besuch-
ten von Rjabinin empfangen, der
bescheiden auftrat, ausgespro-
chen gefühlvoll handelte und of-
fen für humanitäre Fragen war.

Nach dem mühevollen Auf-
stieg in seine Wohnung, einen
Aufzug gab es nicht, hatten wir
Tränen in den Augen, als Viktor
uns Salz und Brot anbot, seine
Form der Kontaktaufnahme.
Plätze bot er uns allen an, er
selbst hatte keinen Platz mehr.

Diese Vielzahl von alten email-
lierten Schildern aus der Vor-
kriegszeit, die Viktor gesammelt



Seine Bilder bleiben: Fotografie des Ölgemäldes „Die Gräser
von meiner Kindheit“ aus dem Jahr 1984 Bild: privat

hatte, war erschlagend. Er hatte
alles aufgesammelt und in seiner
Wohnung archiviert. Über allem
thronte aber die Katze, dieses
schwarze, symbolische Ge-
schöpf, das in Viktors Bild mit
stechendem Blick über der ge-
samten Stadt Königsberg wachte.

Viktor war ein Mann völlig un-
bekanntes Alters. Er konnte in
der Jetztzeit aufgewachsen sein,
aber auch in der Kriegszeit. Die-
ser Mann starb jetzt, völlig ver-
früht, im Alter von 72 Jahren.

Kurzvita

1946 in Königsberg geboren be-
suchte Viktor Rjabinin die dortige
Kunstschule und später die Ge-
werbeschule, studierte Kunst und
arbeitete ab 1971 als Künstler, ab
1980 unterrichtete er an einer
Kinderkunsthochschule. 2017 gab
er dem „Königsberger Express“
ein lebendiges Interview, in dem
er sagte: „Ich lebe nach wie vor in
Königsberg, obwohl in meinem
Pass Kaliningrad ... steht.“ PAZ

Ostpreußen



**24. Landestreffen
Mecklenburg-Vorpommern**

in

Neubrandenburg

Sonnabend, 28. September 2019

10 bis 17 Uhr

Jahn-Sport-Forum

Schwedenstraße / Kulturpark

Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind an Extra-Tischen ausgeschildert.
Für ein heimatliches ostpreußisches Kulturprogramm, das leibliche Wohl
und genügend Parkplätze ist gesorgt. Bitte Ihre Verwandten und Freunde
informieren und mitbringen. Schriftliche Auskünfte gegen Rückporto bei:

**Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe M-V
Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam**

Künstlerkolonie Worpsswede – Auf den Spuren von Paula Modersohn-Becker

Exkursion mit dem Ostpreußischen Landesmuseum nach Worpsswede, Donnerstag, 22. August, Kostenbeitrag: 50 Euro.

Worpsswede – das abgeschiedene Dorf im Teufelsmoor ist vor allem als Künstlerkolonie weltbekannt. Über mehrere Generationen siedelten sich hier seit 1889 unterschiedliche Künstler an, so auch Paula Modersohn-Becker, Heinrich Vogeler, Fritz Mackensen.

Angezogen von der ruhigen Idylle der Abgeschiedenheit und bezaubert von reizvollen Lichtspielen der Natur schufen sie hier viele ihrer Meisterwerke. Obwohl Paula Modersohn zeitlebens eine große Sehnsucht nach der Kunstmetropole Paris verspürte, kehrte sie immer wieder nach Worpsswede zurück. Was genau hat sie an diesen Ort gefesselt?

Das Ostpreußische Landesmuseum lädt zu einer Reise

nach Worpsswede ein. Erfahren Sie mehr über die Gründungsgeschichte der Künstlerkolonie. Wie hat die Landschaft die Künstler in ihrem Schaffen beeinflusst und wie beeinflussten die Künstler ihrerseits das Erscheinungsbild des Ortes? Erleben Sie den Reiz, den dieser Ort mit einem „Himmel von unbeschreiblicher Veränderlichkeit und Größe“, wie Rainer Maria Rilke schrieb, auf die Künstler ausübte. Auf der Fahrt werden auch Parallelen und Unterschiede zu der ostpreußischen Künstlerkolonie Nidden erläutert, zu der das Ostpreußische Landesmuseum eine große Dauerpräsentation bietet.

Weitere Informationen und Anmeldung: Agata Kern, Kulturreferentin für Ostpreußen und das Baltikum am Ostpreußischen Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7599515, E-Mail: a.kern@ol-ig.de



Das künstlerische und gesellschaftliche Zentrum der Künstlerkolonie Worpsswede ist heute ein Museum: Der Barkenhoff ist das ehemalige Wohnhaus von Heinrich Vogeler

Kulturzentrum Ostpreußen

Das Kulturzentrum Ostpreußen im Westflügel des barocken Ellinger Deutschordensschlosses ist Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 17 Uhr geöffnet.

net, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Telefon (09141) 86440, Fax (09141) 864414, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de

Ostpreußisches Landesmuseum – Programm

Ausstellungen im August

Noch bis 6. Oktober, **Sonderausstellung: „Balance und Perspektiven. Retrospektive des Künstlers Hubertus von der Goltz“.**

„Der Einzelne und seine Balance zwischen Denken, Handeln und Sein“, mit diesem Gedanken umreißt der 1941 in Ostpreußen geborene Künstler Hubertus von der Goltz sein künstlerisches Schaffen. Der international tätige Bildhauer und Installationskünstler ist heute mit seinen Arbeiten in Europa, Amerika und Asien vertreten. Die menschliche Figur steht dabei immer im Mittelpunkt der Werke.

Noch bis 15. September, **Kabinettsausstellung: „Ein Meister des kleinen Formats. Naturszenen des Jagdmalers Reinhold Feussner“.**

Reinhold Feussners (1886-1971) Werk ist geprägt von detailgenauen Wiedergaben der Landschaft und des Wildes, von kenntnisreichen Momentaufnahmen des Jagdbetriebs und eindringlichen Stimmungen. Feussner verdiente seinen Lebensunterhalt mit der Illustration von Natur- und Jagdbüchern sowie Artikeln in der Jagdpresse. Er spezialisierte sich auf kleine Formate, in denen er das Dargestellte dennoch in bemerkenswerter Deutlichkeit ausführte. Seine Eigenständigkeit bewies er damit, dass er nicht dem Zug der Zeit zur Heroisierung der Jagd darstellungen folgte, sondern in eher leisen, undramatischen Schilderungen dem Natureindruck nahekam.

Veranstaltungen im August

Treffpunkt für die Veranstaltungen ist in der Regel das Foyer des Museums.

Sonntag, 4. August, 14 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Eintritt: Öffentliche **Sonntagsführung** immer am ersten Sonntag im Monat (ohne Anmeldung). **„Von den Prussen nach Europa. Eine Führung mit Heinz Wesner“.**

Dieser Rundgang durch die Dauerausstellung zeigt anhand

einiger interessanter Exponate die ganze Vielfalt Ostpreußens, der historisch nordöstlichsten Provinz Deutschlands.

Montag bis Freitag, 5. bis 9. August, täglich 14 bis 17 Uhr, 150 Euro (zuzüglich 10 Euro Material) für die ganze Woche: **Kunstworkshop für Erwachsene. „Von der Zeichnung zum dreidimensionalen Objekt – Zeichnung und Plastik im Dialog“.** Entwurf und Ausführung sind in der Bildenden Kunst oft die beiden wichtigsten Stufen zur endgültigen Gestaltung eines Werks. Besonders reizvoll ist dieser Entstehungsweg zu verfolgen, wenn er von der Zeichnung zu einer plastischen Gestaltung führt. Die Übertragung eines Motivs aus der Fläche in die dritte Dimension ergibt auch eine Bereicherung der künstlerischen Ideen.

In der künstlerischen Sommerakademie wird der Weg über die Idee von einer Skizze bis zum dreidimensionalen Objekt nachvollzogen. Die Skizze dient als erster Schritt im Prozess der Werksentstehung aus der Fläche zum Raum.

Die Künstlerin Elena Steinke (Brekler Artstudio) wird die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ihrem Schaffen begleitend unterstützen. Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de

Dienstag, 6. August, 14.30 bis 16.30 Uhr, 3 Euro zuzüglich Eintritt (inklusive Kaffee, Tee und Gebäck): In der Reihe Museum erleben. **„Eine künstlerische Neigung des Kaisers“.** Sonderführung mit Jörn Barfod, Kustos am OL.

Präsentiert werden die Cadiner Keramik in der Dauerausstellung und besondere Stücke aus dem Fundus.

Wegen der begrenzten Platzzahl bitten wir um vorherige Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de

Donnerstag, 8. August, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **Balancekünstler – Balance und Drahtfigur Kinderclub** mit Janina Stengel. Die Sonderausstellung des „Balancekünstlers“ Hubertus

von der Goltz regt dazu an, selbst lustige Figuren aus Draht herzustellen, die schwindelfrei sind und gewagt auf dem Seil tanzen können.

Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Kinderclub ist für alle Kinder, die Lust haben, regelmäßig zweimal im Monat einen spannenden Nachmittag im Museum zu erleben. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung jederzeit möglich. Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de

Sonntag, 11. August, 14 bis 16 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Eintritt: Öffentliche **Sonntagsführung. „Natur und Jagd – nicht nur in Ostpreußen“.** Führung durch die Bereiche Naturraum und Jagd des Ostpreußischen Landesmuseums. „Roter Faden“ sollen die Fragen sein, inwieweit die Natur das Leben der Menschen beeinflusst und welche Rolle die Jagd darin spielt – wie war das früher und wie ist es heute? Mit Christoph Hinkelmann, Naturkundler am OL.

Dienstag, 20. August, 14.30 Uhr bis 16.30 Uhr, 3 Euro zuzüglich Eintritt (inklusive Kaffee, Tee und Gebäck): In der Reihe Museum erleben **„Objekte im Fokus“.** Eine Führung mit Julian Windmüller, wissenschaftlicher Volontär am OL. Eine facettenreiche Auseinandersetzung mit ausgewählten Objekten der Deutschbaltischen Abteilung.

Wegen der begrenzten Platzzahl bitten wir um vorherige Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de

Donnerstag, 22. August, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei: **„Der Schnur auf der Spur – Flechten und Weben Kinderclub“** mit Janina Stengel. Das Weben gehört, nach Holz- und Steinbearbeitung, zu den ältesten Handwerken der Menschheit. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts stellten die Menschen ihre Haustextilien meistens selbst her. Das dauerte richtig lang, deshalb behielt man seine aufwendig handgewebten

Kleidungsstücke ein Leben lang. Wir wollen versuchen, einfache Freundschaftsbändchen zu weben. Ob sie wohl ein Leben lang halten?

Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 6 bis 12 Jahren statt. Der Kinderclub ist für alle Kinder, die Lust haben, regelmäßig zweimal im Monat einen spannenden Nachmittag im Museum zu erleben. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung jederzeit möglich. Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de

Donnerstag, 29. August, 18.30 Uhr, Eintritt 6 Euro: **„Der lange Weg von Jokehnen nach Hamburg“.** Festveranstaltung mit Arno Surminski zu seinem 85. Geburtstag. Freunde und Bekannte des Ehrengastes, ausgewählte Leser aus nah und fern tragen Auszüge aus Surminskis Romanen und Erzählbänden vor. Das Gespräch mit dem Autor führt Martin Maurach, der 2014 eine Ausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums über Arno Surminski kuratiert hat.

Wegen der begrenzten Platzzahl bitten wir um vorherige Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, Fax (04131) 7599511, E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag: 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 7 Euro, ermäßigt 4 Euro, ab 17 Uhr ermäßigter Eintritt, Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei.

Das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung wird gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages und aus Mitteln des Landes Niedersachsen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Mit Koreanisch statt Deutsch in die Zukunft

Der letzte deutschsprachige Konfirmand empfing in Breslau das Abendmahl

Am 9. Juni hat in der deutschsprachigen St.-Christophorikirche in Breslau der wohl letzte Konfirmand seinen Weg in die evangelische Gemeinde gefunden. Paul-Adrian Giessler empfing mit der Familie und Freunden aus Sachsen, Hessen und Westfalen in diesem Gotteshaus das Abendmahl.

Schon zu deutscher Zeit waren hier Angehörige der damals in Schlesien marginalen Volksgruppen daheim. Polnische und tschechische Gottesdienste gehörten zur schlesischen Toleranz und bedeuten in Schlesiens Hauptstadt, dass es auch für die nach dem Mittelalter hier fast verschwundene polnische Sprache in Breslau noch einen evangelischen Anlaufpunkt gab. Faktisch waren dies zuletzt dann eher polnische Gastarbeiter, denn als Sprache von Autochthonen war das Polnische alltagsstauglich schon in der Frühen Neuzeit verschwunden.

Die Deutschsprachige Bevölkerung Schlesiens indes lebte

im 20. Jahrhundert im entfernten Oberschlesien. Das Kommen oberschlesischer Händler über das Wasser der Oder brachte ihnen den Namen „Wasserpolen“ ein und rührt keineswegs – wie häufig vermutet wird – von der Nutzung eines über die Jahrhunderte verwässerten Polnisch aufgrund der Trennung vom polnischen Staat seit dem Mittelalter.

Während die deutsch optierenden „Wasserpolen“ nach 1945 als oberflächlich germanisiert galten und damit nicht als Deutsche Minderheit Anerkennung fanden, waren nach 1945 die wenigen in Breslau verbliebenen Deutschen ohne jede andere sprachliche Heimat als Deutsche Minderheit anerkannt und profitierten zunächst von dem nicht unerheblichen deutschen Kulturleben, das in Waldenburg weiterexistierte. Die Deutschen waren dort als Arbeitskräfte im Bergbau sogar bewusst zurückgehalten worden. 1958 erhielt die deutsche evangelische Bevölkerung in Breslau mit der



Erhält von Pfarrer Andrzej Fober den Segen: Konfirmand Paul-Adrian Giessler

Bild: privat

Christophorikirche eine Heimat, ohne dass diese jedoch eine eigene Gemeindeinstitution bildete. Immerhin waren nun wieder deutschsprachige evangelische Gottesdienste in der Stadt zu hören. Die politische Wende erlaub-

te, dass die Kirche ab 1993 Pfarrkirche der deutschsprachigen Kirchengemeinde St. Christophori werden konnte.

Während die in der Stadt verbliebenen Deutschen über die Generationen durch Eheschließungen mit Polen Sprache und Konfession immer weiter verloren, setzte nun ein Zulauf von bundesdeutschen „Gastarbeitern“ ein, zu denen auch der Vater von Paul-Adrian gehört, der medizinische Gerätschaften vertreibt, als Deutschlehrer tätig ist und mit seinem Facebook-Profil „Schönes Schlesien“ die Freunde der Region kulturgeschichtlich sammelt.

Doch unter den Bundesdeutschen schreitet auch in Breslau die Säkularisierung fort, und die Gemeinde verlor durch immer größer werdende interne Zerwürfnisse zuletzt ihren Zusammenhalt. Da auch Schlesien immer multikultureller wird, fand sich die Familie von Paul-Adrian Giessler in Breslau übrigens zum Festschmaus in einem indischen Restaurant ein.

Dass Paul-Adrian der letzte Konfirmand der Gemeinde war, erklärte Pastor Andrzej Fober der Gemeinde während der Konfirmation. Fober sieht seiner Rente

entgegen und ein Nachfolger ist noch nicht in Sicht. Der evangelische Geistliche stammt aus der evangelischen polnischen Hochburg dem Teschener Land. Von dort stammt zum Beispiel Ski-sprunglegende Adam Malysz, der damit als Pole dennoch Protestant ist.

Auch die Stelle des Gemeinderatsvorsitzenden wird in Breslau übrigens wohl nicht mehr besetzt. Schweren Zeiten stehen der Gemeinde also bevor, zumal Stimmen aus Deutschland, von wo bislang kirchliche Unterstützung kam, befürchten lassen, dass es die Gemeinde als solche in drei oder vier Jahren nicht mehr geben könnte. Die Christophorikirche wird dann wohl Minderheiten beherbergen. Methodistische und anglikanische Gottesdienste wird es hier weiterhin geben. Doch während das Englische und Koreanische von der Kanzel zu hören sein wird, wird das Deutsche wohl verstummen.

Edmund Pander

Von Jasenitz über Ziegenort nach Neuwarp

... immer am westlichen Oderufer entlang

Der weitere Weg führte den Historischen Arbeitskreis Stettin (HAST) von Odermünde nach Jasenitz (Jasienica). Der Ort am Rande der Ueckerländer Heide lag früher im Kreis Randow. Die heutige spätgotische Kirche wurde 1778 vom Feuer verschont und im 19. Jahrhundert etwas umgebaut. Das Kloster stammt aus dem Jahr 1329. Es wurde ursprünglich von Herzog Barnim I. in Ueckermünde gestiftet und bald von Victoriner Mönchen besiedelt, die aus Paris kamen und nach der Regel des Heiligen Augustinus lebten. Das Kloster wurde mehrmals ver-

legt bis es endgültig nach Jasenitz kam. Die Mönche nannten es ‚Donum Dei‘ (Gottesgeschenk). 1534 war das Kloster verschuldet. Nach 1535 wurde es zu einem fürstlichen Wohnsitz eingerichtet und vielfach als Jagdschloss genutzt. Von den Gebäuden sieht man heute nur noch wenig.

Umgebaut hat das ehemalige Jagdschloss die verbannte Prinzessin Elisabeth Christine, geschiedene Kronprinzessin von Preußen, aus dem Hause Braunschweig-Wolfenbüttel. Ihr Gemahl war der spätere König Friedrich Wilhelm II. Sie war eine gute Reiterin und soll vom Stettiner Schloss

im Sommer nach Jasenitz geritten sein. 1809, sie war inzwischen 63 Jahre alt geworden, verkaufte sie das Sommerschloss. Den fürstlichen Wohnsitz übernahm Hans Georg Alexander Friedrich von Köller, und im Jahr 1837 wurde Otto Waldemar Zitelmann der Besitzer des Rittergutes. Er vererbte es 1858 an seine Frau Anna-Luise Zitelmann geborene Giesebrecht. Sie war eine Tochter des Dichters und Lehrers am Stettiner Marienstiftsgymnasium Heinrich Ludwig Theodor Giesebrecht. Dieser war Mitglied des Frankfurter Parlaments von 1848-1849. Die Universität in Königsberg verlieh ihm

1862, die Universität von Greifswald 1866 die Ehrendoktorwürde.

Welcher ehemalige Stettiner Schüler kennt nicht das Gedicht: „Der Lotse“. Zu seinen Schülern zählte auch Adolf Pompe, Verfasser des bekannten Pommernliedes: „Wenn in stiller Stunde“. Ludwig Giesebrecht starb in Jasenitz und wurde dort begraben. Seine Grabstätte und sein Denkmal verschwanden nach 1945.

Die Teilnehmer des HAST entdeckten in der Nähe der heutigen spätgotischen Marienkirche das Modell einer Malzmühle. Ein Pole hatte die Steffensche Malzmühle nachgebaut, die für Jasenitz und

Umgebung von großer Bedeutung gewesen war. Paul Steffen besaß in Duchow-Jasenitz eine Mühle und ein Dampfsägewerk, in dem Material für Feldscheunen und Rinderställe hergestellt wurde. Er war der Onkel von Grethe Weiser, geborene Nowka, die eine Zeitlang bei ihm als junges Mädchen zu Besuch war.

Von Jasenitz fuhr der HAST zu einem verspäteten Mittagessen ins Hafensteraurant nach Ziegenort (Trzebież). Eifrig fotografierten die Teilnehmer des HAST den kleinen Hafen mit der Segel-Schule. Hier lag bis 1945 das Segelschiff Admiral von Trotha als stationä-

res Schulschiff. Kadetten erhielten auf dem großen Segler ihre Grundausbildung. In den letzten Tagen des 2. Weltkrieges war der Segler nicht seetüchtig, wurde deshalb mit Flüchtlingen an Bord mit Schleppern in Richtung Stralsund gebracht. Die Admiral von Trotha sank im Barther Bodden. Ziegenort nennt sich heute Trzebież und liegt direkt am Stettiner Haff. Über Neuwarp (Nowe Warpno) am Warper See, dem nördlichsten Punkt des Festlandes am Haff, ging es zurück nach Stettin.

Brigitte Kleszczewski
Fotos Hans Vorthmann



Das Kloster Jasenitz. Andere Teile sind nur noch als Ruine vorhanden

Modell der Malzmühle Jasenitz



Der Lotse

„Siehst du die Brigg dort auf den Wellen?
Sie steuert falsch, sie treibt herein
und muss am Vorgebirg zerschellen,
lenkt sie nicht augenblicklich ein.

Ich muss hinaus, dass ich sie leite!“
„Gehst du ins offene Wasser vor,
so legt dein Boot sich auf die Seite
und richtet nimmer sich empor.“

„Allein ich sinke nicht vergebens,
wenn sie mein letzter Ruf belehrt:
Ein ganzes Schiff voll jungen Lebens
ist wohl ein altes Leben wert.

Gib mir das Sprachrohr. Schiffelein, eile!
Es ist die letzte, höchste Not!“ –
Vor fliegendem Sturme gleich dem Pfeile
hindurch die Schären eilt das Boot.

Jetzt schießt es aus dem Klippenrande!
„Links müsst ihr steuern!“ , hallt ein Schrei.
Kieloben treibt das Boot zu Lande,
und sicher fährt die Brigg vorbei.

Ludwig Giesebrecht (1792-1873)



Der Hafen Ziegenort mit Segel-Schule

Von Neuwarp nach Altwarp – Altwarp liegt in Deutschland, Neuwarp in Polen. Von Frühjahr bis Herbst kann man mit dem Kutter Lütt Matten übersetzen.



„Admiral von Trotha“
Ziegenort



Das Pommersche Landesmuseum, Rakower Straße 9, 17489 Greifswald • www.pommersches-landesmuseum.de

Tagung: Ernst Moritz Arndt in seiner Zeit

Pommern vor, während und nach der napoleonischen Besetzung

Jahrestagung der Historischen Kommission für Pommern in Verbindung mit dem Pommerschen Landesmuseum
19.–21. September 2019

Anlässlich des 250. Geburtstages von Ernst Moritz Arndt findet am 19./20. September 2019 im Pommerschen Landesmuseum Greifswald eine Tagung statt, ergänzt durch eine Exkursion auf den Spuren Arndts zwischen Barth und Stralsund am Sonnabend, den 21. September. Beide Programmpunkte sind auch für ein breites, interessiertes Publikum zugänglich. Beginn: am Donnerstag um 19:00 Uhr. Einführung: Haik Thomas Porada, Pommerscher Kulturpreisträger 2018. Ein sehr interessantes Programm erwartet die Teilnehmer an dem Wochenende.

Die Anmeldung ist jeweils dringend erforderlich und bis zum 31. August möglich.

Unterwegs in Greifswald – Peter Binder – 50 Jahre Fotografie vom 4. August 2019 bis 2. Februar 2020

Der 1939 in Stettin geborene Peter Binder arbeitete über 50 Jahre als Pressefotograf für die Ostsee-Zeitung. In der Sonderausstellung „Unterwegs in Greifswald. Peter Binder – 50 Jahre Fotografie“, die vom 4. August 2019 bis zum 2. Februar 2020 im Pommerschen Landesmuseum Greifswald gezeigt wird, sind darüber hinaus aber auch zahlreiche Fotografien zu sehen, die außerhalb seiner Pressearbeit entstanden. 235 Fotografien wurden für diese Ausstellung aus einem überreichen Fundus ausgewählt. Diese Aufnahmen bestätigen, dass Peter Binder wie kein Zweiter mit der Geschichte Greifswalds vertraut ist. So beschäftigte er sich in vielen seiner Aufnahmen mit dem Zustand der Greifswalder Altstadt, den er kritisch dokumentierte. Gleichberechtigt hielt er aber auch die Entstehung der Neubausiedlungen fest. Dabei zeigt er sowohl die Arbeit in den dafür benötigten Beton- und Plattenwerken als auch den Alltag in diesen neuen Stadtteilen. Generell nehmen Alltagsbeobachtungen aus früherer Zeit und der Gegenwart einen großen Stellenwert in seiner Fotografie ein.

Peter Binder zeigt mit seinen überwiegend farbigen Fotos aus Greifswalds Gegenwart eine offene Stadt, die ihre Gäste schätzt und zu feiern versteht, und er zeigt ungewohnte Anblicke, bei denen man denken könnte, er habe in Italien, der Schweiz oder Indien fotografiert.

So gibt es aus 50 Jahren Greifswalder Geschichte viel zu entdecken und ein kleiner Ausblick, der sich mit verschiedenen fotografischen Experimenten Peter Binders beschäftigt, beschließt als Bonus die Ausstellung.

Zur Ausstellungseröffnung am Sonntag, den 4. August 2019 um 11.00 Uhr laden wir Sie herzlich ein.

Veranstaltungen in der Sonderausstellung:

Sonntag, 11. August 2019, 11.00 Uhr: Führung mit Dr. Sabine Lindqvist

Sonntag, 25. August 2019, 11.00 Uhr: Führung mit Hans-Georg Wenghöfer – und weitere Termine.

Eine Scheindebatte

Zu: Unter der Fuchtel einer Minderheit (Nr. 21)

Die Sprache ist ein hohes Gut, weil Denk- und Ausdrucksvermögen durch sie zum Tragen kommen und die Verständigung zum großen Teil nach wie vor über sie erfolgt. So steht die seit einigen Jahren anhaltende Überlastung unserer Sprache durch englische und denglische Ausdrücke in der Kritik des Vereins Deutsche Sprache (VDS). Dazu kommt in jüngerer Zeit die Verordnung der sogenannten Gendersprache. Beides hat den Anschein einer Revolution von oben.

Otto Normalverbraucher wäre von alleine niemals auf die Idee gekommen, solche Erscheinungen in seinen Sprachgebrauch aufzunehmen. Beiden gemeinsam ist, dass sie zunächst durch gesellschaftlich relevante Medienschaffende, Künstler, Politiker oder Unternehmen eingeführt werden und dann durch massives Nachlegen zur Salonfähigkeit weiterentwickelt werden sollen.

Während bei sogenannten denglischen (der Wortkreuzung aus Deutsch und Englisch, d. Red.) Ausdrücken beim besten Willen keine Rechtsverbindlichkeit postuliert werden konnte, könnte sich dies bei der Gendersprache ändern. Regulative Ansätze sind durchaus vorhanden. Geschlechtergerechtigkeit ist theoretisch angesagt, doch man schießt weit über das Ziel hinaus.

„Professorin“ oder „Frau Professor“ macht noch Sinn. „Bürgerinnen- und Bürgermeister“ überzeugt hingegen nicht mehr. „Löwin“ klingt gut, „Autoreifin“ nicht. Gegenreaktion auf „die Mondin“ wäre „der Sonner“. Das Ende der Fahnenstange wäre nicht absehbar und könnte sich ganz schnell ad absurdum führen.

Alles was über Empfehlungen hinausgeht, hieße, die Sprache in eine Zwangsjacke zu stecken, in die sie sich nicht erfolgreich hineinpressen lässt. Ein Bußgeldkatalog für Erwachsene und mangelhafte Schulnoten für Kinder hätten sicher keine demokratische Grundlage, da sich eine Mehrheit der Bürger und sogar der Anhänger von Grünen in Umfragen gegen eine starke Gewichtung des Genderismus ausgesprochen haben.

Es gibt wahrlich dringendere Themen, die einer Problemlösung bedürfen, als eine polarisierende Scheindebatte. **Roland Grassl, Bühl**

Zu: Befreiung? (Nr. 18)

Deutschland hat den schlimmsten Krieg aller Zeiten verloren. Eine ganze Generation Männer ist im Zweiten Weltkrieg gefallen, verwundet oder in Gefangenschaft geraten. Millionen Frauen, Kinder und Alte sind in dem über drei Jahren dauernden alliierten Bombenterror gestorben. Alle deutschen Städte lagen in Schutt und Asche, die Hälfte der überlebenden Bevölkerung wurde obdachlos.

Hunderttausende deutsche Frauen wurden von den Siegern vergewaltigt. Es herrschte Hunger

und unvorstellbare Not. Millionen Menschen wurden aus ihrer jahrhundertalten Heimat in Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Böhmen und dem Sudetenland grausam vertrieben mit nichts als den Sachen auf dem Leib.

Doch anstatt aus dem eigenen Land abzuweichen, nahmen diese Menschen ihr Schicksal an, suchten auch keine Vollversorgung im Ausland, sondern krepelten die Ärmel hoch, und innerhalb weniger Jahre stampften sie ein wirtschaftliches neues Land aus dem Boden.

Warum? Ganz einfach: Diese Generation hat an Deutschland

geglaubt und nicht den Kopf in den Sand gesteckt. Für diese Menschen war Deutschland alles, und sie hatten den Anstand und die Opferbereitschaft, für ihr Schicksal selber geradzustehen.

Heute im Jahr 2019 haben wir eine Regierung, welche die Arbeit, den Mut und den Glauben dieser einstigen Generation mit Füßen tritt. Es ist eine Regierung, die den jahrzehntelangen Aufbau dieses Landes gegen die Wand fährt. Eine Regierung, die sich erpressbar macht von allen Ausländern, die fremde Religionen, fremde Werte und fremde Gesetze mehr achtet als die eigenen.

Wir haben eine Politikerklasse, die das eigene Volk schon lange nicht mehr wahrnimmt und sich nur noch um „die eigenen Posten“ kümmert. Und wir haben eine Regierung, die zulässt, dass türkische Politiker üble Reden in Deutschland halten, uns verhöhnen und außerdem unsere Toleranz über jede Schmerzgrenze hinaus ausnutzen.

Diese Liste könnte man unendlich fortsetzen, aber nicht mehr mit mir – ich liebe Deutschland! Das ist meine Heimat, hier sind meine kulturellen und geschichtlichen Wurzeln, und das deutsche Volk ist mein Volk. Deswegen bin

ich noch lange kein „Nazi“ oder „von gestern“ und ich werde mich nicht von sogenannten Gutmenschen mundtot machen lassen.

Deutschland war, ist und bleibt unser Land, das Land der Deutschen, und nur weil man stolz auf sein Land ist, ist man noch lange kein „Nazi“.

Abschließend noch ein großes Dankeschön: Danke für Ihre mutige Berichterstattung. Nur durch Zufall bekam ich Kenntnis von Ihrer Zeitung und warte nun jede Woche mit Spannung auf Ihre wahre Berichterstattung.

Horst Schröter, Großenwiehe



Zeitchaos: Die EU ist in der Lage, sinnlose Verordnungen schnell zu verabschieden, ohne dabei viel Zeit zu verlieren. Das Ende der Zeitumstellung, auf das man sich im Parlament geeinigt hat, braucht dagegen – viel Zeit

Bild: Imago Images/Viennaslide

Das Irrenhaus Europa steckt in der Zeit fest

Zu: Kindergeschwätz (Nr. 22)

Aha, der Rückbau der Zeitumstellung braucht noch über 2021 hinaus Zeit. Merkwürdig?

Als die Sommerzeit offeriert wurde mit ganz vielen positiven Aspekten, ging das Einführen ruck zuck. Schon nach knapp vier Jahren war aber klar: wenig Positives, Schädliches für Mensch und Tier und sehr viel Schädliches für

die Ökobilanz überwiegen (bis heute).

Ein Flop also. Nachdem sich diese klimaschädliche Bilanz bis 2019 erhalten hat (erhalten wurde), hat man endlich zur Kenntnis genommen, dass die meisten noch denkenden Menschen der Sommerzeit folgerichtig eine Absage erteilen.

Aber trotz Klimaschutz-Hype, und trotz Getöse (zum Ablenken

der Wahlvölker) für Arten- und Naturschutz: der Rückbau braucht Zeit! Wofür?

Gibt es jemanden, der diesen Schwachsinn (mit Fakten unterlegt, bitte) erklären kann? Falls nein, werden wir uns wohl (wieder einmal) damit abfinden müssen, dass Europa sich zum größten Irrenhaus deklarieren lässt, in das jeder Gestörte hineingeschoben wird, dem man habhaft wer-

den kann, um es dann gemeinschaftlich einzufrieden und einzuzäsuren.

Elke Barby, Gerhden

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Steuergeld-Zocker

Zu: Die Rückkehr von Thron und Altar (Nr. 24)

Der Christusverleugner Heinrich Bedford-Strohm – diesmal mit Kreuz – zwischen den durch deutsche Steuermittel finanzierten Schleusern und Schleppern eines „Seenotrettungsschiffs“ in Sizilien – das passt zu jenem „Christen“, der gegenwärtig als Ratsvorsitzender an der Spitze der evangelischen Kirche in Deutschland steht.

Vor den Muslimen auf dem Tempelberg noch feige versteckt, nun angetreten, im Zeichen des Kreuzes Schleppern zur Legalität zu verhelfen und weitere Steuergelder zu verzocken. Denn – so muss man annehmen – in einem Anfall von Selbstüberschätzung bestätigte er im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zum Problem der massenhaften Kirchenaustritte auf die entsprechende Frage nach den Ursachen von Nachrichtenfrau Marietta Slomka im ZDF-„heute-journal“, dass die Kirche mit den Geldern der Kirchensteuer auch Länder finanziert, die „kein solches Steuersystem wie Deutschland“ haben.

So geht man also mit den sauer erbrachten Steuern, auch von Rentnern, um. Die Kirchensteuerzahler in diesem Land haben es hoffentlich mit großer Aufmerksamkeit vernommen.

Manfred Kristen, Freital

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Anzeige

Mit exklusiven Zahlen, Daten und Fakten belegt

Die dramatisch unterschätzte Gefahr: der Islam und die Gewalt

■ Dieses Buch stellt die Islamkritik auf ein gänzlich neues Fundament. Dazu hat der Bestsellerautor und Sicherheitsexperte Stefan Schubert Fakten in einer Fülle zusammengetragen, die Sie so noch nicht gesehen haben. Es ist eine erschreckende Chronologie über die Ausbreitung der Kriminalität, der Gewalt und des Terrors durch den Islam in Europa.

Stefan Schubert zeichnet ein detailliertes Bild der aktuellen Sicherheitslage und überzeugt durch seine akribische Recherchearbeit. Diese ist durch rund 600 Quellen, Statistiken und Studien für jedermann selbst nachprüfbar. Ein Teil der Hintergrundinformationen stammt direkt aus dem Bundesinnenministerium und dem Bundeskriminalamt.

Die muslimischen Migranten begehnen Straftaten in einem nie da gewesenen Ausmaß. Wer dies anprangert, wird vom linken Mainstream diffamiert, in die rechte Ecke gestellt und oft beruflich ruiniert.

Eine fesselnde Lektüre für all jene, die den Mut haben, quer zum Mainstream zu denken und sich von diesem eine freie und unabhängige Meinungsbildung nicht verbieten zu lassen.

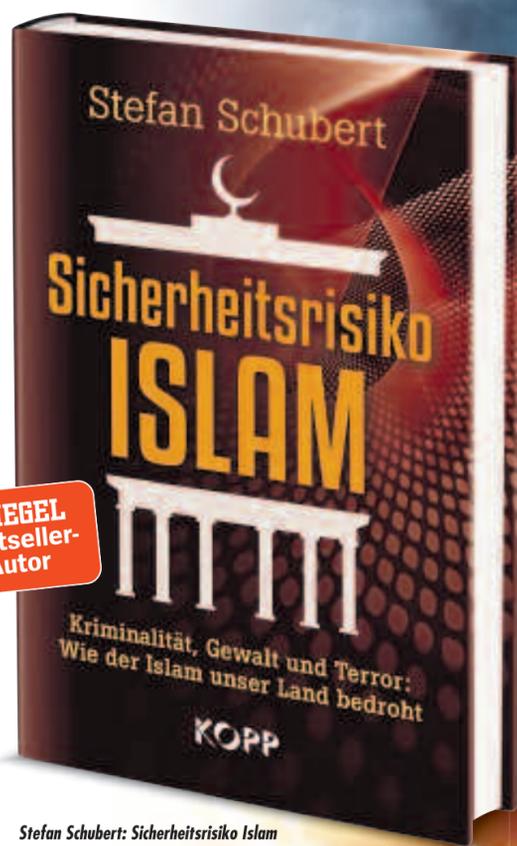
Erstmalig und exklusiv enthüllt Stefan Schubert, dass

- laut Statistiken des BKA überwiegend muslimische Flüchtlinge eine Verbrechenwelle von über 1 Million Straftaten in nur 4 Jahren allein in Deutschland verübt haben.
- der Generalbundesanwalt 2013 lediglich 70 Terrorverfahren einleitete, 2018 die Anzahl der Terrorverfahren mit 1300 jedoch einen neuen Rekordwert erreichte.

Wussten Sie zum Beispiel, dass

- die Bundesregierung mit muslimischen Antisemiten kooperiert?
- Tausende, größtenteils muslimische Kriegsverbrecher in Deutschland als Flüchtlinge eingewandert sind?
- durch gezielte Desinformationskampagnen von Politik und Medien jegliche Islamdebatte verhindert wird?
- sich kriegserfahrene Männer aus Syrien und dem Irak in Deutschland längst zu kriminellen Clans zusammengeschlossen haben und in der Organisierten Kriminalität aktiv sind?
- eine gezielte Unterwanderung der Sicherheitsbehörden von Islamisten und Araberclans betrieben wird?
- das Innenministerium in Geheimpapieren vor schweren Unruhen warnt?
- Beobachter von einem »molekularen Bürgerkrieg« gegen die einheimische Bevölkerung durch muslimische Zuwanderer sprechen?

SPIEGEL Bestseller-Autor



Stefan Schubert: Sicherheitsrisiko Islam gebunden • 318 Seiten • Best.-Nr. 976 900 • 22.99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Als Elvis nur so sprudelte

Bad Nauheim lebt nicht nur vom Andenken an den König des Rock 'n' Roll – Jugendstil-Freunde aus aller Welt kommen hierher

Im August wird in Bad Nauheim wieder das Festival zu Ehren von Elvis Presley ausgetragen, der hier stationiert war. Darüber hinaus findet man im Hochsommer in der Nähe der Salinen des Kurorts reichlich Abkühlung.

Was sind das für brachiale maurerartige Gebilde in löchrigem pflanzenartigem Schwarz, von unzähligen wuchtigen Pfeilern gestützt? Und dann rieselt da auch noch Wasser raus. Waren die Römer oder die Kelten mal wieder auf Kriegspfaden?

Beide wohl eher rustikale Vertreter der kriegerischen Vergangenheit der Gegend gingen mit Vorliebe aufeinander los und haben in Hessen reichhaltige Spuren hinterlassen, zum Beispiel den römischen Wachturm auf dem Bad Nauheimer Johannisberg, der Teil des UNESCO-Welterbes Limes ist, oder auch die sehr sehenswerte Keltenwelt am Glauberg sowie die Bad Homburger Saalburg, die Nachbildung eines römischen Kastells.

Ist das kleine Missverständnis erst einmal beiseitegeräumt, kann man sich den Gebilden, korrekt „Gradierbauten“ genannt, beruhigt nähern. Sie sind Hauptbestandteile einer raffinierten Technik, die zum Zweck hat, den ursprünglichen Salzgehalt des Solequellwassers zu erhöhen. Dafür wird das Wasser vom Sprudelbrunnen auf den Gradierbau gepumpt und rieselt dann von den zehn Meter hohen Wänden hinunter, die aus Schwarzdorn bestehen, wobei ein Teil des Wassers verdunstet und der Salzgehalt der Sole wie von Zauberhand deutlich von drei auf bis zu 22 Prozent steigt. Durch Sieden wird dann das Salz gewonnen.

Bei hochsommerlichen Temperaturen ist es in unmittelbarer

Nähe des Gradierwerks, im Volksmund „Saline“ genannt, sehr angenehm kühl und wird besonders von Menschen mit Atemwegserkrankungen als Wohltat empfunden. Die willkommene Abkühlung braucht man definitiv im August beim alljährlichen European Elvis Festival, bei dem Fans aus der ganzen Welt anreisen, um ihrem Idol zu huldigen, das am 16. August 1977 verstarb.

Ort in Deutschland, wo Elvis längere Zeit einen deutschen Wohnsitz hatte, und das zieht vor allem auch zahlungskräftige US-Besucher an. 1958 kam er mit dem Militär nach Deutschland, ergriff aber schnell aus der benachbarten Friedberger Kaserne die Flucht, mietete für sich, seinen Vater, seine Großmutter und zwei Leibwächter eine ganze Etage in der Villa Grunewald, in der er

nachvollziehen, angefangen vom Friseur, der ihm immer minutiös seine Tolle formte, über den „Pfälzer Hof“, wohin ihn die Deutsch-Amerikanische Gesellschaft am 23. Januar 1959 eingeladen hatte, bis hin zum noch heute existenten Café Bienenkorb, wo anlässlich seines 24. Geburtstags Elvis' Geburtstagstorte gebacken wurde. Zum „Abschlussgebet“ der Elvis-Jünger geht es dann zur immer

sind daher gefragt. Das Ganze soll hochmodern vonstattengehen, 3D-Druck macht es möglich, ein Modell zu erstellen, das dann von einer hessischen Gießerei für die Bronzeplatte ausgedruckt und verfeinert wird. Was hätte Elvis wohl dazu gesagt?

Und was mögen Elvis und Priscilla wohl über den berühmten Bad Nauheimer Sprudelhof gedacht haben? Verewigt hat er ihn

Bad Nauheim Jugendstil in Reinform mit unendlich vielen Details, die sich nicht immer auf den ersten Blick erschließen und für die man unbedingt auch die diversen Badhäuser von innen besichtigen sollte.

Natürlich dominiert der Kurbetrieb das Stadtleben des heutigen Heilbads, das einst aber in Gefahr geriet, heftig in Verruf zu geraten. 1854 eröffnete man zwischen der Dankeskirche und der Parkstraße eine Spielbank, ein bescheidener Holzbau, der aber manchem braven Bürger schnell ein Dorn im Auge wurde, befürchtete er doch den Verfall der Sitten als Folge des Spielbetriebs. Man ängstigte sich vor dem „lichtscheuen Gesindel“, das nicht nur der Spielsucht frönte, sondern sich auch in den angeschlossenen Tanzsaal und Restaurant angeblich zweifelhaften Vergnügungen hingab.

Die Spielbank zog noch kurz um in das neu gebaute Kurhaus, doch 1872 wurden auf kaiserliche Order sämtliche Spielbanken verboten. Die Bürger konnten aufatmen, dabei hatten sie doch „Scherschante Heinrich“, den wackeren Polizeiobersergeanten Georg Heinrich Klinkerfuß, der in den turbulenten Zeiten für Ruhe und Ordnung sorgte. Ein Gedenkstein auf dem Alten Friedhof, heute ein Bürgerpark, erinnert an dieses Bad Nauheimer Original.

Auch wer kein Elvis-Fan ist, hat als Besucher touristisch gesehen die Qual der Wahl, denn Bad Nauheim lockt außerdem mit schönen Geschäften und zahlreichen Restaurants. Sucht man seine Ruhe, so findet man diese in den waldreichen Gebieten des Taunus und der Wetterau in unmittelbarer Nähe. *Bettina Müller*

Infos zum Elvis-Festival unter: www.european-elvis-festival.de



Exquisiter Jugendstil-Charme: Die Kuranlage des Sprudelhofs in Bad Nauheim

Bild: Müller

Auch beim diesjährigen 18. Festival vom 16. bis zum 18. August wird die Welt des Rock 'n' Roll zelebriert, und dann wird es richtig heiß. Cadillacs fluten Bad Nauheim, ebenso Elvis-Doubles mit Schmalztollen sowie Petticoats und Pferdeschwanz.

Bad Nauheim hat alles richtig gemacht, denn es ist der einzige

vom 11. Oktober 1958 bis zum 3. Februar 1959 lebte, bevor er dann bis zum 2. März 1960 in der Goethestraße wohnte und den Ort schließlich verließ. Für ihn war es auch eine schicksalhafte Zeit, denn er lernte dort seine spätere Ehefrau Priscilla kennen.

Bei einer Elvis-Führung kann man die Spuren des Idols gut

reichlich geschmückten Gedenkstele vor der Villa Grunewald.

Nun soll Elvis auch noch in Bronze verewigt werden, man will ihn genau an der Stelle lebensgroß postieren, wo das berühmte Bild am Flüsschen Usa entstand, als Elvis in Uniform lässig am Geländer lehnte. Doch dafür benötigt man viel Geld, Spenden

jedenfalls in seinen Songs nicht, zugegeben: „Muss i denn zum Sprudelhof hinaus“ klingt auch ziemlich blöd. Das ganze Ensemble, übrigens das größte geschlossene Jugendstil-Gesamtkunstwerk in Deutschland, ist meisterhaft ästhetisiert. Der Architekt Wilhelm Jost war unter anderem dafür verantwortlich und schuf in

Frühlings Erwachen

Schloss Wernigerode – Wohlfühlort des ersten deutschen Kaisers

Das Schloss der Grafen von Wernigerode am Nordrand des Harzes braucht sich hinter Bayerns Märchenschlossern nicht zu verstecken. Um 1100 als Burg erbaut, sollte diese den Weg der deutschen Kaiser auf ihren Jagdausflügen in den Harz sichern. Ihr heutiges Aussehen verdankt Schloss Wernigerode dem Blankenburger Baumeister Carl Frühling, der die Anlage zwischen 1862 und 1885 komplett zu einem für ganz Norddeutschland vorbildlichen Gesamtkunstwerk des Historismus ausbaute.

Anlass war die kometenhafte politische Karriere von Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode. Ab 1867 erster Oberpräsident der preussischen Provinz Hannover, später deutscher Botschafter in Wien, wurde er Stellvertreter Bismarcks als Vizekanzler des Deutschen Reiches und stellvertretender preussischer Ministerpräsident. Kein Wunder, dass Wernigerode zum beliebten Treffpunkt des deutschen Hochadels avancierte.

Zu Ehren der hohen Gäste konzipierte Frühling eine Gästewohnung, die nach dem ersten Besuch Königs Wilhelm I. 1868 den Namen Königszimmer erhielt. Der spätere Kaiser besuchte das Schloss mehrmals, vor allem zur Jagd. Das letzte Mal nächtigte er 1887 dort im Alter von 90 Jahren.

Damit er keine Treppen steigen musste, nutzte er allerdings die Räume des Fürsten. Auch sein Enkel Kaiser Wilhelm II. logierte in den Königszimmern, zuletzt 1908. Letztmalig wurden die

Räume 1929 vom ägyptischen König Fuad bewohnt.

Die Königszimmer gehören zu den über 40, teils frisch restaurierten original eingerichteten Wohnräumen aus der letzten Blütezeit des deutschen Adels. Sie stehen neben Festsaal, Historischer Halle, Schlosskirche und anderen Räumen auf der Liste jener Zimmer, die bei den 13 Wandelkonzerten der 24. Wernigerö-



Pittoresk eingerahmt: Schloss Wernigerode

Bild: Hejkal

der Schlossfestspiele vom 20. bis 28. August zur Bühne werden. Daneben erweist sich der Innenhof des Schlosses als malerische Spielstätte. Vom 4. bis 17. August gibt es hier Opernabende mit „Romeo und Julia“ und am 30. August das Abschlusskonzert.

Einen flüchtigen Blick können Besucher der Wandelkonzerte auf die noch bis zum 3. November laufende Ausstellung „Art Déco. Eine Kunst des Historismus?“

werfen. Als Gegenentwurf zum streng funktionalistischen Bauhaus, dessen Gründung vor 100 Jahren derzeit allerorten gefeiert wird, hat das Land Sachsen-Anhalt das Zusatz-Programm „Wege in die Moderne“ aufgelegt mit dem Ziel, den Fokus auch auf andere künstlerische Richtungen aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zu lenken. Dazu gehört das bislang meist vergessene Art

werfen. Als Gegenentwurf zum streng funktionalistischen Bauhaus, dessen Gründung vor 100 Jahren derzeit allerorten gefeiert wird, hat das Land Sachsen-Anhalt das Zusatz-Programm „Wege in die Moderne“ aufgelegt mit dem Ziel, den Fokus auch auf andere künstlerische Richtungen aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zu lenken. Dazu gehört das bislang meist vergessene Art

Déco mit seiner opulenten Eleganz und spielerischen Verwendung historischer Elemente. Gezeigt werden mehr als 300 Exponate – vor allem Möbel, Gemälde, Glas, Porzellan und Bücher – aus eigenem Bestand oder sie sind Leihgaben. *Helga Schnehagen*

Schlossfestspiele: www.pkow.de, Karten: tiber-ticket-hotline.com (0391) 5999700, Schlossbesichtigung: www.schloss-wernigerode.de

Frostige Welten

Eishöhlen – Eine unterirdische Abkühlung

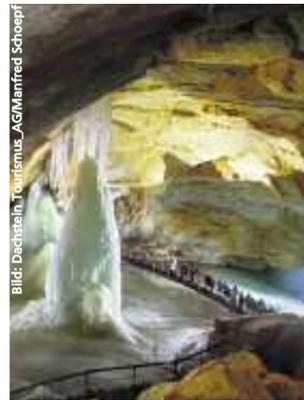
An den Hundstagen träumt so mancher davon, seinen Kopf in den Eisschrank stecken zu können. Gleich zwei „Eispaläste“ zur Abkühlung bietet Österreich. Am bekanntesten ist die Dachstein Rieseneishöhle bei Obertraun im Salzkammergut. Am größten ist die Eisriesenwelt in Werfen im Salzburger Land, deren Höhlensystem im Tennengebirge mit ihren 42 Kilometern als die größte Eishöhle der Welt gilt.

Erklimmen muss man beide, wobei der Anmarsch von der Bergstation der Seilbahn in Werfen länger und schweißtreibender ist als der am Dachstein. Auch in den Höhlen selber bleiben einem Auf- und Abstiege über Treppen nicht erspart, was bei Temperaturen um null Grad jedoch mühselig gelingt. Ober- wie unterirdisch gilt: Gebirge ist kein Flachland.

Entschädigt wird man durch faszinierende Gebilde aus Eis und Stein. Dabei setzt sich die Dachstein-Rieseneishöhle seit letztem Sommer neu in Szene. Seitdem brüllen die Höhlenbären Ben und Boris, bringt eine Licht- und Ton-Schau Leben in die Eisformationen und sorgt der Tiefblick beim Gang über die neue 35 Meter lange Hängebrücke für Adrenalinschub. Zwei Millionen Euro hat dieses Spektakel gekostet. Dazu wurden die Beleuchtung erneuert und der Energiebedarf auf ein Zehntel reduziert.

Im Vergleich dazu nostalgisch ist die Eisriesenwelt in Werfen 50 Kilometer südlich von Salzburg genau gegenüber der Burg

Hohenwerfen. Hier verteilt der Führer am Höhleneingang altmodische Karbidlampen, mit denen jeder selbst für Beleuchtung auf seinem Weg über die 1400 Stufen sorgen muss. Auch die immer neuen Kunstwerke aus Eis werden hier noch per Hand sichtbar gemacht, indem der Höhlenführer sie unter verglühendem hellweißem Magnesiumlicht für einige Momente sichtbar macht.



Die Dachstein-Rieseneishöhle

Zur gastronomischen Einkehr nach dem Höhlenerlebnis laden am Dachstein das Restaurant Schönbergalm mit kleinem Museum ein und in Werfen das Dr. Ödl Schutzhaus mit traditioneller Hausmannskost und umwerfendem Panoramablick. *H. Sch.*

Führungen durch beide Höhlen bis Oktober. Internet: www.eisriesenwelt.at; www.dachstein-salzkammergut.com

Yoga auf der Seiser Alm

Stressgeplagte Großstädter, die im Spätsommer oder Herbst einen Rückzugsort zum Entspannen suchen, sollten zur Südtiroler Seiser Alm fahren. Auf der 20 Kilometer nordöstlich von Bozen in den Dolomiten gelegenen größten Hochalm Europas finden vom 10. September bis 26. Oktober sogenannte Balance-Wochen statt. Zahlreiche Veranstaltungen und Workshops laden ein, aus der Natur Kraft zu schöpfen. Lokale Experten führen ihre Gäste an die Schönheiten der beeindruckenden Herbstlandschaft heran und garantieren authentische Entspannungs- und Genussmomente an den Kraftorten der Seiser Alm.

Schon am 6. September dreht sich auf der Seiser Alm bei dem Strudelfest alles um die süß oder pikant gefüllte Spezialität. Tags darauf findet der traditionelle Almmarkt mit typischen Südtiroler Produkten statt.

Partner des „Seiser Alm Balance-Programms“ sind die Paula Wiesinger Apartments & Suites, die für ihre Gäste die meisten Aktivitäten kostenlos anbieten. Vom 4. bis 6. Oktober lädt die in Naturholz gefertigte, moderne Ferienwohnanlage auf der Seiser Alm in der Rosengartenstraße 6 in 39040 Seis am Schlern zu einem genussvollen „Yoga Retreat“ unter professioneller Anleitung ein. Das Gesamtpaket mit zwei Übernachtungen im Appartement mit Frühstück, Abendessen und Yoga-Programm kostet ab 319 Euro. Buchungen unter Telefon: 0039/0471-1880-255 oder E-Mail: info@lapaula.info. Infos im Internet unter: www.lapaula.info. *H. Tews*

Neue Einsichten in die Nachkriegszeit

„Homo homini lupus“ – der Mensch ist des Menschen Wolf. Das heißt nach landläufiger Meinung, der Mensch denkt rücksichtslos nur an sich. „Wolfszeit“ nennt der Berliner Publizist Harald Jähner sein Buch über das besiegte Deutschland nach 1945, als viele Menschen tatsächlich zu „Wölfen“ wurden. Aber dann relativiert er auch wieder: Das Elend sei nicht zu verstehen ohne die Lust, die es hervorbringt: „Dem Tod entronnen zu sein, stieß die einen in Apathie, die anderen in eine nie gekannte, eruptive Daseinsfreude.“ Diese Doppeldeutigkeit der damaligen Zeit liegt der Darstellung zugrunde, und so bringt dieses Buch dadurch, dass es einseitig bei Not und Elend stehen bleibt, viele neue Einsichten, auch wenn letztlich doch die extremen Verhältnisse dieser „Niemandszeit“ dominieren.

Diese „Wolfszeit“ war ein nie zuvor gekannter Zivilisationsbruch. Das besiegte Deutschland war nicht nur äußerlich zerstört (45 Prozent aller Wohnungen!), auch die Menschen – ausgebombt, vertrieben oder auf der Flucht – waren es. Jähner bringt alles in einem großen Panorama zusammen: Die zerstörten Städte, die Millionen Vertriebenen, die ebenso millionenfach vergewaltigten Frauen, den Nürnberger Kriegsverbrecherprozess, die

heimkehrenden Kriegsgefangenen, die Schwarzmarkthändler, die nie ausreichenden Lebensmittelkarten, das Leben in Trümmern und den brutalen Überlebenskampf.

Die Sieger befürchteten Hungerrevolten und soziale Unruhen, aber nichts dergleichen geschah, die Deutschen waren einfach zu ausgelaut und ausgepowert, einfach nur auf das schiere Überleben konzentriert. Zum Überleben

Kampf ums Überleben und Aufschwung

trug dann paradoxerweise eine oft geradezu extreme, mitunter schon zügellose Lebensfreude, ja Lebensgier bei: Eine Tanzwut nach amerikanischen Rhythmen, erste Karnevalsumzüge schon wieder 1946 begann das vielzitierte Wirtschaftswunder, wobei der Autor plausibel festhält, dass das eigentliche „Wunder“ die Integration der Millionen entwürzelten Menschen war, auch die „notwendige wie unvermeidliche“ In-

tegration alter NS-Größen. Beispielfähig bringt er den Aufstieg des VW-Werks in Wolfsburg und Beate Uhse „Versandhaus für Ehehygiene“ („bringt Sonnenschein in Ihre Nächte“), mentalitätsmäßig den kessen Ton neuer Frazeitschriften. Zwei Kapitel sind der Re-Education und den wie ein Sturzbach hereinbrechenden neuen Kulturströmungen, insbesondere der abstrakten Malerei und symbolhaft dem später vielgeschmähten Nierentisch gewidmet.

Das eigene, in der Tat ja nicht wegzuleugnende Leid wurde, so kritisiert Jähner, derart intensiv thematisiert, dass überhaupt kein Empfinden mehr für das Leid der Opfer des NS-Regimes, insbesondere für die Ermordung der europäischen Juden, d a g e w e s e n sei. Die V e r d r ä n g u n g funktionierte perfekt, man fühlte sich selbst als Hitlers Opfer. Es war, so sagt es der Autor, eine Verdrängungsleistung, „von der die Nachkommen aufs Äußerste profitierten“.



Harald Jähner: „Wolfszeit. Deutschland und die Deutschen 1945–1955“, Rowohlt Verlag, Berlin 2019, gebunden, 480 Seiten, 26 Euro

Regeln für Deutsche zensiert?

Der Kanadier Jordan B. Peterson ist ein renommierter klinischer Psychotherapeut und Professor für Psychologie an der Universität von Toronto. Wegen seiner entschieden liberal-konservativen Ansichten gilt er verbreitet als „umstritten“, „rechts“ oder Schlimmeres – ein Rezensent titulierte ihn gar als „Messias für Schwachköpfe.“

Peterson streitet für Redefreiheit und kritisiert den Feminismus ebenso wie den Marxismus und andere geistige Strömungen der heutigen Zeit. Außerdem meint er, dass jeder Mensch Regeln brauche, um in der immer komplizierter werdenden Welt bestehen zu können. Allerdings sollten es auch nicht zu viele sein. Welche Regeln Peterson für wirklich wichtig hält, erklärt er detailliert in seinem Buch „12 Rules for Life“, das nun in einer deutschen Übersetzung vorliegt. Und die wurde leider gegenüber der Originalfassung „entschärft“. Zwar bekommt der Leser hierzulande die einzelnen Regeln Petersons präsentiert, wie die Nummer Sechs „Räum erst einmal dein Zimmer auf,

ehe du die Welt kritisierst“, welche direkt für die streikenden Jünger der „Klimaheligen“ Greta Thunberg gemacht zu sein scheint. Aber die ausführlichen und bissig-tiefschürfenden dazugehörigen Begründungen, die sowohl psychologisch-philosophischer als auch politischer Natur sind, lesen sich im Original doch um einiges anders als in der deutschen Version. Böse Zungen unter der Leserschaft sprechen deshalb von der unverkennbaren Absicht des Goldmann-Verlags, die Bevölkerung von „Merkel-Land“ vor den brisanten, weil „politisch unkorrekten“ Aussagen Petersons zu „schützen“. Das ist natürlich Ansichtssache. Zu empfehlen ist aber in der Tat nur die englischsprachige Ausgabe.

Wolfgang Kaufmann

JORDAN B. PETERSON

12 RULES FOR LIFE
Ordnung und Struktur in einer chaotischen Welt

Jordan B. Peterson: „12 Rules for Life. Ordnung und Struktur in einer chaotischen Welt“, Goldmann Verlag, München 2018, gebunden, 575 Seiten, 20 Euro

Reicher Märchenschatz

Rotkäppchen, Dornröschen und den Froschkönig kennt in Deutschland jedes Kind. Doch auch andere Länder haben einen reichen Schatz an Märchen zu bieten. So erzählt Elisabeth Borchers in „Wassilissa, die Wunderschöne. Russische Märchen“ russische Märchenklassiker nach. Hierbei lernen Leser Figuren aus der russischen Märchenwelt wie Baba Jaga, Iwan-Zarewitsch und die Froschprinzessin kennen.

Die einzelnen Episoden sind recht kurz, in einfacher Sprache gehalten und leben oftmals von den für Märchen typischen Wiederholungen. So sind sie sehr gut zum Vorlesen für Kinder geeignet. Eine Illustration des russischen Künstlers Iwan Biblin auf beinahe jeder Doppelseite lässt

die Geschichten für Jung und Alt umso lebendiger wirken. So bieten die hier gesammelten und aufbereiteten Märchen eine willkommene Erweiterung des deutschen Kanons für Märchenfreunde und lassen außerdem oftmals aufhorchen, da manche der russischen Klassiker zunächst einen bekannten Anklang haben, um dann doch eine völlig unbekannte Wendung zu nehmen.

Lydia Wenzel



„Wassilissa, die Wunderschöne. Russische Märchen“, nacherzählt von Elisabeth Borchers, Insel Verlag, Berlin 2019, gebunden, 126 Seiten, 14 Euro

Warnung vor dem konservativen Islam

Die Politikwissenschaftlerin Nina Scholz und der Historiker Heiko Heinisch zeigen in ihrem neuen Buch „Alles für Allah“, wie der politische Islam immer mehr an Macht gewinnt. Die Gefahr gehe weniger von den gewalttätigen Dschihadisten aus, die gesellschaftlich noch ziemlich isoliert seien. Gefährlich seien radikale Moslems, die ihre Ziele friedlich erreichen wollten, weil sie mangels Alternative bereits zu Ansprechpartnern der Politik geworden seien.

Konservativ-islamische Strömungen seien heute zum Mainstream des Islam geworden und vor allem auch in Europa angekommen. Über ein gut organisiertes Netz an Vereinen und Organisationen gewinne sie zunehmend an Einfluss. Nicht nur die muslimischen Gemeinden, sondern auch staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen würden so unterwandert. Viele Politiker und Regierungen seien sogar bereit, mit dem gefährlichen, rassistischen und menschenverachtenden Gedankengut wie dem der

Muslimbruderschaft einen „Dialog“ zu führen, sofern der Dialogpartner nicht offen gewalttätig ist.

Unter denen, die als Asylsucher aus islamischen Ländern nach Westeuropa gekommen sind, befindet sich eine signifikante Gruppe, die sich nicht integrieren wolle, weil sie unserer pluralistischen Gesellschaft nichts abgewinnen könne, so Scholz und Heinisch. Diese Menschen strebten von Anfang an eine Parallelgesellschaft nach islamischen Regeln an, obwohl sie gerade vor dieser geflüchtet sind. Weder Sozialarbeit noch Dialogversuche kämen an diese Menschen heran.

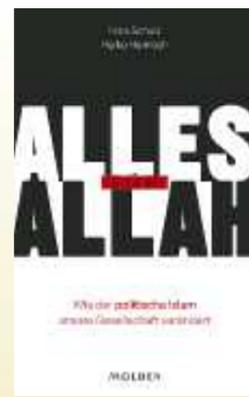
Die gefährlichste Gruppe unter den einwandernden Islamisten seien die Muslimbrüder, denen sich das Buch besonders intensiv widmet. Ihr antiwestliches und antisemitisches Denken liefere die ideologische Basis für Terrororganisationen wie Al Qaida und den „Islamischen Staat“. Große Teile der Muslimbrüder verzichteten aus taktischen Gründen auf Gewalt, sie setzten auf den Marsch durch die Institutionen. Ihr Ziel sei die Weltherr-

schaft des Islam. Die Autoren zitieren Yusuf al-Qaradawi, den im Exil lebenden 93-jährigen Chef der Bruderschaft: „Ich erwarte, dass der Islam Europa erobern wird, ohne zum Schwert oder zum Kampf greifen zu müssen.“ Einer seiner größten Anhänger sei der türkische Präsident Erdogan. Auch der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Aiman Mazyek, ist Muslimbruder, aber dennoch gern gesehener Gast bei Talkshows.

Die Anhänger der Muslimbrüder seien vor allem in linken und grünen Parteien aktiv, sie versuchten insbesondere auf den Schulunterricht Einfluss zu nehmen und mit Anwälten unterstützten sie muslimische Eltern, ihre Kinder von Klassenfahrten oder dem

Schwimmunterricht zu befreien und bereits junge Mädchen zu verhüllen. Der Islam solle so immer mehr eine Sonderstellung in der Gesellschaft erhalten, um mit Hilfe einer Opferrolle, angesichts des einkalkulierten Widerstands konservativer Kreise, weiter zu expandieren. Eine zentrale Rolle, so Scholz und Heinisch, spiele dabei vor allem die Verhüllung der Frau.

Bodo Bost



Heiko Heinisch/Nina Scholz: „Alles für Allah. Wie der politische Islam unsere Gesellschaft verändert“, Molden Verlag, Wien 2019, gebunden, 176 Seiten, 20 Euro

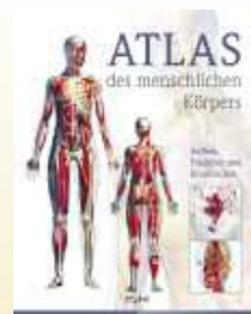
Faszinierende Ansichten unseres Körpers

Beim „Atlas des menschlichen Körpers“ handelt es sich um die deutsche Sonderausgabe des bereits 2008 erschienenen australischen Originals. Das große Format und faszinierende Aufnahmen aus dem Inneren unseres Körpers, mit erklärenden Illustrationen versehen, machen das Buch zu einem Nachschlagewerk für die ganze Familie.

Mit über 700 Farbaufnahmen und Erläuterungen zeigt es, wie der menschliche Körper aufgebaut ist und wie er funktioniert. Moderne Aufnahmeverfahren – neben Röntgen auch Ultraschall und Computertomographie – haben die Medizin revolutioniert. Durch diese Technik wurden nicht nur Diagnose und Behandlungsmethoden verbessert, sie machen auch erst ein Buch wie das vorliegende möglich.

Ein internationales Team aus Medizinexperten und Naturwissenschaftlern war am Entstehen des Werks beteiligt. Die Kapitel sind alle nach dem gleichen Schema gegliedert: Im ersten werden die Bausteine menschlichen Lebens dargestellt sowie Krankheiten und Zellveränderungen. Im zweiten, ausführlichen Teil, werden Anatomie und Physiologie des Körpers erklärt. Hier beeindruckt die doppelseitigen Illustrationen beispielsweise des Skeletts oder des Blutkreislaufs. Einige Doppelseiten sind einzelnen Organen wie dem Herzen gewidmet. Im Anhang folgt ein

Abriss der Medizingeschichte. Ein umfassendes Glossar erklärt medizinische Fachbegriffe. Zwar gibt es zahlreiche Nachschlagewerke über den menschlichen Körper, doch dieser Atlas dürfte viele aufgrund seiner hochwertigen Aufmachung zu einem unschlagbar günstigen Preis in den Schatten stellen. MRK



Beverly McMillan: „Atlas des menschlichen Körpers. Aufbau, Funktion und Krankheiten“, Kopp Verlag, Rottenburg 2018, gebunden, 288 Seiten, 19,99 Euro

Zum Träumen und Nachmachen

Schon der Anblick des Buchs „Auf leisen Sohlen durch die Nacht“ verleitet dazu, es flüsternd vorzulesen. Werden doch die beiden Kinder darin mitten in der Nacht von ihrer Mutter aus den Betten geholt mit dem Hinweis, sie seien verabredet. Es ist noch dunkel, als sie sich leise anziehen und mit den Eltern in tiefblauer Sommernacht zu einem nächtlichen Ausflug starten.

Die Autorin Marie Dorléans nimmt kleine und große Leserinnen in ihrem Buch mit durch duftende Gärten und die noch vom Tag gewärmten Dorfstraßen, vorbei an Wiesen und in den Wald hinein bis hin zu einem See. Alles sieht in der Nacht anders aus. Gerüche und Geräusche werden anders wahrgenommen als am Tag. Sicher spannend für die Kinder ist es, in den nachtblau gehaltenen

Bilderbuchseiten die Tiere zu entdecken, die nicht schlafen.

An einem See macht die Familie halt und schaut den sich darin spiegelnden Mond an. Auf einer Lichtung liegen sie im Gras und betrachten den Sternenhimmel. Mit wem sich die ganze Familie im Morgengrauen trifft, sei nicht verraten, jedoch ist es ganz wunderschön anzuschauen. Einige werden das Bilderbuch vielleicht zum Anlass nehmen, selbst einmal die Nacht zu durchwandern.

Ein wunderschönes Buch,

das im angenehmsten Sinne Gänsehaut erzeugt. Es ist nicht nur als Gute-Nacht-Geschichte zu betrachten, die beim Vorlesen sicher schläfrig macht und die Zuhörer mit wohliger Gefühl einschlafen lässt.

Silvia Friedrich



Marie Dorléans/Ina Kronenberger (Übers.): „Auf leisen Sohlen durch die Nacht“, gebunden, 40 Seiten, 24 x 35 cm, ab 4 Jahren, farbig illustriert, Gerstenberg Verlag, 16 Euro

MELDUNG

Polizeischutz war erfunden

Leipzig – Zwei Leipziger Kitas hatten Ende Juli erklärt, „aus Respekt gegenüber einer sich verändernden Welt“ künftig auf Schweinefleisch zu verzichten. Nach Protesten wurde dies vorerst zurückgenommen. Große Medien verbreiteten die Information, wegen Drohungen hätten die Kitas unter Polizeischutz gestellt werden müssen. Eine Falschmeldung, wie „Pulbico“ recherchiert hat. Die Notwendigkeit von Schutz bestätigte die Polizei nicht, die Kitas hatten auch keinen erbeten. *E.L.*

ZUR PERSON

Es ist mehr als nur ein Johnson

Als würde ein Johnson nicht schon reichen. Im Kabinett des neuen britischen Premierministers **Boris Johnson** sitzt noch ein weiterer mit gleichem Nachnamen: **Jo Johnson**. Er ist der jüngere Bruder von Boris und dient ihm nun als Staatsminister für Energie sowie für Universitäten und Wissenschaft.

Pikant ist dabei, das Jo nicht die Brexit-Linie seines Bruders vertritt. Ende vergangenen Jahres trat er zwar aus Protest gegen Theresa Mays Brexit-Deal als deren Staatsminister für Transport mit der Begründung zurück, sein Land würde so zum „Isalantstaat“. Doch dabei wollte er nicht einen anderen Austritt seines Landes aus der EU, sondern gar keinen, weshalb er – vergeblich – für eine zweite Brexit-Abstimmung eintrat.

Der 47-jährige Politiker, der seit 2010 den Südlondoner Wahlbezirk Orpington im britischen Parlament vertritt, ist nicht das einzige Mitglied der „Johnson-Family“, das die Austritts-Pläne des ältesten Filius' kritisch sieht. Vater **Stanley Johnson**, der ein Abkömmling der von der Donau stammenden adeligen Pfeffer-Fa-

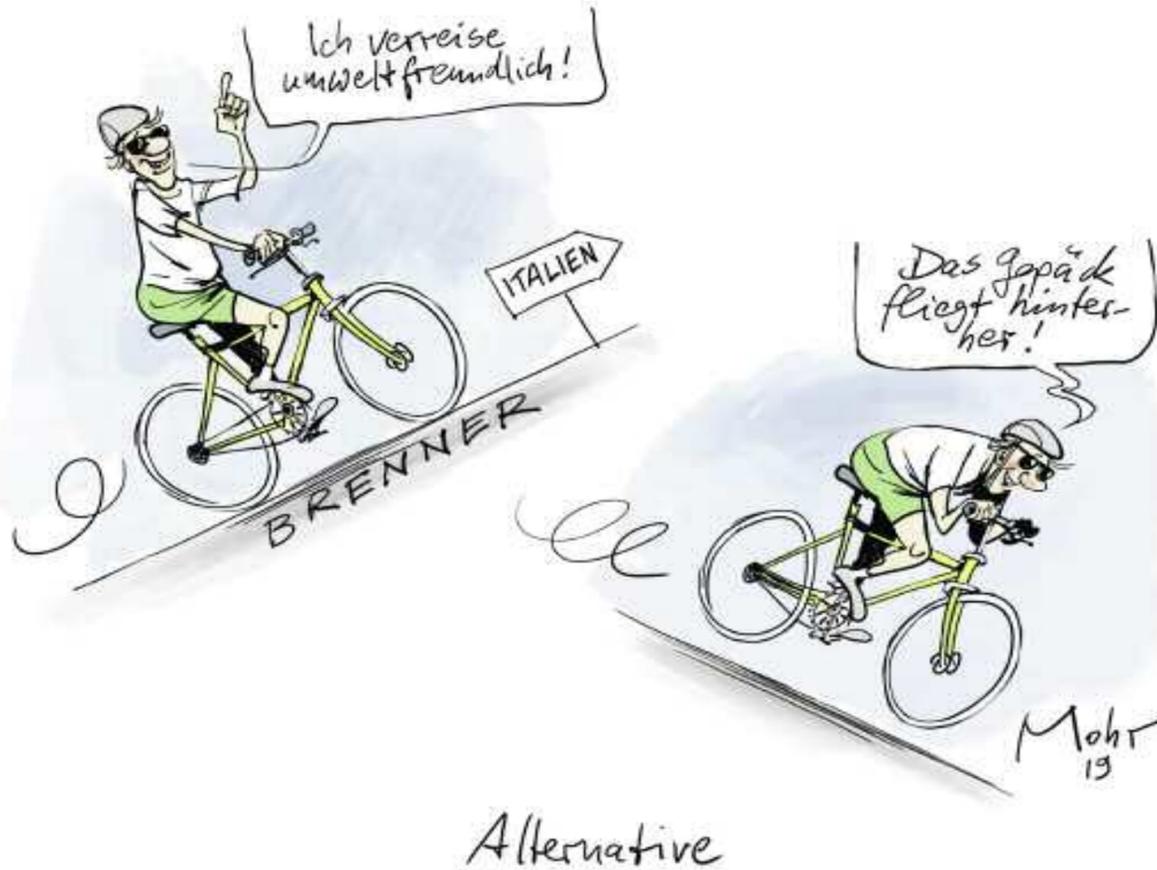


Fünfmal Johnson: Leo, Rachel, Boris, Vater Stanley, Jo (v. l.)

milie ist, war selbst fünf Jahre lang EU-Abgeordneter für die Tories und warb auf einem T-Shirt mit der Aufschrift „Remain“ für den Verbleib in der EU. Tochter **Rachel**, die zweitälteste nach Boris, kandidierte bei der Wahl zum Straßburger Parlament für die EU-freundliche Partei „Change UK“ – jedoch vergeblich.

Alle vier – Vater Stanley, die Kinder Boris, Rachel und Jo – traten als Journalisten, politische Sachbuch- oder Romanautoren hervor. Einzige Ausnahme bildet das Küken im Johnson-Clan, der Wirtschaftsprüfungsmanager **Leo**, der sich weitgehend aus der Politik heraushält.

Innerhalb der Familie bildet Boris mit seinen politischen Ansichten die Minderheit. Dass er sich durchsetzen kann, liegt an seiner Neigung zur Selbstdarstellung, die er vom Vater hat. Der scheute sich vor zwei Jahren nicht, im britischen TV im „Dschungelcamp“ mitzuwirken. Alle anderen gelten als ruhig und besonnen. Sollte Boris mit seinem Brexit scheitern, sitzt der ebenfalls in den Eliteschulen Eton und Oxford ausgebildete Bruder Jo schon in den Startlöchern. Die Johnson-Saga könnte sich fortsetzen. *H. Tewes*



Sprengkraft

Wo wir nun doch kontrollieren können, wofür Seehofer seinen Urlaub unterbricht, und wie es schön bleibt / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Endlich soll gehandelt werden. Politiker überbieten sich nach den wiederholten Tumulten in Freibädern wie dem Düsseldorf Rheinbad und dem Mord an dem achtjährigen Jungen im Frankfurter Hauptbahnhof mit Forderungen nach besseren Schutz- und Kontrollmaßnahmen. Die Menschen sollen durch Ausweiskontrollen und technische Sperren vor Übeltätern geschützt werden, die sich unter sie mischen wollen.

Das klingt doch toll! Also kehren wir zu ordentlichen Kontrollen an den deutschen Außengrenzen zurück? Schützt der Staat nach den wilden Jahren ungezügelter Einwanderung das Territorium der Republik endlich wieder?

Wo denken Sie hin? Das wäre ja Abschottungspolitik, Rechtspopulismus und zudem rassistisch, weil es schließlich fast die gesamte Menschheit unter Generalverdacht stellen würde. Nein, so etwas können wir mit unseren Werten der Weltoffenheit und Toleranz nicht vereinbaren.

Unsere Ausweise werden nach dem Willen einiger Politiker demnächst am Eingang zum Freibad kontrolliert, und automatische Sperranlagen an den Bahnsteigen sollen bis zum Stillstand der Züge dafür sorgen, dass uns niemand mehr vor einen einfahrenden Zug in den Tod stoßen kann. An die Merkelsteine, welche Volksfeste und Weihnachtsmärkte wie Panzersperren einklemmen, haben wir uns ja schon gewöhnt. Den „Westwall“ vor dem Reichstag (wir berichteten hier) werden die Deutschen irgendwann ebenso lieb gewinnen.

Jemand will übrigens ausgerechnet haben, dass die Außengrenzen aller deutschen Freibadbereiche zusammen in etwa genauso lang sind wie die Grenzen der Bundesrepublik. Das eine können (also wollen) die Politiker schützen, das andere können (also wollen) sie nicht schützen.

Deutschland gleicht zunehmend einem Haus, in dem (wegen der Sicherheit!) alle Zimmertüren streng bewacht werden, während Haustüren und Fenster unbeaufsichtigt offenstehen. Haben wir wirklich über die Schildbürger gelacht – oder die über uns? Die

Frage besitzt eine gewisse Sprengkraft, weshalb sich die hohe Politik zu schnellem Handeln veranlasst sieht.

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) unterbrach seinen Urlaub, weil er „zur Kenntnis nehmen“ musste, dass nach dem Mord von Frankfurt „in Teilen der Öffentlichkeit bereits jetzt (heißt: am vergangenen Montag) eine Bewertung des Sachverhalts vorgenommen wird“. Das sei „seriös aber erst möglich, wenn die Hintergründe aufgeklärt sind“, so der Minister.

Nanu! Nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke flogen uns die „seriös“

Für die Ministerin haben wir keine Sicherheitslücke, sondern eine Menschlichkeitslücke

Bewertungen umgehend nach der Tat nur so um die Ohren. Die Bewerber flochten riesige neonazistische Netzwerke und zogen Kreise, welche sogar die AfD ins Feld der irgendwie Mitverantwortlichen verschieben sollte. Und nun diese minuziöse Bedachtsamkeit?

Nachtigall, ick hör dir trapsen. Da ist noch was anderes im Busch als die Abwehr schneller Vorverurteilung, von Generalverdacht und ähnlichem Zeugs. Manche vermuten, Seehofer wolle vor allem die tosende Debatte stilllegen. Denn wenn erst richtige Ermittlungsergebnisse vorliegen, hat sich die Erregung längst gelegt und die Medien können die schreckliche Sache in einer Kurzmeldung vergraben.

Aber das ist auch noch nicht alles. Seehofer fürchtet sich davor, wer hier in Wirklichkeit „bewertet“ wird. Der Täter aus Eritrea, „die“ Afrikaner, „die“ Asylsucher? Wer sich durch die Unzahl von Netzkommentaren schaufelt, findet davon so gut wie nichts. Deshalb interessiert es auch niemanden, dass der Mann nicht mal in Deutschland lebt, sondern in der Schweiz, von wo er unkontrolliert nach Frankfurt gereist war.

Nein, was nun alle „bewerten“, das sind die Verantwortlichen der Schilda-artigen Türpolitik, also Seehofer und seine lieben Kollegen. Da wurde dem Minister verständlicherweise mulmig und er

unterbrach sofort seinen Urlaub, um sich eines listigen Tricks zu bedienen: Stell dich vor einen Ausländer, und jeder, der dich kritisiert, ist ein Rassist. Im konkreten Fall hieß das: Wer uns für unsere Grenzpolitik angeht, der ist unseriös.

Für die Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz, Saarländers Verkehrsministerin Anke Rehlinger, geht die ganze Debatte sowieso in die falsche Richtung: „Eine solche Tat offenbart keine Sicherheitslücke, sondern eine Menschlichkeitslücke“, so die SPD-Politikerin.

Wurde der 40-jährige Eritreer nicht oft genug gestreichelt? Jetzt

Für die Ministerin haben wir keine Sicherheitslücke, sondern eine Menschlichkeitslücke

nicht so zynisch, bitte! Die Ministerin bemüht sich lediglich, das grausame Geschehen möglichst weit in den Nebel einer beliebigen Humanitätsduselei zu verschieben.

Dort droben gibt es keine Täter, nur Traumatisierte und ihre Opfer, die beide unser ungeteiltes Mitgefühl verdienen. Die Verantwortung löst sich so zunächst auf und landet später wie aus dem Nichts im Schoß von uns selbst, den deutschen Normalbürgern, die sich damit ganz schlecht fühlen sollen: Wir haben eine Menschlichkeitslücke aufgerissen, wir kalten Monster!

Rehlinger gefällt es gar nicht, dass so viele Leute die eritreische Herkunft des Täters erwähnen. „Ich finde, wir sollten Menschen, die hier in Deutschland leben und sich aufhalten, insgesamt schützen, und zwar egal vor wem und egal welche Herkunft er hat. Insofern finde ich diese Hetze in diesem Zusammenhang jetzt auch völlig unangemessen.“ Na also, auch diesen Trick beherrscht beileibe nicht nur Seehofer.

Alle Menschen gleich zu behandeln, das ist das Wichtigste. Nachdem die Sicherheitskräfte mit dem „südländisch aussehenden“ Mob im Düsseldorf Rheinbad schon wieder nicht fertig wurden, setzten sie kurzerhand alle Badegäste vor die Tür, also auch die große Mehrheit der Friedlichen und Pfllegelichten.

Wie heißt es doch immer: „Wir müssen durch entschiedene Maßnahmen sicherstellen, dass das Vertrauen in den Rechtsstaat keinen Schaden nimmt.“ Ja, indem man Einheimische dafür bestraft, was Zugewanderte verbrochen haben. Das dürfte wirken.

Was soll man aber auch machen? Wie halten wir unser Multikulti-Gleichheitsdogma am Leben, wenn sich bei auffällig vielen Leuten aus ganz bestimmten Weltregionen so unerfreuliche Besonderheiten zeigen?

Eine Möglichkeit besteht darin, ein bisschen an den Zahlen herumzufingern. Seit Jahren rackern sich Statistiker und andere Experten im Schweiß ihres Angesichts daran ab, den anschwellenden Antisemitismus in der Bundesrepublik aufs Konto der Deutschen zu buchen.

Ärgerlicherweise spielen viele bertoffene Juden aber nicht mehr mit und durchkreuzen mit ihren Zeugenaussagen alle kunstvollen Zahlendrehereien. Gegenüber „Tichys Einblick“ berichtet ein jüdischer Student aus Potsdam, er werde in Potsdam und Berlin im Schnitt alle acht Tage Opfer von Beleidigungen oder Drohgebärden, weil er eine Kippa mit Davidstern trage. Bei den Tätern handele es sich durchweg um „Menschen mit südländischem Aussehen, die dem Sprachverhalten nach in aller Regel Araber sind“. Jüdische Uni-Kollegen erlebten Ähnliches. In gewissen Berliner Stadtteilen trägt er überhaupt keine Kippa mehr: „In Kreuzberg, Neukölln, am Ostbahnhof und in Wedding trage ich die Kippa nicht. Das könnte schnell gefährlich werden. Man riskiert dort Gesundheit und sein Leben. In diesen Stadtteilen trifft mich der islamistische Judenhass am meisten.“

Für jemanden wie Anke Rehlinger kann es sich bei dem Studenten nur um einen „Hetzer“ handeln, da er die Herkunft seiner Peiniger öffentlich macht. Potsdams Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) lobt derweil den „Integrationswillen der Geflüchteten“. Hass und Gewalt „dulden wir in unserer Stadt nicht“, weiß er zu verkünden. Man muss sich nur fest genug die Augen verbinden, schon wird es wieder schön.

MEINUNGEN

Thomas A. Becker wendet sich in der „Neuen Zürcher Zeitung“ (25. Juli) gegen die fortschreitende **Moralisierung der politischen Debatten** und erinnert an die Warnung des deutschen Soziologen **Niklas Luhmann** (1927–1998):

„Niklas Luhmann hat stets vor der Moral gewarnt, weil moderne Gesellschaften nicht mehr über Moral integriert werden können und moralische Kommunikation zu Streit und Gewalt führt. Die Moral versucht, jegliche Kommunikation auf die gute Seite der Unterscheidung gut/schlecht festzulegen und damit letztlich abzuwürgen. Weil die Moral immer schon im Voraus weiß, wer die Guten und die Bösen sind, ist die galoppierende Moralisierung des öffentlichen Diskurses die größte Gefahr für unsere Freiheit.“

Gegenüber „Focus Online“ (25. Juli) erklärt Commerzbank-Chefvolkswirt **Jörg Krämer**, woher der **Negativzins** kommt und was er **anrichtet**:

„Die Südstaaten haben die EZB faktisch in Geiselschaft genommen. Die Schuldenlast der Länder ist so groß, dass sie mit einem normalen Zins nicht mehr leben können. Deshalb drückt die EZB die Marktzinsen durch eine dauerhaft lockere Geldpolitik künstlich nach unten. Aus dieser Schuldenfalle kann sich die EZB nur schwer befreien ... Die Sparer werden in immer riskantere Anlagen getrieben auf der verzweifelten Suche nach dem Zins, den die EZB ihnen genommen hat.“

Sven von Storch warnt im Portal „Freiewelt.net“ (26. Juli) vor den **verheerenden Konsequenzen der Kampagnen gegen die deutsche Autoindustrie**:

„Was ist die Wirtschaft Baden-Württembergs ohne Daimler und Porsche und ohne deren zahlreiche Zulieferbetriebe? Was ist Bayern ohne BMW und Audi? Und wo stünde Niedersachsen ohne Volkswagen? Wenn die Automobilindustrie dort wegfällt, wird es Folgen haben wie beim Zusammenbruch der Stahlindustrie und des Kohlebaus im Ruhrgebiet.“

Voll Bitterkeit schreibt Henryk M. Broder auf „Achgut.de“ (30. Juli) zum **Mord eines Eritreers an einem achtjährigen Jungen auf dem Frankfurter Hauptbahnhof**:

„Jetzt muss nur noch Folgendes geklärt werden: Wie ist der Mann aus der Schweiz nach Frankfurt gekommen? Klimaneutral mit einem Zug der SBB oder etwa mit dem Auto? Wie ist der Mann in die Schweiz gekommen? Mit Hilfe von Schleppern oder von Carola Rackete? Und falls es zu einem Prozess kommt, bekommt er mildernde Umstände, weil er sich eine Bahncard 1. Klasse gewünscht, aber nur eine für die 2. Klasse bekommen hatte?“

Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, schrieb auf Facebook zur **Vereidigung von Ansgret Kramp-Karrenbauer als Verteidigungsministerin mitten in der Sommerpause**:

„Ihr holt ernsthaft 700 Abgeordnete nach Berlin, um eine Vereidigung durchzuführen. Könnt Ihr ja machen, aber quatscht mich bitte nie mehr mit Klimapolitik oder vernünftigen Umgang mit Steuergeldern zu!“